

Jan./Febr. · DM 6,50

1/88

pro familia magazin



Schwerpunktthema:
Mit Ausländern leben

VERTREIBUNG VERHINDERN

Vertreibungen

- bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen (Kurden, Äthiopier, Afghanen, Bahai, Assyrer, Stammesvölker in Indien, Indianer), davon nur etwa 11 Millionen offiziell registriert und "betreut"
- treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten

Bedroht und vertrieben

- von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
- von ökologischem Raubbau und falschverstandenen Fortschritt

Helfen Sie mit Ihrer Spende

- die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
- gegen diese Vertreibungen zu protestieren

Gesellschaft für bedrohte Völker

Gemeinnütziger Verein
Postfach 20 24 · 3400 Göttingen
Tel: 0551/55822-3
Postgiro Hamburg 935-200
BLZ 200 100 20

Impressum

pro familia magazin Sexualpädagogik und Familienplanung
Heft 1/88, 16. Jahrgang ISSN 0175-2960

Herausgeber: Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V., Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 55 09 01.

Redaktion (Anschrift siehe Verlag):
Jürgen Heinrichs, Gerd J. Holtz-
meyer (Koordination und Layout),
Inge Nordhoff (verantwortlich),
Kristine von Soden.

Verlag: Gerd J. Holtzmeier, Verlag,
Weizenbleek 77,
3300 Braunschweig,
Telefon (0531) 320281
Postgiro: Hannover 383811-307

Satz: Fotosatz Meinecke,
3341 Groß Denkte

Druck: RGG-Druck
3300 Braunschweig

Vertrieb: siehe Verlag

Bezugspreis: Im Abonnement DM 6,50 pro Heft (Ausland DM 7,-) einschließlich Versandkosten und MwSt. Ein Einzelheft kostet 6,50 DM zuzüglich Versandkosten.

Bezugsbedingungen: Das Abonnement erstreckt sich über ein Kalenderjahr. Es verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, wenn es nicht bis zum 30. September eines jeden Jahres gekündigt wird.

Für Mitglieder der Pro Familia ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: 6x jährlich (jeweils Anfang Januar, März, Mai, Juli, September und November).

Anzeigen an den Verlag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste 1985/86.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Inhalt

Kommunales Wahlrecht für Ausländer?	2
Als Ausländer in Deutschland	3
Gesundheitsarbeit mit ausländischen Familien in Hamburg	4
Selbsthilfeorganisation IAF:	
Wir sind nicht Frauen „zweiter Klasse“	8
Gutachten zwischen zwei Welten:	
„Ein vermutlich sehr autoritärer Vater“	11
Ausländerinnen im Frauenschutzhaus	13
Vorsorge und Impfungen werden vernachlässigt	15
Ausländerinnen und Schwangerschaftsabbruch	15
Arbeit mit Araberinnen	17
Ein Monopol und sein Mißbrauch	20
„Migranten“-Literatur: Auch Liebe ist ein Thema	22
Zurück in die fünfziger Jahre	24
Neuerscheinungen	25
Streit um Gedenktafel	26
Kampagne gegen § 218	26
Termine	26

Pro Familia Informationen

Adressen der Landesverbände	26
Pro Familia im DPWV-Vorstand	27
Pro Familia Hessen muß 15 Mitarbeiter entlassen	27
Wie kommt Gewalt in die Familie	28
Hilfe statt Gewalt - Erklärung des Kinderschutzbundes	29
Pro Familia kennen wir. Aber wer kennt Oskar?	30
Gemeinsame Schritte bei der Aids-Aufklärung	31
IPPF: Neuer Vorsitzender des Zentralrats	31
Pro Familia Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien	

Titelfoto: Paul Glaser

Weitere Fotos: Paul Glaser (S. 1 und 28), Michael Seifert (S. 5, 9 und Seite 11).

Adressenänderungen bitte mitteilen!

Von jeder Ausgabe des pro Familia magazin wandern einige hundert (!) in den Reißwolf der Bundespost. Der Grund: Die Post schickt Zeitschriften nicht nach. Sie schickt lediglich den Adressenaufkleber zurück mit einem Hinweis auf die neue Adresse, allzuoft auch mit dem Vermerk „Unbekannt verzogen“.

Eine Bitte an alle Leserinnen und Leser, vor allem die Mitglieder von Pro Familia: Teilen Sie Ihre Adressenänderung umgehend nicht nur Ihrem örtlichen Verband mit, sondern auch dem Verlag. Dann ist eine rasche Änderung der Adresse gewährleistet.

Die Mitteilungen von den Orts- oder Landesverbänden erreichen den Vertrieb oft mit Zeitverzug, so daß manche Mitglieder mehrere Ausgaben nicht erhalten.



Zu diesem Heft

Wir begegnen ihnen im Supermarkt und auf der Straße, in der Schule und im Kino. Wir kaufen bei ihnen unser Gemüse und genießen ihre Küche. Wir arbeiten mit ihnen zusammen und versuchen ihnen zu helfen – in Krankenhäusern und Beratungsstellen, auf Ämtern und in Betrieben. Und doch: Ausländer scheinen für viele von uns Menschen zweiter Klasse zu sein – heute mehr denn je. Einst von unserer Wirtschaft umworben und als wertvolle Arbeitskräfte herbeikomplementiert, bläst ihnen nun der Wind ins Gesicht: Viele Bürger und Politiker scheinen nichts sehnlicher zu wünschen, als das lästige „Menschenmaterial“ dorthin abzu-

schieben, wo es hergekommen ist. Ungeachtet des seelischen, körperlichen und wirtschaftlichen Leids, das damit ausgelöst wird.

„Ausländer raus“ heißt, wie unser Titelblatt zeigt, eine der schrecklichen Parolen. Schrecklich deshalb, weil sie fatale Erinnerungen weckt an unsere nationalsozialistische Vergangenheit.

Dieses Heft – es ist das dritte Ausländerheft seit Bestehen des Pro-Familia-Magazins – will helfen, dieser Tendenz entgegenzutreten. Durch Aufklärung über den aktuellen Diskussionsstand zum Thema Ausländerrechte; durch das Aufzeigen von Defiziten und konzeptionellen Überlegungen im Ge-

sundheitsbereich; durch das Schildern positiver Beispiele interkultureller Zusammenarbeit; durch Aufzeigen dessen, was dringend zu verändern wäre.

„Mit Ausländern leben“ – der Titel des Heftes ist programmatisch. Auch wenn uns bewußt ist, daß es ein langer Weg sein wird, zur „Feier des Verschiedenen“, zum „Fest der Differenz“, wie unser Autor Claus Leggewie es – etwas euphorisch – nennt.

Wir danken an dieser Stelle den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle der Pro Familia in Frankfurt für ihre tatkräftige Unterstützung beim Zustandekommen des Heftes.

Inge Nordhoff

Kommunales Wahlrecht für Ausländer?

Wer mit Ausländern arbeitet, wer für sie bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen wünscht, der sollte unbedingt wissen, wie und mit welchen Argumenten zur Zeit auf „höherer Ebene“ um die Rechte der Ausländer gestritten wird. Einen Überblick über die zur Zeit laufende Diskussion gibt deshalb dieser Beitrag: Befindet sich das deutsche Volk auf dem Weg zu einem „multinational“ gemischten Staatsvolk? Oder schlägt es den Rückweg ein in eine Gesellschaft mit einem antiquiert rassistisch-nationalen Selbstverständnis?

Claus Leggewie

Zwei hanseatische Wahlen – zwei Signale: In Hamburg soll laut sozial-liberaler Koalitionsabsprache Ausländern in den Bezirksversammlungen das aktive Wahlrecht gegeben werden; in Bremen und Bremerhaven schafft eine rechtsextreme „Liste D“ den Einzug in die Bürgerschaft, nachdem sie mit resolut ausländerfeindlichen Parolen Wahlkampf gemacht hatte.

Liberaler Weltoffenheit hier, deutsch-nationaler Provinzialismus dort, so gegensätzlich verläuft derzeit der Kurs der Bundesrepublik auf dem Weg in die „multikulturelle Gesellschaft“ der Zukunft. Auf der einen Seite stimmen christlichdemokratische Minister, Staatssekretäre und Parlamentarier ohne große Verlegenheit in den Chor weit rechts stehender Initiativen und Parteien im In- und Ausland ein: Innenminister Friedrich Zimmermann will bald eine runderneuerte Fassung des Ausländergesetzes vorlegen, in dem vor allem der Familiennachzug und das Aufenthaltsrecht noch restriktiver gehandhabt werden sollen als bisher. Vorbilder können ihm dabei, neben den beiden süddeutschen Bundesländern, die Vorhaben der frisch gewendeten Hessen-Regierung sein; die wird das Nachzugsalter auf sechzehn Jahre herabsetzen und die unbefristete Aufenthaltsberechtigung erst nach acht Jahren erteilen. Ausländische Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollen leichter ausgewiesen werden können. Das ist ganz nach dem Geschmack des Berliner CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer, der, allen anders lautenden Erkenntnissen zum Trotz, kürzlich erneut den Zustrom von Ausländern für die nichtsinkenwollenden Arbeitslosenzahlen verantwortlich gemacht und einen radikalen Zuzugsstop gefordert hat. Kongenial und seelenverwandt der Staatssekretär Carl-Dieter Spranger im Innenministerium: er will die in diesem Jahr schon um die Hälfte gesunkene Zahl der Asylneubewerber weiter drücken und hat, pünktlich und passend zum „Tag des Flüchtlings“ und gegen die Rechtsauffassung von Verwaltungsrichtern, die Sach-

bearbeiter im Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge angewiesen, alle Anträge von Bewerbern abzulehnen, die schon einen Zwischenaufenthalt in einem Drittland hinter sich haben. Dieser Trick könnte die Anerkennungsquote bald gegen Null sinken lassen. Und um den Reigen fortzusetzen: Niedersachsens Innenminister Winfried Hasselmann (CDU) will die Immunschwächekrankheit AIDS zum Aufhänger einer schärferen ausländerpolitischen Gangart machen.

Und was geschieht auf der anderen Seite? Sicher, die sozialdemokratischen Ministerkollegen versuchen gegenzuhalten, die Grün-Alternativen und die Menschenrechts- und Flüchtlingsinitiativen protestieren und demonstrieren, und auch in der Union mehren sich Stimmen, denen die harte Linie des CSU-Innenministers mißfällt. Ihnen scheint – auch dies ist ein Ausdruck des „Richtungsstreits“ –, daß eine so rigide Strategie Rechtswähler nicht etwa ans Regierungslager bindet, sondern sie im Gegenteil Morgenluft wittern läßt, es mal mit einer eigenen, „echten“ Rechtspartei zu versuchen. Ein kleiner Erfolg: Berlins Sozialsenator Ulf Fink, dem linken Unionsflügel zugerechnet, hat einen Antrag zurückgezogen, mit Hilfe eines Sondergesetzes Asyl-Bewerbern die Sozialhilfe radikal zu kürzen.

Woran es jedoch zur Zeit mangelt, ist, neben diesen Verteidigungsaktionen zugunsten eines unzulänglichen Ausländer- und Asylrechts, offensiv darzustellen, worin die Alternative zur regierungsamtlichen Ausländerfeindlichkeit und zur dumpfen Fremdenfurcht des Stammtisches bestehen könnte. Ist es das kommunale Wahlrecht? Ist das Angebot zu mehr politischer Beteiligung an ausländischen Mitbürger ein geeigneter Vorschlag, mit dem man die Bundesrepublik als Einwanderungsland ins Gespräch und auf den Weg bringen kann?

Man muß zunächst sagen, daß das in Hamburg vorgesehene kommunale Wahlrecht ausländischen Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern direkt wenig nützt

Ein Fest der Differenz

Die bunte Vielvölkergesellschaft – gerade weil das ein sympathischer, mobilmachender Gegenentwurf zu den gängigen Visionen vom „demographischen Deichbruch“ ist, muß man ihn auf seinen Realitätsgehalt gründlich prüfen.

Denn was ist gemeint? Wir deuten damit zunächst an, daß im Zeitalter sekundenschneller Satellitenkommunikation und transnationaler Wirtschaftskonzerne „nationale Identität“ als kulturelles Muster veraltet ist. Aber wir zeigen auch, daß wir keine Träumer sind, daß wir unsere Lektion gelernt haben: Wir nehmen die Fremden nicht mehr als „Mitglieder der einen Menschheit“ auf, in der alle gleich sind und zu guter Letzt mit der einen Zunge der „kommunikativen Vernunft“ reden. Nicht kosmopolitische Monokultur soll das Ziel sein, sondern ein „Patchwork der Minderheiten“, ein Fest der Differenz, eine Feier des Verschiedenen.

„Die Menschheit“ (im Singular), in deren Namen so viele Völker und Gruppen gequält und hingemordet worden sind, entfaltet sich, postmodern, in ein pluralistisches Potpourri von Stämmen, Provinzen und kleinsten Einheiten.

Claus Leggewie

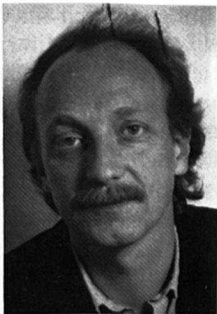
und daß es den politischen Flüchtlingen nicht helfen kann; dieses neue Recht genießen nur solche Ausländer, die schon lange in unserem Land leben, also in vieler Hinsicht längst zu Inländern geworden sind. Es geht ganz besonders die nachwachsenden Generationen an, die bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Was ihre Vertreter immer wieder fordern, ist zwar nicht in erster Linie das aktive und passive Wahlrecht, für sie rangiert weiter oben, ob sie die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in den Schulen bekommen, ob sie Rechtssicherheit genießen, daß sich damit also, wie es deutsche Politiker immer wieder fordern, überhaupt die Voraussetzungen für die vielbeschworene „Integration“ hierzulande ergeben. Politische Beteiligung ist daran gemessen eine Art „Luxusartikel“.

Und dennoch: viele Sprecher von Einwanderern, wie der türkische Politikwissenschaftler Hakki Keskin, sehen in dem Hamburger Koalitionsversprechen einen

Lichtblick, eine eher symbolische, gleichwohl wichtige Anerkennung ausländischer Bürger als *Mitbürger*. Als Wähler und Gemeinderäte bekommen sie nämlich einen anderen Status denn als leicht zu feuernde Arbeitskräfte, als hilfeschende Flüchtlinge, als ständige „Problemgruppen“ mithin, also in den Rollen, in denen wir sie immer wieder vorgeführt bekommen. Das Wahlrecht, als *politisches* Recht, schafft ein staatsbürgerliches Band zwischen den verschiedenen Nationen, Religionen, Sprachen und kulturellen Identitäten – auf dem Boden der Demokratie, in deren Namen die politische Partizipation von Ausländern schon lange fällig ist.

Manche Kritiker sehen in dem umstrittenen Wahlrecht einen Rückschritt gegenüber den speziellen Ausländervertretungen. Doch ist dies nicht die einzige strittige und offene Frage. Offen ist z. B., wie es in Hamburg konkret weitergehen, wie und wann also die sozialliberale Koalitionsabsprache praktisch verwirklicht wird. Nicht klar ist, ob sie vor verfassungsgerichtlichen Kontrollinstanzen bestehen kann, die die oppositionellen Christdemokraten anrufen werden: sie halten das kommunale Ausländer-Wahlrecht bekanntlich für grundgesetzwidrig und wissen sich hier einig mit der herrschenden Mehrheit der juristischen Experten. Die bilden sich ihr Urteil freilich nicht unberührt von den politischen Auseinandersetzungen über das Thema Wahlrecht für Ausländer. Ernst Benda, der ehemalige Verfassungsrichter, hat schon angekündigt, daß die starre Juristendefinition des Staatsvolks in Bewegung geraten wird. Man wird also noch trefflich streiten, woraus eigentlich das „Volk“ besteht, von dem alle Staatsgewalt ausgeht: vom deutschen Volk in einem antiquiert rassistisch-nationalen Verständnis oder vom wirklichen, multinational gemischten Staatsvolk des Einwanderungslandes Bundesrepublik Deutschland...

Diese grundsätzliche Frage, die nun wirklich nicht nur die Ausländer betrifft, ist eine Herausforderung für alle politischen Parteien.



Claus Leggewie, 37 Jahre, Professor für Politikwissenschaften und Publizist, Autor von „Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende“ (Rotbuch Verlag 1987).

Als Ausländer in Deutschland

Ausländerhaß, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus: Das heutige Deutschland ist nicht frei von diesem Gift. Und doch: Deutschland ist in vielem weniger ausländerfeindlich als andere Staaten. Das behauptet, entgegen dem allgemeinen Urteil, der Verfasser dieses Beitrages – aus eigener Anschauung.

Reed Stillwater

Als ich das erste mal nach Deutschland kam, das war Anfang der 50er Jahre, kam ich in eine deutsche Volksschule. Ich wurde gefragt, ob ich evangelisch oder katholisch sei. „Amerikanisch“ antwortete ich mit einer Mischung aus Empörung und Stolz. Ich weiß nicht, ob es der Tonfall war, in dem ich antwortete oder ob es meine Herkunft war, die mir fortan den Respekt der deutschen Klassenkameraden eintrug.

Als ich einige Jahre später wieder nach Deutschland kam – wir hatten zwischenwährend in der Schweiz gelebt – besuchte ich ein deutsches Gymnasium. In der ersten großen Pause scharte sich die Klasse neugierig um mich. Ob ich Grieche oder Franzose sei, wollte man wissen. Ich war verwundert; sah man mir an, daß ich Ausländer war? War mein Deutsch nicht gut genug? Aber wie kam man auf Franzose, wie auf Grieche? Es stimmte, ich hatte einige Jahre in Belgien gelebt und sprach französisch, aber wer wußte das hier? Das mit dem Griechen schmeichelte mir besonders. Wie gerne wäre ich Grieche gewesen! Ich überlegte einen Augenblick, ob ich mich nicht als Grieche ausgeben sollte. Ausländer ist Ausländer, dachte ich, und Grieche zu sein, das war doch sicher noch interessanter als Amerikaner zu sein, ich hatte geradezu das Gefühl, meine Klassenkameraden würden sich freuen, einen Griechen unter sich zu haben. Mit einer Mischung aus Enttäuschung und Resignation gab ich zu, bloß Amerikaner zu sein.

Ich weiß, Amerikaner in Deutschland zu sein, ist etwas anderes als Grieche oder Türke zu sein, und Grieche oder Türke zu sein, das war in den 50er Jahren etwas anderes, als es heute ist. Und doch habe ich Deutschland und das Verhältnis der Deutschen zu den Ausländern immer durch die Brille eines Ausländers gesehen, habe Vergleichsmöglichkeiten, die die meisten Deutschen und auch viele Ausländer in Deutschland nicht haben.

Da gibt es zunächst die Erfahrung des Rassismus in meinem eigenen Lande. Die meisten Deutschen können sich nicht vorstellen, was es bedeutet, mit dem alles durchdringenden Gift des Rassismus zu leben. Das beginnt in der Schule, was sage ich, im Kindergarten: das Mißtrauen der Weißen den Schwarzen gegenüber, die of-

fene und verdeckte Aggression der einen und die Angst und die Schuldgefühle der anderen.

In der Schweiz und in Frankreich habe ich ihn wieder gefunden, diesen Haß auf die anderen, wie ich ihn aus Amerika kannte: den Haß der Schweizer auf die Italiener, auf den italienischsprachigen Bevölkerungsteil und vor allem auf die Arbeiter aus Italien, aus dem Mezzogiorno und das tiefsitzende Ressentiment der Franzosen auf die Nordafrikaner vor allem auf die Algerier. Ich habe immer gefunden, daß sich die Deutschen den italienischen Arbeitern anders gegenüber verhielten als die Schweizer.

Kein Zweifel, das Verhältnis der Deutschen zu den Fremden in ihrem Lande ist von besonderen historischen und außerpolitischen Umständen bestimmt und kein Ausdruck nationaler Tugend oder Untugend.

Da ist vor allem die Erfahrung des Faschismus, des Krieges und der Niederlage. Die Deutschen haben das Fremde in ihrer Gesellschaft fast restlos vernichtet. Es ist eines der hervorstechenden Merkmale des modernen Deutschland, ein Land ohne Juden zu sein. Die heute noch in Deutschland lebenden Juden sind als Gruppe nicht mehr stark genug, um als ständige Aufforderung zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu wirken. Das ist anders als in den USA, wo jeder Schwarze das weiße Amerika an seine Schuld, anders als in Frankreich, wo jeder Algerier die Franzosen an die Zeit der Grande Nation erinnert.

Und dann ist da die Schmach der Niederlage. Der deutsche Herrmensch wurde von den Völkern der Welt besiegt und vor den Völkern der Welt gedemütigt. Deutschland kann sich bestimmte Fehler außenpolitisch nicht leisten, Deutschland liegt auf dem internationalen Präsentierteller. Und die anderen Völker blicken sofort wieder mit Mißtrauen und Argwohn auf Deutschland, wenn hier etwas geschieht, was auch nur von Ferne an die Zeiten des Faschismus erinnert. Man denke an die Reaktion der französischen Presse auf Berufsverbote und die Terroristenhatz.

Deutschland ist jedoch frei von jener Hypothek, an der viele der Nachbarvölker zu tragen haben, dem Erbe des Kolonialis-

mus. Frankreich hat Nord- und Schwarzafrikaner im Land, Holland Indonesier und Süd-Kolokker, Belgien Schwarze aus dem ehemaligen Kongo, Großbritannien Fremde aus aller Welt, aus dem weltumspannenden ehemaligen Empire, und diese Menschen erinnern die Bürger der ehemaligen Kolonialmächte an die Zeit ihrer Größe, daran daß diese Zeiten unwiderruflich vergangen sind und erinnern zugleich an die Verbrechen, die von den Kolonialmächten an den Kolonialvölkern begangen wurden. Deutschland aber hat seine Kolonien schon nach dem ersten Weltkrieg verloren. Es hat keine Kolonialvölker im Lande und es fehlt dieses Resentimentpotential, das das Verhältnis der ehemaligen Herren zu den ehemaligen Sklaven in anderen Ländern bestimmt. Im Gegenteil, Deutschland ist in der Dritten Welt geachteter als die meisten anderen europäischen Mächte, weil es nicht als Kolonialmacht angesehen wird.

Und schließlich hat Deutschland eine Tradition der Fremdenfreundlichkeit und Gastfreundschaft, die oft übersehen wird. Deutschland ist historisch gesehen ein Einwanderungsland und hat die fremden Völker, die ins Land kamen, nicht schlecht aufgenommen. Friedrich der Große rief bekanntlich die Hugenotten nach Preußen. Heute erinnern nur noch französische Namen und das Französische Gymnasium in Berlin daran. Als Bergarbeiter kamen viele Polen ins Ruhrgebiet. Heute erinnern die Namen von Fußballstars – Fußball ist traditionell ein Bergarbeitersport – an den polnischen Einfluß im Ruhrgebiet. In den 20er Jahren lebten in Berlin viele russische Emigranten, ganze Stadtviertel wie Charlottenburg galten als russisch. Berlin war wie heute New York ein Babylon fremder Kulturen und Sprachen. Heute erinnern leider nur noch Memoiren an die Glanzzeit Berlins.

Ausländerhaß, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind wie eine Pest. Das heutige Deutschland ist nicht frei von diesem Gift. Es ist allgegenwärtig und gefährlich, und ich spüre es sogar als Amerikaner, teils weil ich aufgrund meines Aussehens öfter für einen Türken gehalten werde, teils weil ich immer noch mit den Ohren eines Ausländers höre und den Augen eines Ausländers sehe. Die Gefahr soll nicht verharmlost werden. Aber wenn ich die Wahl hätte, Türke in Kreuzberg, Algerier in Paris, Pakistani in London oder ein Schwarzer in meinem eigenen Lande zu sein, ich glaube ich zögerte nicht, nach Kreuzberg zu ziehen.

Deutschlands historische, kulturelle und politische Bedingungen schaffen gute Voraussetzungen für ein Zurückdrängen von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit.

Gesundheitsarbeit mit ausländischen Familien in Hamburg

Erfahrungen und konzeptionelle Überlegungen

In den letzten Jahren ist viel diskutiert worden über die gesundheitliche Situation ausländischer Mitbürger/innen, mißlich ist sie nach wie vor. Es hat sich weder an den Ursachen der Entstehung von Krankheiten Wesentliches geändert noch daran, daß aus deren Kenntnis bislang keine ausreichenden versorgungsorientierten oder gar gesundheitspolitischen Konsequenzen gezogen werden. Einige Beispiele sollen dies illustrieren, ohne den Anspruch zu erheben, qualitativ oder quantitativ „besonders typisch“ zu sein. Sie stammen von einer türkischen Ärztin, die in einer Kinderklinik arbeitet, einer deutsch-brasilianischen Sozialberaterin aus der Katholischen Portugiesischen Mission, einer portugiesischen Sozialberaterin des Familienplanungszentrums und einer türkischen Sozialberaterin, die zwei Jahre lang als Gesundheitsberaterin für ausländische Familien jetzt in einem Frauenhaus tätig ist.

Annette Rethemeier

Erfahrungen in der Kinderklinik

Wie auch in ausländischen Sozialberatungsstellen, deutsch-ausländischen Begegnungsstätten etc. ist ein eklatanter Mangel an Basiswissen über Körperfunktionen, Krankheitsursachen, Behandlungsmöglichkeiten und präventive Maßnahmen deutlich.

Bei Erkrankungen ausländischer Kleinkinder spielen Ernährung und Hygiene eine besondere Rolle. „Spitzenzahlen“ von ca. 30%iger Belegung der Infektionsstationen mit ausländischen Kindern sind verständlicherweise in den Sommermonaten zu verzeichnen, wenn die Familien aus dem Urlaub zurückkommen. Die ungewohnten klimatischen und hygienischen Verhältnisse und die weiten Fahrten werden von den Kleinkindern am schlechtesten verkräftet. Durchfallerkrankungen, Vergiftungen, Salmonellen- und Hepatitisinfektionen, Lungenentzündungen sind typische Folgen.

Richtige Ernährung ist aber auch außerhalb dieser Sondersituation ein Problem: aufgrund falscher Information wird die Säuglingsflaschennahrung von vielen Müttern als „besonders wertvoll“ angesehen; mit den damit verbundenen notwendigen hygienischen Maßnahmen hat sie niemand vertraut gemacht. Das Stillen dagegen „funktioniert“ wegen des belastenden Arbeitsalltags, der Frauen keine Schonung gönnt, oft nicht. Viele Kleinkinder sollen zu früh an (z. T. stark gewürzte) Erwachsenkost gewöhnt werden.

Alleingelassen mit ihren Ängsten, versuchen Frauen, ihre Erfahrungen und Gewohnheiten aus der Türkei auch hier als Orientierungshilfe anzuwenden, oder sie ignorieren die notwendige Auseinandersetzung („das Kind wird schon von allein groß“). Die Chronifizierung von Krankheiten aufgrund falscher Verhaltensweisen kann die Folge sein.

Schwangerenvorsorge sowie routinemäßige Untersuchung von Kleinkindern werden kaum wahrgenommen; die Vorstellungen über den „Gewinn“ solcher Untersuchungen wie auch einigermaßen leicht zugängliche muttersprachliche Angebote fehlen. Ein Verbesserungsversuch ist die Erstellung eines türkischen Videofilms zur „Säuglingspflege und -ernährung im 1. Lebensjahr“).

Über die Einnahme und Wirkung von Medikamenten bestehen falsche und überhöhte Erwartungen: sie sollen sofort und situationsbezogen wirken, d. h. beispielsweise, daß die Pille nur vor dem erwarteten Geschlechtsverkehr eingenommen wird; der komplizierte Zusammenhang zwischen dem monatlichen Zyklus und dem Einfluß hormoneller Kontrazeptiva ist nie verständlich erklärt worden (das gilt übrigens auch für viele deutsche Frauen).

Angst und Mißtrauen vor dem undurchschaubaren klinischen Apparat sind immer spürbar. Sind die therapeutischen Maßnahmen bei einem Kind nicht erfolgreich, wird evtl. später ein erkranktes Geschwisterkind gar nicht erst „der Klinik“ anvertraut. Zu einer türkischen Ärztin haben türkische Eltern zwar mehr Vertrauen (zumal auch in der Türkei Frauen für die Kinderheilkunde vorrangig zuständig sind),



aber auch sie ist hier letztlich „Handlangerin der westlichen Medizin“.

Besonders problematisch ist die Situation türkischer Mädchen in der Pubertät, die hier aufgewachsen sind, denen der Umgang mit Deutschen vertraut ist und die sich deshalb grundsätzlich auch deutsche Frauen werden würden, wenn da nicht die elterliche Überzeugung wäre, die – aufgrund eigener Erfahrung – alles Deutsche als „böse“ und „schädigend“ beurteilt. Die zwangsläufigen Identitätskrisen dieser Mädchen werden oft durch psychosomatische Erkrankungen (Bauch- und Kopfschmerzen, Schwindelanfälle etc.), im Extrem durch Suizidversuche „verarbeitet“.

Die anfangs alarmierten, besorgten Eltern fordern eine somatische Abklärung; die psychischen Folgen der „kulturellen Doppelmoral“ ihrer Kinder sind ihnen kaum verständlich (was nicht heißt, daß in vertrauteren Zusammenhängen die Einheit von Körper und Seele nicht sehr genau wahrgenommen wird). Sie reagieren aus ihrer Sicht folgerichtig mit größerer Strenge/Kontrolle, schicken die Mädchen

gar zurück in die Türkei. Dadurch wird das Ansprechen solcher psychischen Probleme fast zu einem Risiko („Ich will mein Kind nicht an die Deutschen verlieren“). Behutsame, an den Lebenserfahrungen orientierte und muttersprachlich durchgeführte familientherapeutische Maßnahmen wären dringend erforderlich.

Erfahrungen aus der Sozial- und Gesundheitsberatung

Grundsätzlich bestätigen alle Sozialberaterinnen, daß ausländische Frauen großes Interesse haben, bestehende Informationsdefizite abzubauen und ihre Handlungskompetenz im Gesundheitsbereich zu erweitern. Schwellenängste und Informationsangebote, die inhaltlich und formal die bisherigen Lernerfahrungen und -methoden der Frauen nicht berücksichtigen, schüchtern ein. Mitarbeiterinnen in Ausländerberatungsstellen und Begegnungsstätten (auch auf Seiten der „Profis“ engagieren sich in erster Linie die Frauen in der Gesundheitsarbeit) haben unter-

schiedliche Möglichkeiten, ratsuchenden Frauen Angebote zu machen.

In der portugiesischen Mission der Caritas konnte das Vorhaben der Sozialberaterin, in Gruppen über Familienplanung zu informieren und diskutieren gelingen, da sie zum einen durch viele Einzelgespräche Kontakt- und Vertrauensfrau für die Portugies/inn/en geworden war und zum anderen auf die Unterstützung des portugiesischen Pfarrers rechnen konnte, der die geplanten Veranstaltungen in den Gottesdiensten ankündigte und oft selbst als „Schirmherr“ einleitete.

Aus den Informationsnachmittagen – teils nur für Frauen, teils für Paare –, in denen es hauptsächlich um Wissensvermittlung ging (mit Hilfe von Diaserien), entstanden regelmäßige Frauengruppenarbeit, Einzelveranstaltungen, Kurse und Bildungsurlaubsangebote zu anderen Gesundheits- und Lebensfragen (z. B. zu Ernährung, Umgang mit Medikamenten, Bewegungsapparat, Kreislauf, Prävention/Vorsorge, Ehe und Erziehung). Dabei wurde darauf geachtet, daß „Theorie“ und

„Praxis“ miteinander verknüpft wurden, indem z. B. über Bewegung nicht nur geteilt wurde, sondern auch für gemeinsame Gymnastik, Entspannungsübungen und das Erlernen einfacher Massagetechniken ausreichend Zeit war.

Auch in der stadtteilbezogenen Gesundheitsberatung für ausländische Familien, die organisatorisch an bestehende Begegnungs- und (Frauen-)Beratungsstellen angegliedert war (als 2-jähriges ABM-Projekt, 1983–85²⁾), waren Themen wie Sexualität, Fruchtbarkeit, Empfängnisregelung, gynäkologische Fragen und Ernährung besonders wichtig. Kontinuierliche Gruppenarbeit war teilweise nur mühsam zu verwirklichen; die Frauen in den gemischt-nationalen Gruppen waren in vielen Bereichen sprachlos, da keine ausreichend vermittelnde Sprache für alle zur Verfügung stand. Die Einbindung von Gesundheitsthemen in laufende Deutschkurse stellte sich als problematisch heraus, da mit dem erreichten Sprachverständnis und den Ausdrucksmöglichkeiten Informationsvermittlung und Erfahrungsaustausch nicht in dem von den Frauen gewünschten Ausmaß möglich waren, so daß letztlich beide Inhalte zu kurz kamen.

Dennoch gelang es den Gesundheitsberaterinnen, durch Gruppen- und intensive Einzelarbeit Ziele wie Informationsvermittlung und Bewußtseinsbildung, Förderung von Selbstvertrauen und Handlungsfähigkeit, Motivierung zu Eigenaktivitäten in vielen Fällen zu erreichen. In der Einzelberatung und -betreuung nahm die Vor- und Nachbereitung von Arztbesuchen und oft auch die direkte Begleitung der Frauen großen Raum ein.

Durch die begrenzten Sprachkenntnisse der Frauen und ihre Ängste gegenüber der Autorität der Ärzte und deren Unvermögen, die spezielle Situation der ausländischen Patientinnen richtig zu verstehen und zu berücksichtigen fand die Kommunikation häufig über den Kopf der Patientinnen statt - zwischen Arzt und Gesundheitsberaterin. Diese bekam damit eine von ihr nicht gewollte „Stellvertreter-Rolle“.

Die Situation der „2. Generation“ von Ausländerinnen in der BRD wird von der türkischen Sozialberaterin als noch schwieriger beurteilt: Aufgrund ihrer Erziehung seien die jungen Frauen „noch nicht so weit“ wie durchschnittliche deutsche Frauen, gleichzeitig fehlten ihnen die Erfahrungen und Maßstäbe, die ihre Mütter aus den Heimatländern mitgebracht haben.

In ihrer jetzigen Arbeit im Frauenhaus werde aber auch deutlich, wie die oft existenziellen sozialen und rechtlichen Nöte alle (auch schwerwiegende) gesundheitli-

Einwohnerzahl stieg erstmals seit fünf Jahren

Steigender Zuzug von Ausländern hat 1986 zum erstenmal seit fünf Jahren die Einwohnerzahl im Bundesgebiet wachsen lassen. Die Zahl der Deutschen sank dagegen weiter, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren - so das Statistische Bundesamt Wiesbaden.

Am 31. Dezember 1986 lebten 61 140 000 Menschen im Bundesgebiet, 120 000 oder 0,2 Prozent mehr als Ende 1985. Im Jahr 1985 war die Bevölkerungszahl noch um 29 000 Personen zurückgegangen.

1986 gab es mehr Einreisende als Ausreisende. So wuchs die Bevölkerung, obwohl mehr Menschen starben als geboren wurden. 1986 sind 480 000 Ausländer, darunter 99 700 Asylbewerber, ins Bundesgebiet eingereist (1985: 400 000), 348 888 sind in ihre Heimat zurückgekehrt (1985: 369 000). Die meisten kamen aus asiatischen Ländern, aus Polen und der Türkei.

Die Deutschen zeigten mehr Heim- als Fernweh: 1986 sind 57 000 Menschen mehr zu- als fortgezogen. Die deutsche Bevölkerung verringerte sich dennoch 1986 weiter, und zwar von 56 539 000 am Jahresanfang um 63 000 oder 0,1 Prozent auf 56 476 000 am Jahresende. Der Rückgang war damit geringer als 1985 (107 000 Menschen).

Staatsangehörigkeit:

Unter den Ende Dezember 1986 erfaßten rund 4,5 Mill. Ausländern sind die Türken mit 1,4 Mill. oder 32% am stärksten vertreten. Die zweitstärkste Nationalitätengruppe bildeten wiederum die Jugoslawen (591 000 oder 13%). Es folgen Italiener (537 000 oder 12%), Griechen (279 000 oder 6%), Österreicher (175 000 oder 4%), Spanier (150 000 oder 3%) und Polen (117 000 oder 3%). Auf diese sieben Länder entfielen somit rund 3,3 Mill. oder 73% aller Ausländer. Im Vergleich zu 1985 ist die Zahl der Angehörigen dieser Staaten - die Griechen und Spanier ausgenommen - jeweils gestiegen.

chen Probleme in den Hintergrund drängen: „Gesundheit ist Luxus im Frauenhaus“.

In „Spezialeinrichtungen“ wie der *Pro Familia* oder dem Familienplanungszentrum in Hamburg spielen die ausländischen Kolleginnen eher eine „Feuerwehrrolle“ für ihre Landsleute. Da sie keine wirklichen Bezugspersonen für verschiedene Alltagsfragen sind, sind sie es auch

nicht bei Gesundheitsproblemen. Selbst wenn Beratungen in der Muttersprache geführt werden, bleiben u. U. Mißtrauen und Distanz („Was darf ich hier sagen, was nicht?“).

Es bleiben Einzelgespräche bei geplanten Schwangerschaftsabbrüchen, Verhütungsfragen. Umfassende Gesundheitsberatung findet nicht statt; stattdessen aber regelmäßige Zusammenarbeit mit den Kolleginnen aus den „eigentlichen Kontaktstellen“ für Ausländer/inn/en, um Kompetenz, Erfahrungen zu teilen und die notwendige politische Arbeit gemeinsam zu tragen.

Gesundheit und Weiterbildung

Zur Behörde für Schule und Berufsbildung gehört in Hamburg das Referat „Weiterbildung ausländischer Arbeitnehmer“. Die beiden Kolleginnen dieses Referats verknüpfen Weiterbildungs- und Koordinationsfunktion für die Arbeit mit Arbeitsmigrant/inn/en, d. h. neben der unmittelbaren Weiterbildungsarbeit fühlen sie sich zuständig für Projekt- und Teambearbeitung in Ausländerinitiativen, -vereinen, -begegnungsstätten und -beratungsstellen. In Kooperation mit der Leitstelle Gleichstellung der Frau geht die Einrichtung des Arbeitskreises „Frauen in der Ausländerarbeit“ auf ihre Initiative zurück.

Prinzipiell achten sie darauf, daß

- Weiterbildung nicht ausgegrenzt wird aus Sozialarbeit,
- Weiterbildung als „lebensnahe Weiterbildung“ organisiert wird, die den Betroffenen für ihr konkretes Alltagsleben nützt.

Auch in der Weiterbildung wird die „Kollision“ der Lebensbedürfnisse (z. B. eine Arbeitsstelle und angemessenen Wohnraum zu haben, das Recht auf Bildung und Bedürfnisse, die sich aus der jeweiligen kulturellen Affinität, den Bindungen und Erfahrungen aus den Heimatländern ergeben) mit der Realität gesundheitsschädigender Arbeitsplätze, unwürdiger Wohnverhältnisse und fremder Normen, die die eigenen in Frage stellen bzw. entwerten, deutlich. Die mitgebrachten Kompetenzen sind „unpassend“ geworden. Weiterbildung, die hier ansetzt, unterscheidet sich von traditionellen an Professionalisierung und Aufstieg orientierten Bildungskonzepten. Damit kommt sie den Interessen ausländischer Frauen an Kompetenzzuwachs besonders im Gesundheitsbereich entgegen.

Daher sind Kursangebote zu Gesundheit neben Alfabetisierungs- und Deutschkursen seit Jahren „Standardangebote“, deren Konzeption und Didaktik gleich

wohl immer wieder verändert werden. Beispielsweise steht in den Deutschkursen nicht mehr – wie in den 70er Jahren – der kommunikative Aspekt im Mittelpunkt, sondern der Versuch, innerhalb eines handlungsbezogenen „Alltagsvokabulars“ die Sprache in ihrer Struktur durchschaubar, ihre Loik verfügbar zu machen. Die – weiterhin notwendigen – Alphabetisierungsangebote müssen z. B. durch „Grundbildungskurse“ ergänzt werden, will man sich nicht mit einem sprachlichen Minimalstandard zufriedengeben.

Für die Kurse zu Gesundheitswissen und Gesundheitsverhalten wurden sechs ausführliche Unterrichtseinheiten entwickelt, zusätzlich eine für die Weiterbildung von Beschäftigten im Gesundheitswesen zum besseren Verständnis ausländischer Frauen.³⁾

Frauen, denen der Schulbesuch in ihren Heimatländern nicht möglich war, sind in der Regel hochmotiviert und lernen sehr schnell, da sie nicht durch schlechte Vorerfahrungen blockiert sind.

Um ihnen die Teilnahme zu ermöglichen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Kurse müssen stadtteilbezogen angeboten werden
- die Einrichtungen, die als Anlaufstellen bekannt und vertraut sind,
- zu Zeiten, die die (Schicht-)Arbeit ebenso berücksichtigen wie den familiären Tagesablauf;
- die Kinderbetreuung muß gesichert sein.

Desgleichen gibt es prinzipielle Anforderungen an die Kursleiter/innen wie Zweisprachigkeit, Kenntnisse über die Heimatländer und besonders die Migrationsproblematik, falls sie nicht selbst „Betroffene“ sind, Erfahrung in der Erwachsenenbildung. Die Referentinnen vertreten die These, daß es eher nebensächlich sei, ob die Kursleiter/innen Deutsche oder Ausländer/innen seien; die Auseinandersetzung mit der Migration sei für beide notwendig.

Allerdings ist die Beachtung aller Grundbedingungen keine Garantie für „volle Kurse“; es muß gleichwohl oft zunächst „Überzeugungsarbeit“ geleistet werden (Hausbesuche, Einzelgespräche). Gemeint ist die Überzeugung, daß Bildung (über Lesen und Schreiben hinausgehend) die Voraussetzung ist für aktive Lebensgestaltung und -planung, für bewußte Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen wie z. B. dem Aufenthaltsrecht oder dem Umgang mit dem hiesigen Gesundheitssystem.

Insgesamt ist das bisherige Weiterbildungsangebot unzureichend in seiner fi-

nanziellen und personellen Ausstattung. Pro Jahr partizipieren nur ca. 2-4% der in Frage kommenden Ausländer/innen davon, was sicher nichts mit mangelndem Interesse der anderen zu tun hat.

Es bleibt die Frage, wie der Anspruch einer „demokratischen Gesellschaft“ eingelöst werden soll, allen Bürger/innen auch durch Bildung die Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Hauptdefizit: die psycho-soziale Versorgung

Die Zunahme massiver psychischer und psychosomatischer Probleme in der ausländischen Bevölkerung wird von allen Einrichtungen der Ausländerarbeit mit Sorge und Hilflosigkeit zur Kenntnis genommen. Die Symptomatik reicht von familiären Beziehungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen über depressive Verstimmungen und Suchtprobleme bis zu psychotischen Erkrankungen.

Die notwendige präventive Arbeit, therapeutische Versorgung und Nachbetreuung findet in Hamburg beschämenderweise nicht statt.

Das ist das wesentliche Ergebnis einer 1985/86 vom Arbeitskreis „Frauen in der Ausländerarbeit“ durchgeführten Befragung in 22 Einrichtungen der Ausländersozialarbeit und 19 therapeutischen Einrichtungen⁴⁾:

„Es gibt in Hamburg derzeit keinerlei Einrichtungen, in denen die notwendige Verknüpfung zwischen therapeutischer und sprachlich-kultureller Kompetenz gewährleistet ist. Keine Ausländerberatungsstelle verfügt über psychotherapeutische Fachkräfte. In den befragten Einrichtungen der psycho-sozialen Versorgung gibt es durchweg keine muttersprachlichen Therapeuten. Eine mögliche Behandlung scheitert in den meisten Fällen schon an der mangelnden sprachlichen Verständigung. ... Das fördert Fehldiagnosen, hohen Tablettenkonsum der Betroffenen, erfolglosen Einsatz teurer Apparatemedizin sowie überdurchschnittlich häufig eine frühzeitige Einweisung ausländischer Patienten in die Psychiatrie.“⁵⁾

Beispiele aus anderen Städten (Frankfurt, Köln, West-Berlin) zeigen, daß die Einrichtung eines interkulturellen psychosozialen Beratungszentrums für ausländische Familien ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Situation sein kann. Zu den Aufgaben eines solchen Zentrums würden muttersprachliche Beratung und Therapie, die Zusammenarbeit sowohl mit Ausländerberatungsstellen als auch mit den Einrichtungen der psycho-sozialen/

Ciler und Arife im Krankenhaus

Ein Film zum Thema „Kind und Krankenhaus“ für türkische Kinder und deren Eltern in türkisch mit deutschen Untertiteln.

Zum Inhalt: Arife, ein siebenjähriges türkisches Mädchen, erkrankt plötzlich und muß unvorbereitet ins Krankenhaus gebracht werden. Im Krankenzimmer trifft sie die gleichaltrige Ciler, die schon einige Zeit im Krankenhaus ist. Am Beispiel dieser beiden Mädchen wird die angstmindernde Wirkung einer gezielten Vorbereitung auf das Krankenhaus deutlich, denn *Bekanntes macht weniger Angst*.

Dieser Video-Film – herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln – kann ausgeliehen werden bei allen Landesbibliotheken, Landesfilmdiensten, den evangelischen und katholischen Medienzentralen und den Bezirksverbänden der Arbeiterwohlfahrt. Neben dem Film hat die BZGA schriftliches Begleitmaterial herausgegeben, das kostenlos bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln, Ostmerheimerstr. 200 – 5000 Köln 91 angefordert werden kann.

Zum Thema „Türkische Kinder im Krankenhaus“ gibt die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Mittelrhein Köln eine Beratungsbroschüre „Küçük Dilek hasta“ (Die kleine Dilek wird krank) für türkische Eltern und Kinder heraus. Diese Broschüre will in besonderer Weise auf die Notwendigkeit einer frühzeitigen Vorbereitung der Kinder auf Kranksein und Krankenhaus hinweisen und gibt Eltern wichtige Informationen, um mit der Situation eines Krankenhausaufenthaltes besser umgehen zu können.

Die Broschüre „Küçük Dilek hasta“ kann kostenlos bestellt werden bei:

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Mittelrhein e. V., Venloer Wall 15, 5000 Köln 1.

psychiatrischen Versorgung, Weiterbildung und Supervision sowie Begleitforschung gehören.

Die Forderungen gehen aber über die Einrichtung eines Beratungszentrums hinaus:

- zweisprachige Fachkräfte sollten in allen größeren therapeutisch arbeitenden Institutionen eingestellt werden,
- für Ausländer/innen müssen die Zugangsmöglichkeiten zu den Ausbildungsgängen der Sozial-, Heil- und Hilfsberufe erleichtert werden,
- die Ausbildung zu diesen Berufen muß Informationen über die speziellen Probleme der Arbeitsmigrant/inn/en beinhalten; ebenso sollte dieses Thema in die Weiterbildung der im Gesundheits-

wesen Beschäftigten einbezogen werden.

Diese – für uns z. Zt. vorrangigen – Forderungen sind Bestandteil eines umfassenden Konzeptes zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung ausländischer Familien in Hamburg, das der Arbeitskreis „Frauen in der Ausländerarbeit“ erstmals 1980, in der letzten überarbeiteten Fassung 1985 veröffentlicht hat⁶⁾.

Die darin aufgelisteten Vorschläge und Forderungen beziehen sich auf die institutionellen Bereiche Praxen/ambulante Versorgung, Kliniken, Beratungsstellen/Begegnungsstätten/Bezirksämter sowie auf Information/Aufklärung und Aus- und Weiterbildung.

Umsetzen lassen sie sich allerdings erst dann, wenn Betroffene, „Gesundheitsprofis“ und verantwortliche Politiker/innen zur respektvollen Auseinandersetzung bereit sind und endlich anerkannt wird, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland geworden ist, so daß wir uns die Erfahrungen und Modelle anderer Einwanderungsländer zunutze machen können.

Anmerkungen:

- 1) Videofilm über „Säuglingspflege und -ernährung im 1. Lebensjahr“ (in türkischer Sprache), Information/Verleih: Dr. Ezel Günay, c/o Altonaer Kinderkrankenhaus, Bleickenallee 38, Hamburg 50
- 2) Projektbericht „Gesundheitsberatung für ausländische Familien“, Bezug über: „Referat Weiterbildung ausländischer Arbeitnehmer“ im Amt für Berufs- und Weiterbildung, Hamburger Str. 131, Hamburg 76
- 3) – „Gesundheitswissen – Gesundheitsverhalten – Materialien für Kurse mit ausländischen Frauen“, 6 Bände
– „Informationen für Beschäftigte im Gesundheitswesen – Materialien für den Unterricht: Arbeitsmigration und Gesundheit – Wie können wir ausländische Frauen besser verstehen?“ beides herausgegeben von der Leitstelle Gleichstellung der Frau, Hamburg 1984
- 4) „Untersuchung zur psychosozialen Versorgung von ausländischen Familien in Hamburg“ / Kurzfassung
Hg.: „Multikulturelle Gesellschaft zur Förderung der psychosozialen Gesundheit“, c/o Bürgerinitiative ausländischer Arbeitnehmer, Rudolfstr. 5., 2102 Hamburg 93^a März 1987
- 5) a.a.O., S. 2 + 3
- 6) Arbeitskreis „Ausländischer Frauen und Mädchen“, Hamburg: „Konzept zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung ausländischer Familien in Hamburg“, Stand: Mai 1985, Bezug über: Leitstelle Gleichstellung der Frau, Hamburg.

Annette Rethemeier, 36 Jahre, Dipl.-Sozialarbeiterin, Mitarbeiterin der Pro Familia-Beratungsstelle Schlüterstraße, Hamburg 13

Selbsthilfeorganisation IAF:

Wir sind nicht Frauen „zweiter Klasse“

Seit fünfzehn Jahren setzt sich die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) für Recht und Selbstverwirklichung betroffener Frauen ein. Die Erfolge dieser Arbeit fördern das Selbstwertgefühl und das Verständnis interkultureller Situationen und Beziehungsmuster.

Rosi Wolf-Almanasreh

Die interkulturellen Aspekte in der Beratung verstärkt zu berücksichtigen, ist in unserer jahrelangen Arbeit eine der wichtigsten Aufgaben geworden. Auch wir haben erst allmählich aufgrund unseres eigenen „Grenzübertritts“ entdecken können, in welcher Vielfalt interkulturelle Situationen auftauchen. Zum Beispiel beim Gespräch mit einer ausländischen Frau, die ihre Probleme vorträgt und auf konkrete Angebote unsererseits gar nicht reagiert, weil sie lediglich über ihre Probleme reden („und jammern“) will und nur dies als Lösung versteht. Hier mußten wir lernen, unseren „Frauenstandpunkt“ zu relativieren und unsere Vorstellungen, wie etwa Emanzipation verfolgen soll, zu korrigieren, um die für diese Frau durchaus positiven Aspekte ihres Verhaltens zu erkennen. Sie will „nur“ über ihre Probleme sprechen und von uns verstanden werden. Dies ist ihre Lösung (der Weg ist das Ziel!). An eine Lösung in unserem Sinne (Scheidung oder Therapie usw.) denkt sie nicht.

Ein anderes Beispiel ist die Bewertung eines deutschen Arbeiters aus ländlicher Gegend, der mit seiner ungarischen Frau nicht „zurecht kam“ und uns die Probleme in einer Form vorträgt, die uns als Mittelschichtfrauen völlig fremd war und in die wir uns einfühlen lernen mußten wie in eine fremde Kultur. Hier wurde uns bewußt, daß interkulturelle Lernprozesse nicht nur zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und Völkern, sondern auch verschiedenen sozialen Schichten stattfinden müssen, wenn Beratung effektiv sein soll. Die Anwendung von unkonventionell erscheinenden Mitteln ist häufig angezeigt.

Ein drittes Beispiel sei angedeutet: die Frage des intimen Zusammenlebens, der Erotik und Sexualität in bi-nationalen Partnerschaften. Auch hier ist es wichtig sich zu verdeutlichen, daß es innerhalb der unterschiedlichen Kulturen unterschiedliche Formen der Sexualbeziehung, der Vorstellungen über die Rolle der Geschlechter, der Geburt usw. gibt. Im Falle von Konflikten zwischen den Partnern ist

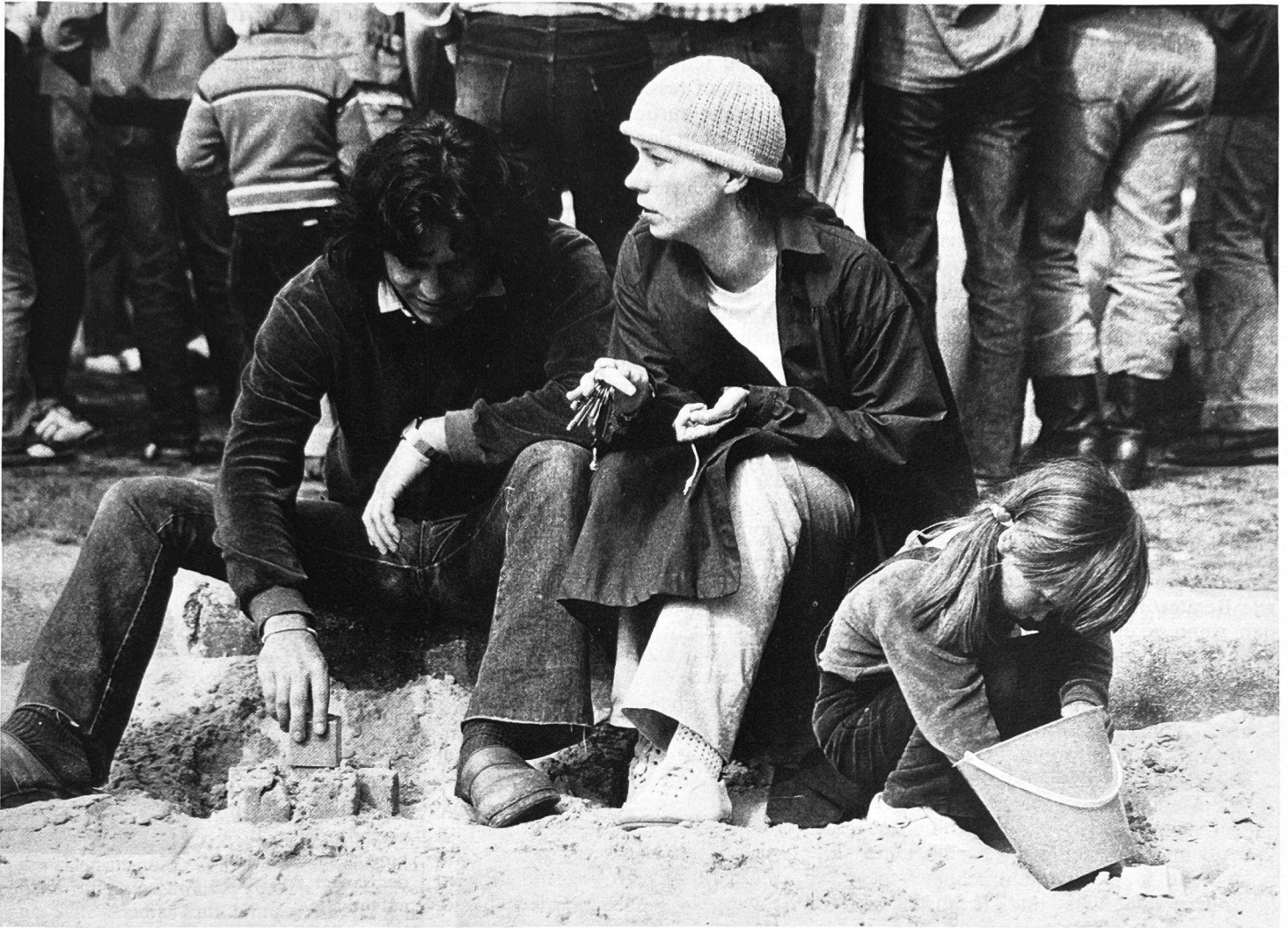
es deshalb angezeigt, zunächst einmal nach den jeweiligen Vorstellungen, Erfahrungen, aber auch nach den Phantasien (und Vorurteilen) eines jeden zu fragen. Gerade der Bereich der Phantasie spielt ja bei der Wahl eines ausländischen Partners/in eine wichtige Rolle, denn die tatsächliche oder vermeintliche Unkenntnis der anderen Kultur ermöglicht weite und phantasiervolle Spekulationen und „Traumvorstellungen“. Auch solche Wünsche und Vorstellungen sind auf einen fremdländischen Partner projizierbar, die vielleicht in unserer Gesellschaft tabuisiert sind oder gar verboten!

Von Vorteil ist für die Beraterinnen in der IAF, daß wir selbst „Betroffene“ sind und daß wir alle aus unseren individuellen Erfahrungen lernen, uns mit unseren persönlichen Wertvorstellungen und Wünschen selbstkritisch auseinanderzusetzen: Nur so werden wir überhaupt fähig, innerhalb einer bi-nationalen Familie zu leben und uns wohl zu fühlen.

Wer ist diese „IAF“ und was machen ihre Mitglieder?

Im Jahre 1972 wurde dieser über die bundesdeutschen Grenzen hinaus arbeitende Verein von einer Frau gegründet, die sich in ihrer eigenen Gesellschaft ausgegrenzt und diskriminiert fühlte und zwar nicht nur als Frau, sondern auch als Partnerin eines Ausländers und als Mutter braunhäutiger Kinder. Andere Frauen, die sich zunächst mit ihr zusammentaten, hatten ähnliche Erfahrungen gemacht. Sie wollten sich diese Behandlung nicht mehr länger gefallen lassen, sondern sich selbst und gegenseitig helfen.

Sie kritisierten Vielfältiges: Die Ablehnung durch die eigene Familie und Freunde nach der Wahl eines ausländischen Partners: „So was heiratet man doch nicht“; Probleme bei der Wohnungssuche – „Eine solche Frau mit einem solchen Mann wollen wir nicht, das stört die Nachbarn“; Sexismus – „Wer weiß was die miteinander treiben ... diese Weiber sind sex-toll“; Rassismus oder die feministische Variante: „Die ist auch mit einem so unmöglichen ‚macho‘ verheiratet“; Ethnozentris-



mus – „Diese Kulturen sind doch primitiv, die sind doch nicht integrationsfähig...!“ usw. usf.

Neben der sozialen und psychosozialen Lage ist die rechtliche Situation ebenfalls durch Benachteiligung gekennzeichnet. Gleichgültig, ob die Ehefrau oder der Ehemann Ausländer/in ist, werden diese Ehen und Familien gegenüber „rein deutschen“ Familien ungleich behandelt. Unsicherer Aufenthalt für den ausländischen Partner/in verunsichert die ganze Familie. Schon bei der Eheschließung versuchen Behörden zunehmend, insbesondere solche Verbindungen zu vereiteln, bei denen die Frau Deutsche und der Mann Staatsangehöriger eines Landes der sog. Dritten Welt ist. Demütigende Unterstellungen, wie „Scheinbraut“, „Scheinehe“, diskriminierende Tests (Potenzzeugnis vor der Eheschließung), Überprüfung der Ehepaare und Verhöre über ihre Lebensgewohnheiten bis hin zum Intimverkehr sind einige der Schwierigkeiten, mit denen sich diese Paare konfrontiert sehen.

Die Freizügigkeit, die für alle EG-Staater und deren Familien gilt, ist für ausländische Ehegatten Deutscher dann außer Kraft, wenn der Partner/in aus einem Land außerhalb der EG kommt. Noch immer können deutsch-verheiratete Ausländer ausgewiesen werden, z. B. dann, wenn sie straffällig werden. Dem inländischen Familienteil (meist Frau und Kinder) wird dann nahegelegt, sich entweder „scheiden zu lassen“ oder unfreiwillig auszuwandern.

IAF-Frauen haben sich Gedanken darüber gemacht, warum die Ablehnung und Diskriminierung insbesondere von Frauen, die sich Fremden zuwenden in fast allen Gesellschaften anzutreffen ist. Dabei fällt auf, daß zu vielen Zeiten unserer Geschichte z. B. Eheverbote existiert haben. Die meisten Einschränkungen trafen Frauen, „die ‚außerhäusig‘ heirateten. Frauen, die die eigene Gruppe verließen, wurden entweder ausgestoßen und abgeschrieben oder als „Huren“, Verräterinnen diffamiert. Von Frauen wird offenbar eine

ganz besondere Treue zum Stamm, zum Volk oder zur Familie (und zum Manne!) erwartet. Ihre Grenzüberschreitung ist nicht nur ein Bruch dieser Treue, sondern auch eine Art Ausbruch, eine Normverletzung, die allenfalls dem Manne als unabhängigem Wesen zugestanden wird. Das Ausscheren der Frau, der Ungehorsam gegenüber Vater, Familie und Volk (!) auch noch mit einem fremden Mann, wird als besondere Bedrohung der eigenen Gruppe, aber auch der Männlichkeit und der Sexualität erlebt. Daraus mag sich auch der Sexismus erklären, von dem fast alle Frauen berichten. Er tritt ihnen in allen Bereichen entgegen. Auch die eigenen Mütter benutzen sexistische Argumente, um die Töchter von dem ausländischen Mann abzubringen. Etwa: „Pfui Teufel, wenn ich mir vorstelle, daß du mit so einem Schwarzen schläfst“ ...

Unterschiedlich sind die Einstellungen in der Bevölkerung darüber, ob ein deutscher Mann eine ausländische Frau oder eine deutsche Frau einen ausländischen

Mann heiratet. Zwar wird einerseits dem Manne zugestanden, daß er sich eine „zarte, anschießende Frau“ aus Südost-Asien per Katalog kauft, und die Erteilung eines Einreisevisums macht kaum Probleme, andererseits erfahren die ausländischen Frauen selbst unterschiedlichste Diskriminierung. Auch gilt allgemein die Regel: Je ärmer und schwärzer, desto schwieriger gestaltet sich die soziale und rechtliche Akzeptanz in unserem Land.

Psychologisch interessant ist – und das haben auch IAF-Mitglieder schon selbstkritisch erfahren, daß auch Ehegatten von Ausländern/innen nicht frei sind von Kulturrassismus, Vorurteilen und sonstigen Relikten des Kolonialismus. Im Fall von Konflikten treten diese Einstellungen auf erschreckende Weise zu Tage. Die gleiche Frau, die jahrelang „für die Rechte der Ausländer/innen“ und zugunsten ihres Partners gekämpft hat, sich politisch mit Fragen der Ausländerfeindlichkeit beschäftigt, wird ebenso zur Kolonialistin, wie Berater/innen und Sozialarbeiter/innen, wenn sie emotional mit der Tatsache konfrontiert werden, daß das Objekt ihrer Betreuung „nicht gehorcht“, nicht „lernen will“ und „nicht so will wie ich“ oder die Emanzipierungsangebote nach westlichem Muster nicht annimmt.

Umgekehrt gilt ähnliches: die kolonialistische Mentalität in unseren Kreisen begegnet nicht selten der des „Kolonisierten“. Beim beiderseitigen Versuch, eine neue Identität zu entwickeln, scheinen die lustvollen Erlebnisse und Erfahrungen

gerne angenommen zu werden; da, wo es um schmerzhaft Veränderungen geht, obliegt nicht selten die Tendenz, sich auf Stereotype, auf rassistische Einstellungen und Vorurteile zurückzuziehen.

Die IAF hat in den 15 Jahren ihrer Existenz in drei wichtigen Bereichen all diesen kurz skizzierten Fragestellungen zu begegnen versucht: durch politische Arbeit und den kontinuierlichen Kampf um Gleichberechtigung von Frauen und Ausländer/innen in unserer Gesellschaft, durch Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, durch Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen in unserer Gesellschaft und ferner durch das Angebot der Beratung von selbst Betroffenen für Betroffene in rechtlichen, sozialen und psychosozialen Fragen unter Berücksichtigung der interkulturellen Realität der Zielgruppe. Es wird zusätzlich versucht, mit Hilfe von Gruppenarbeit Selbstveränderungsprozesse zu fördern und Fähigkeiten zu entwickeln, in der Umwelt selbstbewußt zu agieren. Ausländerfrau zu sein ist gut und keine Schande! Wir sind nicht „schuld“ oder „schlecht“, wenn wir über Grenzen gehen. Vielmehr sind gerade unsere inter-ethischen Beziehungen für uns und unsere Familien eine einmalige Chance, auch dann, wenn es manchmal schmerzt.

Als Selbsthilfeorganisation hat die IAF inzwischen über 50 Selbsthilfegruppen im Bundesgebiet sowie eine ganze Zahl Schwesterngruppen im Ausland, u.a. in der Schweiz, in Holland, Griechenland,

Ägypten. Die Erfolge der Arbeit fördern unser Selbstwertgefühl. Und unsere Selbstbetroffenheit gehört zur politischen Aktivität wie zur Beratung und ist unverzichtbar. Insbesondere Frauen von Ausländern wollen nicht länger exotische Objekte von wissenschaftlichen Untersuchungen oder paternalistisch-caritativer Betreuung sein. Sie wollen weder „Frauen zweiter Klasse“, noch „Huren“, sondern souveräne Mitglieder der Gesellschaft sein, die sich selbst bestimmen. Ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, schien den Frauen, die in der IAF arbeiten dazu der richtige Weg.

Rosi Wolf-Almanasreh, 46 J., Gründerin und Bundesgeschäftsführerin der IAF; jahrelang Betriebsratsmitglied im Dienstleistungsreich, HBV-Mitgl., publiz. Arbeiten; Jura-studium. Psychol. Zusatzausbildung für psychosoziale Beratung. 2 jugendl. Kinder; länger. Auslandsaufenthalte.



- Anzeige -

Wer heiratet wen?

Neueste Eheschließungsstatistik (ES)

Gesamteheschließungen in der Bundesrepublik	372112
davon	
1. Ehen zwischen deutschen Staatsangehörigen	336701
2. Ehen zwischen dtsh. Frau und ausl. Mann	16472
3. Ehen zwischen dtsh. Mann und ausl. Frau	11028

Nationalitäten der Ehepartner(innen)

(Auswahl in der Reihenfolge der Anzahl)

deutsche Frau / ausländischer Mann 1986	deutscher Mann / ausländische Frau 1986
US-Amerikaner - 2799	Philippininnen - 1148
Italiener - 2020	Jugoslawien - 1097
Türken - 1326	Österreicherinnen - 1043
Österreicher - 1098	Polinnen - 914
Großbritan./Nordirland - 1093	Italienerinnen - 620
Jugoslawien - 866	Französinen - 589
Niederländer - 762	Thailänderinnen - 572
Franzosen - 591	Niederländerinnen - 505
Griechen - 463	US-Amerikanerinnen - 462
Spaniern - 450	Türkinnen - 406
Iraner - 359	Spanierinnen - 385
	Großbritan./Nord-Irland - 340

Etwa 20% der Ehen deutsche Männer mit ausländischen Frauen sind schätzungsweise „vermittelte Ehen“, bei Philippininnen sogar nahezu 100%.

Wir bitten um Hilfe für notleidende Kinder in der Dritten Welt



Hilfe für notleidende Kinder leistet die Deutsche Welthungerhilfe als Teil ihrer umfassenden Arbeit für die Ärmsten der Armen. Wir senden Ihnen gerne Informationen über unsere Kinderprogramm zu.

Deutsche Welthungerhilfe
Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

Gutachten zwischen zwei Welten:

„Ein vermutlich sehr autoritärer Vater!“

Eine wissenschaftlich neutrale Gutachtertätigkeit gibt es nicht. Immer sind die scheinbar „sachlichen“ Kriterien beeinflusst von der eigenen Wertung und Wahrnehmung, bei der „interkulturelle Aspekte“ allzuleicht unter den Tisch fallen. Ein Beispiel, das nachdenklich machen sollte.

Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor:

Es soll ein psychologisches Gutachten über die Frage erstellt werden, ob ein iranischer Vater geeignet ist, das Sorgerecht für seinen 5jährigen Sohn auszuüben oder ob das Wohl des Kindes eher bei der deutschen Mutter zu finden ist. Die Vorgeschichte: das Kind war vom arbeitslosen Vater ab seiner Geburt täglich unbeanstaltet versorgt worden, während die Mutter die Rolle der Ernährerin eingenommen hatte und berufstätig war. Zum Zeitpunkt des Rechtsstreites war der Junge bereits 4 1/2 Jahre alt. Die Mutter hatte das Kind aufgrund ihres Trennungswunsches vom Vater aus der gemeinsamen Wohnung mitgenommen und bei ihren eigenen Eltern zur Versorgung abgegeben.

Der Vater, der nach wie vor in der gemeinsamen Wohnung lebte und wegen der anhaltenden Arbeitslosigkeit Zeit gehabt hätte, die Rolle des „Hausmannes“ weiterhin zu übernehmen, hatte zudem nachweisen können, daß von seiner Seite keinerlei Entführungsgefahr (etwa ins Ausland) bestehe, da er asylberechtigter Ausländer sei und in absehbarer Zeit nicht in den Iran reisen könne.

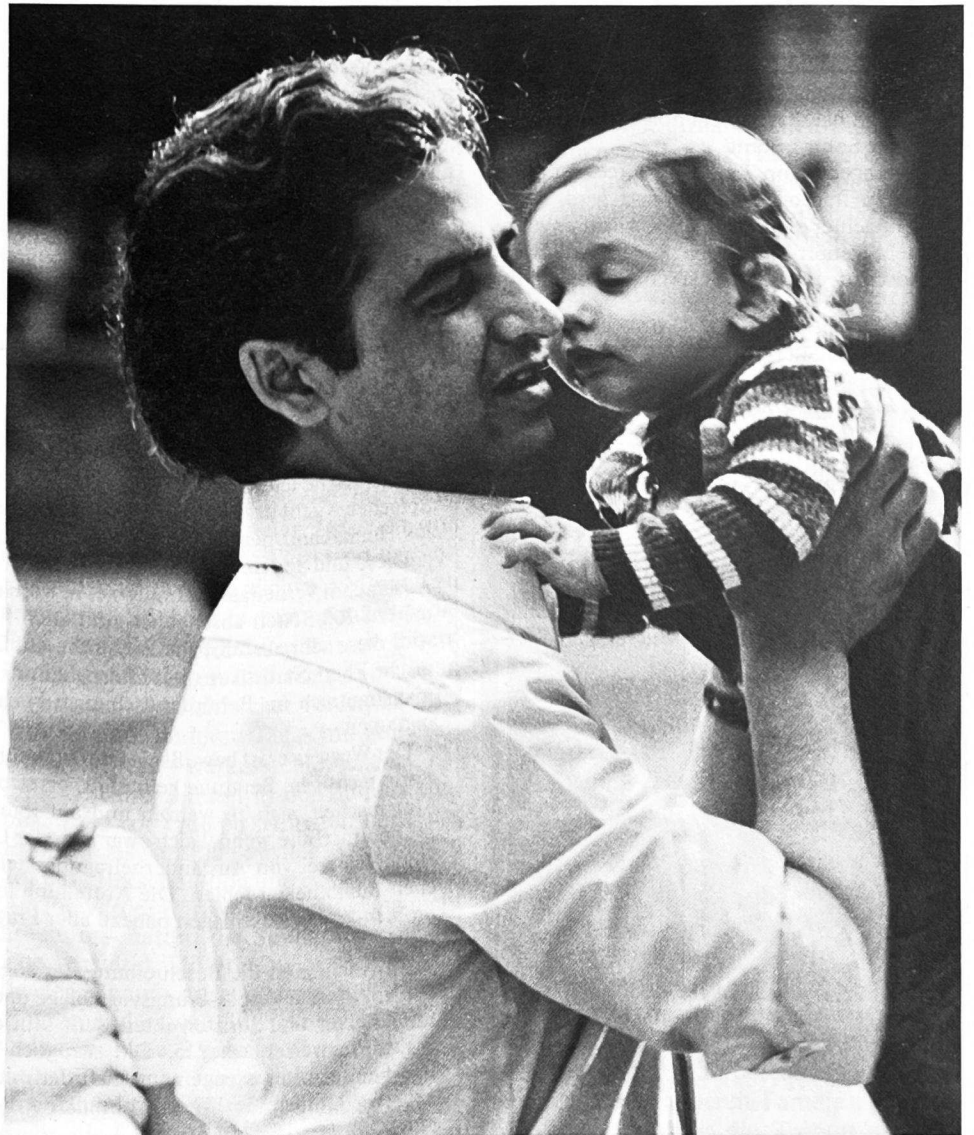
Der Gutachter hatte sich mit beiden Eltern in Verbindung gesetzt und beide Eltern mit dem Kind beobachtet. In seiner Stellungnahme finden sich u. a. folgende Aussagen:

„... Der iranische Vater wurde vom Gutachter an einem Samstag nachmittags aufgesucht, als das Kind bereits einige Stunden zwecks Besuch beim Vater verbracht hatte. Vater und Sohn begrüßten den Gutachter an der Tür sehr freundlich. Der Junge gab dem Besucher sofort und ohne Scheu die Hand, ging dann an der Hand des Vaters ins Wohnzimmer und setzte sich erwartungsvoll an den Couchtisch. Der iranische Vater bat den Gutachter, Platz zu nehmen, fragte ihn höflich nach seinem Befinden. Dann forderte er das Kind mit ruhiger Stimme auf, sich eine Weile alleine zu beschäftigen, weil er „mit dem Onkel ein wenig sprechen“ müsse. Er ging dann in die Küche, kochte Tee und servierte dem Gutachter den Tee, ohne ihn zu fragen, ob dieser Tee möchte. Das Kind spielte derweil alleine mit seinen Spielsachen. – Dann erzählte der Vater, während er dem Gutachter mehrfach Tee nachgoß und Gebäck anbot, die Geschichte seiner Ehe und die Hintergründe des Konfliktes, wobei er seiner Frau die Schuld am Scheitern der Ehe anlastete...“

Dieser Vorgang wurde einige Passagen weiter folgendermaßen vom Gutachter ausgewertet:

„... Das Kind machte einen ruhigen und ausgeglichenen Eindruck. Es war sichtbar, daß Vater und Sohn ein gutes Verhältnis haben und sich aufeinander einstellen können. Der Junge konnte sich ohne Probleme vom Vater lösen. Der Vater war aber von Anfang an bestrebt, mit orientalischer Höflichkeit den Gutachter für sich einzunehmen und zu beeinflussen. So nö-

tigte er ihn mehrfach, Tee zu trinken, währenddem das Kind alleine spielen mußte und sich auch während des Gesprächs alleine zu beschäftigen hatte. Der Vater wandte sich dem Kind während der gesamten Anwesenheit des Gutachters kaum zu (der Junge kam einmal zum Vater, weil das Mädchen eines Autos abgegangen war und bat um Reparatur, worauf der Vater auch nebenbei einging und einmal kam er zum Tisch und holte sich Gebäck, wobei ihm der Vater den Rücken klopfte und ihm das Gebäck hinhielt). Dafür überbot sich der Vater aber mit Höflichkeiten (Gebäck und Tee) gegenüber dem Gutachter. Es ging ihm nur um die Darlegung des Konfliktes mit seiner Frau. Hier standen ihm mehrfach Tränen in den Au-



gen. Eine Hinwendung zum Kind war nicht erkennbar...

Demgegenüber hat sich die Mutter hingebungsvoll während des ganzen Besuchs intensiv mit dem Kind beschäftigt. Sie vermied es allerdings auch nicht, in Gegenwart des Kindes über den Konflikt mit dem Vater zu sprechen, den sie als rücksichtslos, patriarchalisch und brutal darstellte. Das Kind hatte während des gesamten Besuchs die Mutter nicht losgelassen und verlangte auch deutlich ihre ständige Zuwendung, so daß sie auch während des Gesprächs mit dem Kind auf dem Boden saß und mit ihm spielte...

Unter Abwägung aller vorliegenden Beobachtungen und Tatsachen wird empfohlen, der Mutter das Sorgerecht für das Kind zu erteilen, da sie am besten geeignet ist, für das Wohl des Kindes zu sorgen...". Diesen Empfehlungen war auch das Gericht gefolgt.

Eine einfache, alltägliche Situation. Aber was verbirgt sich hinter diesen Beobachtungen und Wertungen, wenn man einmal darauf verzichtet, mit mitteleuropäischen Mittelschichtaugen diejenigen Handlungen zu beurteilen, die den iranischen Vater betreffen? Für ihn als „Orientalen“ steht die Höflichkeit gegenüber dem Gast an allererster Stelle. Hinter der absoluten Verpflichtung, sich um den Gast zu kümmern, müssen alle Bedürfnisse der Familie – auch seine persönlichen Bedürfnisse – zurückstehen. Vorbildlich hat dies in dem obigen Beispiel bereits sein Sohn gelernt.

Das Angebot von Tee oder Kaffee, der ohne vorher zu fragen, immer serviert wird, sollte den Gutachter sicherlich nicht korrumpieren, vielmehr gehört es zu den Regeln der Gastfreundschaft, etwas zu trinken hinzustellen. Im

Orient fragt man „Tee oder Kaffee?“ oder man serviert einfach das, was man hat. Abwegig ist deshalb die unterschwellige Andeutung des Gutachters, daß der Iraner vermutlich autoritär und patriarchalisch ist, weil er ihm ungefragt Tee gibt und ihn „nötigt“, diesen anzunehmen. Die Anknüpfung an ein weit verbreitetes Vorurteil „alle Männer aus islamischen Ländern sind autoritär und patriarchalisch“, hat auch bei der Wertung des Gutachters Eingang gefunden; er durfte bei Gericht darauf vertrauen, daß alleine die Andeutungen „richtig verstanden wurden“, was auch geschah!

Eine weitere interkulturelle Fragestellung steckt in der gesamten Szene: Was mag ein Mensch aus einem Land der sog. Dritten Welt über die Funktion eines Gutachters wissen und im tiefsten Inneren über ihn denken? Im Iran, wie in den allermeisten Gegenden dieser Welt, werden Eheprobleme vielleicht im weiteren Familienkreis aber keinesfalls mit Fremden (oder gar bei mit uns vergleichbaren Institutionen) diskutiert. Einrichtungen, wie Eheberatungsstellen sind weitestgehend unbekannt und werden i. d. R. auch als „Luxus“ oder gar als „verrückt“ abgelehnt.

Was hätte dieser Vater bloß tun sollen?

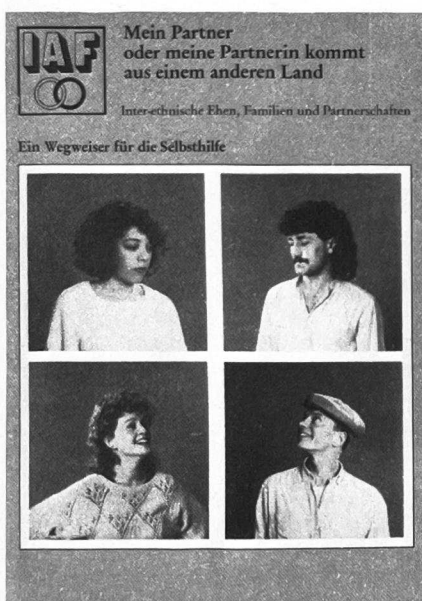
Die aufgrund unseres Rechtssystems erzwungene „Bereitschaft“ des Vaters, dem Gutachter „alles zu erzählen“ muß folglich eher als Nötigung unsererseits angesehen werden. Denn was blieb dem Vater, außer sich diesem „System“ unterzuordnen, wenn er zu seinem Recht kommen wollte? Und was sollte er aus seiner Sicht dem Gutachter „erzählen“ außer dem Konflikt mit der Frau, deren Verhalten er

vermutlich auch nur teilweise verstehen kann? Sicherlich war er der Auffassung, daß er viel verbalisieren müsse, was ihm in unserer Kultur mit Sicherheit schon viele Probleme gemacht hat. Aber was soll er sagen? Daß er seinen Sohn liebt? Jeder Vater liebt seinen Sohn. Soll er „zeigen“, daß er seinen Sohn liebt? Dies hatte er doch wirklich schon getan, als er entgegen den Gepflogenheiten in seiner Heimat vier Jahre lang die Hausmannrolle übernommen hatte, ihm viele Kleider und Spielsachen geschenkt hatte. Es war selbstverständlich für ihn, seine Muttersprache mit ihm zu sprechen, so daß der Junge von Anfang an zwei Sprachen erlernen konnte.

Zudem ist der Besuch eines Gutachters eine fremde und künstliche Situation, in welche sich die hier einheimische Mutter (die einen sozialen Beruf als Krankenschwester ausübt) klüger versetzen konnte als der Vater. Sie wußte offenbar, welche pädagogischen Konzepte hinter der Stirn eines Psychologen standen und was von ihr erwartet wurde; sie ist dem gefolgt.

Auch hier muß Kritik einsetzen. Einmal die Vorstellung, daß alle sozialen Schichten und Kulturen sich auf ein ganz bestimmtes sprachlichen Niveau und eine ganz bestimmte Art der Kommunikation einzustellen haben. Konnte und sollte der Vater den Erziehungsvorstellungen folgen, wie sie bei uns in ganz bestimmten sozialen Kreisen formuliert werden? Und sind diese Konzepte denn bei uns in allen Schichten installiert, wie bei solchen Untersuchungen immer vorgegeben wird? Sollen andere Völker ihre Zuwendung gegenüber Kindern so gestalten, wie wir Europäer das wollen? Ist es nicht gerade die Unterschiedlichkeit der beiden Eltern, die eine Bereicherung für das Kind sein könnten,

Ein Wegweiser für die Selbsthilfe



Wie mache ich einen Ehevertrag? Kann ich auch im Ausland heiraten? Erziehung in zwei Sprachen – geht das überhaupt? Woher bekomme ich eine Arbeitslaubnis? Auswanderung ins Heimatland des Partners – was muß ich beachten?

Diese und andere Fragen beantwortet der Wegweiser der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e. V., Verband bi-nationaler Ehen und Partnerschaften; auf nahezu 300 Seiten anschaulich und auch für juristische Laien verständlich. Angereichert wird diese sehr ausführliche Broschüre durch Überlegungen zu Vorurteilen gegen inter-ethnische Ehen, Statistiken über Eheschließungen und -scheidungen, Hilfestellungen dazu, wie man/frau sich im Behördenschlingel behaupten kann und viele andere nützliche Informationen.

Der Wegweiser ist bewußt als Leitfaden für die Selbsthilfe geschrieben. Er soll eine qualifizierte rechtliche Beratung keinesfalls ersetzen, will aber bi-nationalen Paaren und Familien Mut machen, sich zu wehren und auf ihren Rechten zu bestehen.

Die Broschüre wendet sich zwar in erster Linie an Betroffene, sollte aber auch nicht in der Handbücherei von Ausländerbefragungsstellen, pädagogischen Hochschulen und öffentlichen Bibliotheken fehlen. Die Aufteilung in Stichworte und Querverweise ermöglicht das problemlose Nachschlagen nahezu aller Fragen, die in bi-nationalen Partnerschaften auftreten können.

Im Anhang an die Beschreibung der augenblicklich üblichen Verwaltungspraxis führen die Autorinnen Verbesserungsvorschläge und Forderungen der IAF auf, deren Lektüre auch für Politiker und Juristen interessant sein dürfte.

Der Wegweiser kostet 15,- DM zuzüglich Versand- und Portokosten. Er kann bestellt werden bei der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e. V., (IAF), Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, (Telefon 069 - 73 78 98/73 26 38).

wenn die Erwachsenen bloß lernen könnten, daß sie sich gegenseitig tolerieren und akzeptieren müßten, um besser miteinander auszukommen? Kurzum, es läßt sich die Frage stellen, ob es zulässig ist, daß ein Psychologe oder Berater in einer interkulturellen Situation mit ethnozentrischen Einstellungen vorgeht.

Welche koloniale Arroganz steckt hinter den Wertungen eines solchen Gutachters? Und wieviel müßte sich in der Ausbildung von Psychologen, Therapeuten und BeraterInnen ändern, damit sie einen Blick entwickeln könnten für die Verschiedenheit unserer Welt?

Rosi Wolf-Almanasreh

Ausländerinnen im Frauenschutzhaus

Auf der Flucht vor Mißhandlungen

Sie haben Angst, geschlagen und verfolgt zu werden. Und sie wissen oft nicht wohin: Ausländerinnen und ihre Kinder, die von ihren Männern mißhandelt werden. Ihre Zahl in deutschen Frauenschutzhäusern steigt in erschreckendem Maße. Diese Einrichtungen sehen sich mit Anforderungen konfrontiert, denen sie bei weitem nicht gewachsen sind. Ein Beispiel aus Hannover.

Elisabeth Groß

Abends gegen 11 Uhr klingelt es an der Tür des Frauenschutzhauses. Ein Blick der diensthabenden Mitarbeiterin auf den Monitor im Büro neben der Eingangstür läßt eine Frau mit mehreren Kindern erkennen. Die mehrfach gesicherte Tür wird ein Stück geöffnet. Sogleich hört die Mitarbeiterin ein Kind weinen und die verängstigt klingende Stimme einer Frau. Aber sie versteht kein Wort. Wie sich später herausstellt, ist die Frau Polin und spricht kein Deutsch.

Die vom Frauen- und Kinderschutzhaus in Hannover anlässlich des zehnjährigen Bestehens herausgegebenen Zahlen und Analysen decken sich, wie Gespräche mit anderen Einrichtungen ergaben, im wesentlichen mit den Zahlen vergleichbarer Städte. Das vom Verein zum Schutz mißhandelter Frauen und Kinder getragene Haus, zu Beginn seiner Arbeit als Modell vom Land Niedersachsen gefördert und wissenschaftlich begleitet, sieht sich verstärkt mit rechtlichen, sprachlichen und kulturellen Problemen ausländischer Frauen konfrontiert.

Für die Polin beispielsweise, die nachts mit vier Kindern im Alter zwischen drei und 12 Jahren vor der Tür stand war ein Dolmetscher erst am nächsten Morgen zu erreichen. So konnte man zunächst die Frau mit ihren Kindern nur in einem Raum unterbringen und ihr zu verstehen geben, daß sie sich sicher fühlen könnte. Wie sich am anderen Tag - mit Hilfe des Dolmetschers - herausstellte, lebt die Familie seit drei Jahren in der Bundesrepublik. Erst vor einigen Monaten hatte das Ehepaar Asylanträge gestellt. Das Warten auf eine Entscheidung und das Nichtstun - Asylbewerber dürfen zwei Jahre lang nicht arbeiten - hatten die Spannungen in der Ehe verstärkt. Unter Alkoholeinfluß wurde der Mann - ausgebildeter Elektriker - zunehmend gewalttätig. Wie sich herausstellte, war die 33jährige Frau schon seit mehr als einem Jahr wiederholt geschlagen und beschimpft worden. Sie hatte versucht, die Kinder davon nichts merken zu

lassen. Doch an diesem Abend hatte er die achtjährige Tochter mit einem Schuh geschlagen. Als der Mann zum Bierholen ging, flüchtete die Frau. Die Adresse des Hauses hatte sie schon vor einigen Monaten von einer deutschen Betreuerin erfahren.

Nach dreiwöchigem Aufenthalt ging die Frau zu ihrem Mann zurück. Sie sah keine andere Möglichkeit. Denn das Sozialamt, auf das die Familie angewiesen ist, hätte kaum zwei Mieten bezahlt. Außerdem hatte sie, wie viele deutsche Frauen auch, Gewissensbisse, weil sie den Mann verlassen hatte.

Die meisten ausländischen Frauen, die im Frauenschutzhaus Hilfe und Zuflucht suchen, sind Türkinnen. Die typisch türkischen Mütter allerdings kommen nur vereinzelt. Sie sind wohl zu sehr in ihrer kulturell bedingten anerzogenen Rolle verwurzelt. Und in dieser Rolle müssen sie sich auch vom Mann züchtigen lassen, denn dieses Recht meinen die orthodoxen Moslems nach dem Koran zu haben. Die älteren Frauen lehnen sich nach außen bemerkbar nicht auf. Sie haben meist auch keinen Kontakt nach draußen, können die Sprache des Gastlandes nicht und verlassen nur selten das Haus. Anders sieht es in der Tochtergeneration aus. Die jungen Mädchen und Frauen haben, oft gegen den Widerstand des Vaters, die Schule besucht und bemühen sich auch zunehmend um eine Ausbildung. Sie können deutsch sprechen und messen ihre eigene Lebensweise an der ihrer deutschen Klassenkameradinnen und Freundinnen.

Der Bruch zwischen den Generationen zeigt sich bei den türkischen Mädchen im Gegensatz zu ihren Brüdern, die fast alle Freiheiten genießen dürfen, besonders krass. Ihre Erziehung zur Rolle als Ehefrau und Mutter paßt nicht in die - deutsche - Kultur, in der sie aufgewachsen sind. Zur Katastrophe kommt es in manchen Fällen, wenn die Mädchen intime Beziehungen zu einem Mann aufnehmen, während der Vater sie als Jungfrau bereits einem anderen bzw. einer anderen Familie zugesagt hat. Daß der Vater die Tochter ersticht

Intelligenz-Tests
auf dem Prüfstand:

Schwein oder Elefant?

Sind Ausländer-Kinder weniger intelligent als deutsche? Haben sie sogar eine Tendenz zum Schwachsinn? Eine 33jährige Psychologin, die Türkin Lale Gözülü ist dieser Frage in ihrer Doktorarbeit nachgegangen. Sie hat dabei die üblichen Intelligenz-Tests für Kinder kritisch analysiert, bei denen nicht nur Schrift und Sprache, sondern auch Bilder, sogenannte nonverbale Untersuchungen, eine Rolle spielen. Fazit: Ausländer-Kinder werden bei diesen Tests von vornherein benachteiligt. Ein Beispiel:

Aus der Reihe von Tieren soll das Schulkind ein Lebewesen herausfinden, das in diese Folge nicht hineinpaßt. Bei den dargestellten Tieren handelt es sich mit einer Ausnahme - Elefant - um Haustiere.

Deutsche Schüler wissen sofort die richtige Antwort: Der Elefant ist anzukreuzen, weil er kein Haustier ist. Die türkischen Kinder reagieren ganz anders.

Lale Gözülü: „Achtzig Prozent der türkischen Kinder haben das Schwein angekreuzt, weil das Schwein in der türkischen Kultur als unreines Tier gilt, das eben nicht in diese Reihe paßt. Vor dem kulturellen Hintergrund der Ausländer-Kinder wurde eine gedankliche Leistung erbracht, die durchaus richtig und logisch war.“

Solche Test sind keine Spielerei. Sie entscheiden darüber, ob die geprüften Kinder weiterhin die normale Volksschule besuchen oder auf eine Sonderschule für Lernbehinderte abgeschoben werden.

Aus: Vorwärts Nr. 22, 30. Mai 1987

oder gar das Mädchen den Vater umbringt, wie geschehen, sind Extremfälle. Doch manches Mädchen wird mit Schlägen und psychischer Gewalt von der „verdorbene“ westlichen Gesellschaft ferngehalten.

Junge Türkinnen flüchten immer häufiger aus diesem Zwang, oft erst, wenn sie schwer mißhandelt wurden. Im Gegensatz zu ihren Müttern haben sie weniger rechtliche Probleme. Da in der ersten Ausländergeneration die Aufenthaltsgenehmigung der meist nachgereisten Frau an die des Mannes gekoppelt war, wurde sie mit der Flucht ins Frauenhaus rechtlos. Außerdem war sie auf Sozialhilfe angewiesen, was ein Grund für eine Abschiebung sein kann. Die jüngeren haben hier bereits eigene Rechte erworben.

Die rechtlichen Probleme sind allerdings noch krasser, wenn eine Frau Asylbewerberin ist. Für Asylbewerber wird lediglich laufende Sozialhilfe gezahlt und die Behandlung von Krankheiten. Die Frauenhäuser sehen sich oft unlösbaren Problemen gegenüber, zumal die Zahl dieser ausländischen Frauen steigt. Bei einem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von rund zehn Prozent in Hannover betrug der Anteil ausländischer Frauen im Frauen- und Kinderschutzhause im Jahr 1986 22,3 Prozent. Der Schluß, daß in ausländischen Familien häufiger Gewalt angewendet wird als in deutschen, ist konkret nicht zu beweisen. Die besonders belastende Situation gerade von Asylbewerbern allerdings und der Konflikt mit dem Leben in einer fremden Kultur könnte einen relativ hohen Anteil zumindest zum Teil erklären. Und der Anteil von Asylbewerberinnen unter den schutzsuchenden Ausländerinnen nimmt besonders stark zu.

Welche Probleme dadurch für die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern entstehen können, deutet dieses Beispiel an: Eine junge Frau war aus dem Krankenhaus avisiert worden. Sie war dort mit einem Beinbruch eingeliefert worden. Sie war, wie sich allmählich herausstellte, von ihrem Mann eine steile Treppe hinuntergestoßen worden. Das Krankenhaus hatte sie die ersten Tage medizinisch betreut und dafür gesorgt, daß sie zunächst einmal Schutz im Frauenhaus finden sollte. Denn der Mann hatte sie bereits im Krankenhaus wieder bedroht. Nun mußte die junge Frau, eine Kurdin aus dem Irak, mit ihrem Gipsbein zum Frauenschutzhause gebracht werden. Doch niemand wollte für die Fahrt mit einem Krankenwagen oder einem Taxi aufkommen. Das Sozialamt, das zwar auch Krankenkosten übernimmt, lehnte den entsprechenden Antrag ab. Eine Mitarbeiterin vom Frauenhaus holte die Frau schließlich selber mit ihrem eigenen Auto ab.

Bei manchen Ausländerinnen werden besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Denn ausländische Männer, moslemische und vor allem auch die aus dem Mittelmeerraum, suchen ihre Frauen mit ungeheurer Intensität. Und wenn die Frau noch das Kind oder die Kinder mitgenommen hat, schrecken sie auch vor weiteren Straftaten nicht zurück. Der Tod einer jungen Polin vor dem Frauenhaus, der Überfall in der Einrichtung auf eine Spanierin und die Einführung ihres Sohnes durch

den Mann haben nach massiver öffentlicher Kritik zu verstärkten Sicherheitsvorkehrungen geführt. Im Bericht des hannoverschen Frauen- und Kinderschutzhause heißt es zu dieser Brutalität der Männer: „Dies hat auch mit dem Ehrbegriff im Mittelmeerraum zu tun, der das Ansehen des Mannes und der ganzen Gruppe von der Ehre der Frau abhängig macht. Diese gilt aber niemals als selbstverständlich gewährleistet (z. B. als Eigenschaft der Frau verinnerlicht), sondern man (= Mann) muß sich ihrer ständig durch Kontrolle versichern. Diese Kontrolle können nun die im Ausland sowie schon in ihrer Persönlichkeit stark in Frage gestellten und von der sozialen Bezugsgruppe losgelösten Männer nicht mehr garantieren...“ So sind schon ganze Sippen ausgeschwärmt, um eine Frau wiederzufinden, die sich ins Frauenschutzhause geflüchtet hatte. Manchem Mann geht es auch lediglich um das Kind, vor allem, wenn es sich um einen Sohn handelt. Und die Drohung, das Kind wegzunehmen und zu verschwinden, hat schon manche ausländische und auch manche mit einem Ausländer verheiratete deutsche Frau von der Trennung abgehalten. Denn deutsches Familienrecht ist vor allem in moslemisch geprägten Ländern nicht mehr durchsetzbar.

Wegen der hartnäckigen Suche oft ganzer Familien nach der abtrünnigen Frau sehen sich Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern immer häufiger veranlaßt, bedrohte ausländische Frauen in Einrichtungen anderer Städte unterzubringen. Bei Frauen aus Familien ausländischer Arbeitnehmer ist das noch relativ problemlos zu machen. Wenn die Frau aber Asylbewerberin ist, taucht ein ganz neues Problem auf. Denn Asylbewerber dürfen den Ort, dem sie von den Behörden bis zur Entscheidung über eine Anerkennung zugewiesen sind, nicht verlassen. Dazu braucht sie eine Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde. Von ihr hängt es letztlich ab, ob eine mißhandelte und weiterhin gefährdete Frau mit einer Ausnahme-genehmigung den zugewiesenen Ort verlassen darf und somit in Sicherheit gebracht werden kann.

Die Frauenhäuser sind zur Zeit mit dem Problem der Betreuung mißhandelter ausländischer Frauen noch ziemlich allein gelassen. Eine vorbeugende Arbeit in den Familien ist kaum möglich, da sich Ausländer mit ihrem Intimleben noch mehr abkapseln als die meisten deutschen Familien. Selbst Sozialarbeiter vor Ort haben nur selten Kontakte zu ausländischen Familien. Und geschlagen wird sowieso hinter geschlossenen Türen. Das ist nicht anders als in deutschen Familien.

Luisa Maschinelli

Wo bin ich mehr Ausländerin?

Drohend
düster
überladen und gesättigt
ist die Luft, die ich einatme.
Sie ist dieselbe, die einem Orkan voraus-
geht.
Schwere Wolken,
manchmal Lichtstrahlen,
ein Blitz,
der eine augenblickliche Täuschung
schafft und weiter
schwere Wolken.
O Land, das mich aufgenommen hat,
das auch gütig gewesen ist,
wie unangenehm und widerspruchsvoll
sind die Töne, die an mein Herz
gelangen:
Krisen,
Entlassungen,
Einschränkungen,
ungewisse Perspektiven.
Und du, Land meiner Herkunft,
dessen Arme immer gestreckt
sein müßten,
um mich aufzunehmen,
schweigst -
oder wenn du sprichst,
ist das eher eine Aufforderung
fern zu bleiben
statt zurückzukehren.
Wo bin ich am meisten Ausländerin?
Wo den Fuß niedersetzen
ohne die Angst,
unterzugehen?

(Aus: „Annäherungen“, Südwind gastarbeiter
deutsch, CON).

Vorsorge und Impfungen werden vernachlässigt

Grundsätzlich unterscheidet sich das Krankheitsspektrum der ausländischen Kinder nicht von dem der deutschen Kinder. Zu diesem Fazit kommt der türkische Kinderarzt Dr. Firkret Cerci, der seit 1983 in Detmold niedergelassen ist, in einer von ihm selbst angeregten Studie.

Auf einer Tagung über Gesundheitsprobleme von ausländischen Frauen und Kindern, die vom niedersächsischen Sozialminister in Hannover veranstaltet wurde, wies Cerci darauf hin, daß fast jedes vierte in seiner Untersuchungsklinik behandelte Kind ausländischer Abstammung war, die meisten davon Türken. Rund ein Drittel der Mütter waren Analphabeten. Schon daher können laut Cerci bei der Behandlung viele Schwierigkeiten auftauchen.

Der Glaube an industriell hergestellte Milch sei sehr stark, mit der Folge, daß hier viel weniger Kinder gestillt würden als in der Türkei. Auch lasse die Bereitschaft zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen zu wünschen übrig. Nur elf Prozent der Kinder seien gegen Diphtherie geimpft. Eindringlich müsse immer wieder auf die Notwendigkeit von Impfungen und Vorsorge hingewiesen werden, so Cerci. Eine Hepatitis-A-Erkrankung könne oft nach Heimaturlauben in Mittelmeerländern beobachtet werden, meinte der Pädiater.

Zunehmend sieht Cerci in seiner Praxis auch Asylantenkinder. Dabei ergebe sich häufig das Problem, daß die Sozialämter die Impfungen dieser Kinder nicht bezahlen würden.

Bei chronisch kranken Kindern komme es oft vor, daß die Angehörigen sich an sogenannte Geisterheiler wendeten. Dieser „unerschütterliche Glaube“ dürfe nicht verurteilt, sondern müsse als Teil der Mentalität gesehen werden. Eine Studie der Universität Istanbul habe ergeben, daß sogar 95 Prozent der Kinder mit Epilepsie bei einem „Wunderheiler“ waren.

Aus: Ärzte-Zeitung, 7. 12. 82

Ausländerinnen und Schwangerschaftsabbruch

Die vom Bundesrat in peinlicher Weise instrumentalisierte Frage der Schwangerschaftsabbrüche bei in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen wird in diesem Beitrag etwas näher untersucht.

Joachim v. Baross

„Der Bundesrat stellt mit Sorge fest, daß 1984 bei 529 000 Geburten deutscher Kinder schätzungsweise über 200 000 Schwangerschaftsabbrüche bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet wurden.“
Bundesratsdrucksache 398/85, Anlage S. 1

Diese vom Bundesrat am 20. 12. 1985 mit den Stimmen der unionsgeführten Länder beschlossene Aussage ist doppelt bestürzend. Nicht nur ist sie in der Sache falsch: mit der gesetzlichen Krankenversicherung wurden 1984 kaum mehr als die Hälfte der genannten 200 000 Schwangerschaftsabbrüche abgerechnet (höchstens 120 000).¹⁾

Schlimmer noch ist die Perfidie der Rechnung, die hier aufgemacht wird: bei den Schwangerschaftsabbrüchen spielt die Nationalität keine Rolle, bei den Geburten zählen hingegen nur die deutschen. Ausländischer Nachwuchs, mit anderen Worten, ist gerade gut genug, als Munition im Kampf für ein restriktiveres Abtreibungsrecht zu dienen; nach der Geburt wird er als nichtexistent behandelt.

In der amtlichen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesrepublik werden keine Daten über die Staatsangehörigkeit der behandelten Frauen erhoben. Antworten auf die Frage, ob und inwieweit sich im Hinblick auf den Schwangerschaftsabbruch die deutschen Frauen und die in der Bundesrepublik lebenden

Ausländerinnen unterscheiden, sind daher nur annäherungsweise und mit Rückgriff auf andere Quellen möglich.

Bei der Frage nach der Häufigkeit des Schwangerschaftsabbruchs können Ergebnisse der Statistiken über die Beratungen gemäß § 218 b StGB weiterhelfen, die bei *Pro Familia* und dem Deutschen Caritasverband²⁾ geführt werden. Demnach sind diese Beratungen bei Ausländerinnen, besonders bei Türkinnen, deutlich häufiger als bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Tabelle 1 zeigt die Staatsangehörigkeit der in den Beratungsstellen der *Pro Familia* beratenen Frauen im Jahre 1986 und zum Vergleich daneben die entsprechende Verteilung der weiblichen Wohnbevölkerung in der Altersgruppe von 15 bis 44 Jahren Ende 1985. Der Anteil der Ausländerinnen an den beratenen Frauen ist mehr als doppelt so hoch wie ihr Bevölkerungsanteil, bei den Türkinnen fast dreimal so hoch.

Nun gibt es keinen Grund für die Annahme, daß ausländische Frauen ihre Schwangerschaft nach der Beratung eher fortsetzen als deutsche – eher schon dürfte das Gegenteil zutreffen.³⁾ Andererseits ist es nicht auszuschließen, daß ausländische Frauen sich bei einer ungewollten Schwangerschaft überdurchschnittlich oft an Beratungsstellen der *Pro Familia* wenden. Allerdings finden sich Ausländerinnen in der Klientel der katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen eben-

Tabelle 1
Frauen in der § 218-Beratung und in der Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	In <i>Pro Familia</i> -Beratungsstellen nach § 218b StGB beratene Frauen, 1986	Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren, Wohnbevölkerung am 31. 12. 1985
Ausländerinnen, davon	18,1%	8,4%
Türkinnen	7,2%	2,5%
Jugoslawinnen	2,5%	1,2%
andere	8,3%	4,7%
Deutsche	78,2%	91,6%
keine Angabe	3,7%	-
Gesamt	100%	100%

Quellen: *Pro Familia*, Erhebung zu Arbeit und Klientel der Beratungsstellen und -zentren, 1986 (vorläufige Auswertung); Statistisches Bundesamt

falls mit einer Frequenz, die über ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt; die Caritas-Statistik unterscheidet hier freilich nicht nach Beratungen gemäß §218 b StGB und solchen, bei denen die Schwangerschaft grundsätzlich akzeptiert war.

Um zu einer Aussage über die Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen je nach Nationalität der Frauen zu kommen, sollen daher zwei Parameter verwendet werden: zur Wahl stünde einmal die Annahme, daß die nach § 218 beratenen Frauen sich nach Staatsangehörigkeit in allen Beratungsstellen (und bei Ärzten, die als Sozialberater anerkannt sind) ebenso verteilen wie in den Einrichtungen der *Pro Familia*; die Alternative wäre, daß diese Verteilung sich nur noch in den Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt wiederfindet, während in anderen Stellen die Quote der Ausländerinnen ihrem Bevölkerungsanteil entspräche. Je nachdem ergeben sich die in Tabelle 2 ausgewiesenen Eckwerte für den Bereich, in dem die Abruptions-Frequenz der jeweiligen Bevölkerungsgruppen höchstwahrscheinlich zu finden ist.

Es ist demnach davon auszugehen, daß von den insgesamt gut 140 000 Schwangerschaftsabbrüchen, die 1984 an Frauen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik vorgenommen wurden,⁴⁾ zwischen 19 000 und 27 000 auf hier lebende Ausländerinnen entfielen. Das wäre etwa jeder fünfte bis siebte Eingriff, während nur etwa jede zwölfte Frau im gebärfähigen Alter der Gruppe der Ausländerinnen angehört.

Daraus ergeben sich folgende nationalitätenspezifische Abbruchraten (Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Frauen der jeweiligen Nationalität im Alter von 15 bis 44 Jahren): Bei den deutschen Frauen liegt die Rate im Bereich zwischen 9 und 10. Bei den Ausländerinnen insgesamt beträgt sie zwischen 17 und 24. Am höchsten ist sie bei den türkischen Frauen mit einem Wert zwischen 21 und 31, also um etwa ein Drittel höher als bei den übrigen Ausländerinnen und zwei- bis dreimal so hoch wie bei den deutschen Frauen.

In der Relation ist dieses Resultat ähnlich wie jenes, das für die Niederlande beschrieben wurde: dort lag die Abbruchrate für Frauen türkischer Herkunft 1984 bei 15,7 gegenüber 4,5 für die einheimischen Frauen⁵⁾. Der Blick ins Nachbarland zeigt zugleich aber auch, daß dort Schwangerschaftsabbrüche nicht nur bei den einheimischen Frauen nur etwa halb so häufig sind wie in der Bundesrepublik (Raten 4,5 bzw. 9-10), sondern auch bei Frauen ausländischer Herkunft wesentlich seltener vorkommen (Raten bei Türkinnen 15,7 bzw. 21 bis 31).

Daraus lassen sich zwei erste Schlüsse

Tabelle 2

Schwangerschaftsabbrüche an Frauen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik nach Nationalität, 1984, Schätzung

Staatsangehörigkeit	Schwangerschaftsabbrüche*		Abbrüche je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren (Rate) zwischen ...** und ...**	
	zwischen ...**	und ...**	zwischen ...**	und ...**
Ausländerinnen, davon	19 000	27 000	17,4	24,2
Türkinnen	7 100	10 700	20,8	31,4
Jugoslawien	2 700	3 700	17,0	23,3
andere	9 500	12 400	15,6	20,4
Deutsche	123 000	115 000	10,0	9,4
Gesamt	142.000		10,6	

* im In und Ausland durchgeführte; Zahlen auf volle 1 000 gerundet, bei einzelnen ausländischen Nationalitäten auf volle 100.
** Erläuterung siehe Text.

ziehen: Die in beiden Ländern erhebliche Abweichung der Abtreibungshäufigkeit von Frauen ausländischer Herkunft gegenüber jener bei einheimischen Frauen deutete auf Faktoren hin, die in sozio-kulturellen Bedingungen des Herkunftslandes zu suchen sind.⁶⁾ Gleichwohl wird die Abtreibungsfrequenz in meßbarem Ausmaß auch von Faktoren bestimmt, die im Aufnahmeland wirken. Und hier erweist sich das niederländische System der Familienplanung im Hinblick auf beide Bevölkerungsgruppen dem der Bundesrepublik als eindeutig überlegen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe J.v. Baross: Schwangerschaftsabbrüche an Frauen aus der Bundesrepublik, in: *pro familia magazin* 1/1986, S. 27.
- 2) Deutscher Caritasverband (Hrsg.): Erhebung „Werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen“ in katholischen Beratungsstellen, Freiburg 1975 ff.
- 3) So jedenfalls das Ergebnis der Caritas-Erhebung für die beiden größten Gruppen der Türkinnen und Jugoslawinnen, vgl. Anm. 2, Erhebung 1982 und 1983, Freiburg 1984, bes. S. 34.
- 4) Siehe Anmerkung 1.
- 5) E. Ketting/P. Leseman: abortus en anticonceptie 1983/84, Den Haag 1986, S. 44.
- 6) Zur Häufigkeit von Abtreibungen in den ehemaligen Anwerbeländern: C. Tietze/S.K. Henshaw: Induced Abortion. A World Review. 1986, New York 1986, S. 46 ff. für Italien und Jugoslawien; keine „harten“ Daten gibt es für die anderen Länder, siehe aber etwa J. Hamand: Abortion - A Way of Life in Greece, in: *People* 12, 3/1985, S. 22; H. Marques: Portugal: Fulfilling the Promise of the Revolution, in: *People* 11, 3/84, S. 31; F. Goyarts/C. Martin: Falling Fertility in Spain's Third World, in: *People* 12, 3/85, S. 22; N. Financioglu: Turkey Launches New Drive, in: *People* 13, 3/1986, S. 28.

Joachim v. Baross, 39, Diplom-Soziologe, Projektkoordinator und stellvertretender Geschäftsführer des *Pro Familia*-Bundesverbands, Frankfurt am Main.



- Anzeigen -

Universitäts-Frauenklinik und Kantonales Frauenspital Bern Familienplanungs- und Beratungsstelle

Per 1.2.1988 wird bei uns die 50%-Stelle für eine/n

Ärztin/Arzt

frei.

Wir bieten eine vielseitige Arbeit in einem interdisziplinären Team. Schwerpunkte der Arbeit sind Beratung im Zusammenhang mit unerwünschter Schwangerschaft, Verhütung, sexuellen Problemen usw.

Voraussetzungen sind neben Interessen an diesem Themenbereich Erfahrung in Gynäkologie, eine reife Persönlichkeit und psychische Belastbarkeit sowie die Bereitschaft zu Teamarbeit. Wünschenswert wäre Erfahrung in Beratungsrbeit, Psychiatrie oder Psychotherapie.

Weitere Auskünfte erteilen gern Frau Dr. R. Reichel oder Frau Dr. R. Baumgartner, über Telefon 031/244565.

Bewerbungen für diese Assistenzarztstelle sind erbeten an Prof. Dr. med. E. Dreher, Chefarzt-Stv., Universitäts-Frauenklinik, Schwanzeneckstr. 1, 3012 Bern.

Pro Familia-Zentrum sucht

Gynäkologin

für halbe Tage (20 Std. entspr. BAT) oder Honorarvertrag zur Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche.

Bewerbungen an:
Pro Familia Gießen,
Bahnhofstr. 76-80, 6300 Gießen.

Arbeit mit Araberinnen:

Sie lernen von mir – Ich lerne von ihnen!

Seit zwei Jahren treffen sie sich regelmäßig in einer Mutter-Kind-Gruppe: Einige deutsche und etwa zehn arabische Frauen in Neu-Isenburg. Ein persönliches Beispiel, das zeigt, wieviel eine private Initiative – am Rande einer Institution bewirken kann.

Brunhilde Riemer

Seit 1983 kenne ich Sophia aus Jordanien, Cadija aus Marokko und andere arabische und türkische Frauen. Damals begann ich, als Sozialarbeiterin in der Spiel- und Lernstube für ausländische Kinder der Arbeiterwohlfahrt in Neu-Isenburg zu arbeiten. Über die Kinder kamen wir in Kontakt miteinander, und es entstand die Idee, einen wöchentlichen Müttertreff einzurichten. Gleichzeitig entwickelte sich eine Initiative der arabischen Hilfsgemeinschaft in Neu-Isenburg, die muttersprachlichen Unterricht für arabische Kinder anbieten wollte.

Während die arabischen Kinder zum Schulunterricht gingen, trafen sich ihre Väter im „Männertreff“ und die Mütter zum „Stricken und Kaffeetrinken“.

Im Laufe der Jahre hat die Gruppe sich sehr verändert. Den arabischen Unterricht gibt es nicht mehr aufgrund der Uneinigkeiten der verschiedenen arabischen Fraktionen. Und so war es für die Frauen ein weiterer Schritt, sich für diese Gruppe, auch ohne den Schulunterricht für ihre Kinder, zu entscheiden.

Seitdem sind wir eine konstante Gruppe von einigen deutschen Frauen und etwa zehn arabischen. Sie stammen aus Jordanien, dem Libanon und hauptsächlich aus Marokko. Größere Verständigungsprobleme hat es in der Gruppe nicht gegeben. Viele von ihnen sprechen recht gut deutsch und arabisch, andere nur arabisch, einige Frauen aus Marokko nur ihre Berbersprache, die als Schriftsprache nicht existiert. Auf diese Art und Weise kann immer eine etwas übersetzen; und oft ist Deutsch dann die Sprache, die uns verbindet und ein Minimum an Verständigung erlaubt.

Die Männer von Aischa, Jamila, Cadija und Mimuna sind vor rund 20 Jahren (1963 wurden zwischen der BRD und Marokko Anwerbevereinbarungen für Arbeitnehmer geschlossen) nach Deutschland gekommen. Sie haben feste Arbeitsplätze und sprechen fast perfekt deutsch. Ihre

Frauen haben sie im Laufe der Jahre in Marokko geheiratet und schließlich hierher mitgebracht.

Im Vergleich zu ihren Männern sind die Frauen erst wenige Jahre hier und haben aufgrund ihrer familiären Aufgabe, Haushalt und mehrere Kinder zu versorgen, nicht die Kontaktmöglichkeiten, wie sie ihre Männer schon allein aufgrund ihrer Arbeitsplatzsituation haben.

Dazu kommt, daß Cadija, Mimuna und Jamila Analphabetinnen sind und ihre Möglichkeiten, sich außerhalb der Wohnung zu bewegen, noch eingeschränkter sind.

Ich persönlich konnte oft nicht nachvollziehen, was es tatsächlich bedeutet, weder lesen noch schreiben zu können. So stand Jamila einmal vor meiner Haustür und wußte nicht, welchen Klingelknopf sie drücken soll, da sie meinen Namen unter den anderen nicht lesen konnte. Cadija hatte eine Putzstelle vermittelt bekommen und irrte Stunden umher, weil sie die Straßennamen nicht lesen konnte.

Dies mag verdeutlichen, welchen sozialen Stellenwert ein solcher Treff für die Frauen hat. Nicht zuletzt kommen sie aus

Tryphon Papastamatelos
Integration

daß wir bleiben würden
obwohl nicht mehr gebraucht
obwohl herumgestoßen
paßt wohl kaum ins Kalkül
gemachter macher
deshalb wurde übrigens
einstimmig beschlossen
uns die hölle heißer zu machen
damit wir uns noch
heimischer fühlen

Aus: „Annäherungen“, Südwind Gstarbeiter
deutsch CON

Kulturen, wo das soziale Leben der Frauen unter Frauen stattfindet, und ihre anonyme Situation in der BRD stellt oft eine große psychische Belastung dar.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Gruppe schwerpunktmäßig zu einer Mutter-Kind-Gruppe entwickelt, Ausschlaggebend dafür ist, daß ich als betreuende Sozialarbeiterin aus dem hauptamtlichen Dienst ausschied, eine Tochter bekam und seitdem auf Honorarbasis die Gruppe weiterbetreue. Ungefähr zum Zeitpunkt meiner Schwangerschaft waren auch Jamila, Mimuna und Aische schwanger. Auf einmal ging es um konkrete frauen-spezifische Themen wie Schwangerschaft, Geburt, Vorsorgeuntersuchung für Schwangere, für Kinder, Säuglingspflege.

Diese Gemeinsamkeiten haben natürlich meine Rolle in der Gruppe sehr verändert. Unsere Beziehungen wurden enger, und es entstand ein gleichwertiger Austausch von Erfahrungen.

Jamila und ich freuten uns, fast den gleichen Geburtstermin für unsere Kinder zu haben. Tatsächlich wurde ihre Tochter Saloua zwei Tage nach meiner Tochter Eva geboren!

Ich konnte den Frauen konkrete Hilfsmöglichkeiten bieten, wie das Erklären des Mutterpasses, medizinischer Fragen, Fragen des Mutterschaftsgeldes. Auf der anderen Seite erfuhr ich von ihnen etwas über ihre kulturellen Gewohnheiten, mit Schwangerschaft und Geburt umzugehen. Ich kann davon auch einiges in mein Leben integrieren.

So finde ich es sehr spannend, wie marokkanische Frauen die Babys während der Hausarbeit auf den Rücken binden und diese zufrieden schlummern, während deutsche Frauen oft hin- und hergerissen sind zwischen dem Wunsch, ihrem schreienden Baby durch Herumtragen gerecht zu werden und ihre Hausarbeit zu erledigen. Ich erfuhr aber auch, daß es beispielsweise nicht üblich ist, kleine Mädchen im Beisein von Männern zu wickeln.

Aufgefallen ist mir, daß die Frauen immer versuchen, ihre traditionellen Gewohnheiten, die in Deutschland nicht üblich sind, zu verbergen und nur in ihrer Wohnung zu leben. Auch das Stillen, das in ihrer Heimat die Regel ist, ist für sie in



Deutschland eine altmodische Gewohnheit. Sie loben deutsche Babyfertigkeit in den höchsten Tönen. Daß ich meine Tochter acht Monate voll stillte, war für sie sehr verwunderlich, aber auch eine Ermunterung, ihre Kinder zu stillen.

Von ihnen habe ich arabisch kochen gelernt; die arabische Küche ist ein fester Bestandteil meiner Ernährung geworden, weil sie so gut schmeckt und sehr gesund ist.

Zwei Jahre sind seit der Geburt unserer Kinder vergangen. Inzwischen sind wir eine sehr stabile Mutter-Kind-Gruppe, und die vier Zweijährigen machen ihre ersten sozialen Kontakte miteinander.

Für mich sind zwei Erfahrungen aus dieser Gruppe sehr wichtig. Zum einen habe ich gelernt, daß ausländische Frauen nur in solch eine Gruppe kommen, wenn eine entsprechende persönliche Ansprache stattgefunden hat. Die Frauen brauchen den persönlichen Kontakt, und es ist noch nie eine (!) neue Frau gekommen, die zwar kommen wollte, der Datum und Adresse des Treffs bekannt waren, aber niemand hatte, der sie persönlich dazu motivierte.

Dies Vertrauensverhältnis war dadurch gegeben, daß ich die Mütter durch die Kinderbetreuung kannte, und dies war sicherlich die wichtigste Basis für das Entstehen der Gruppe.

Freundes Verhalten verstehen lernen

Zum anderen habe ich die Erfahrung gemacht, daß Toleranz anderen Kulturen gegenüber auch einen wesentlichen Teil für die Existenz einer solchen Gruppe darstellt.

Trotz aller gemeinsamen guten Erfahrungen trennen uns oft Welten. Ich habe beispielsweise lernen müssen, ihr kulturell bedingtes, mir fremdes Verhalten Männern gegenüber zu akzeptieren. Besonders die marokkanischen Frauen sind noch vielmehr in ihre traditionelle Kultur eingebunden und unterscheiden sich damit auch von den anderen arabischen Frauen. Es ist beispielsweise nicht möglich, Ausflüge mit der Gruppe zu unternehmen, wenn die Frauen dort irgendwie mit Männern zusammenkommen könnten (z. B. Stadtteil-feste) oder dort von Verwandten gesehen werden könnten.

Um eine gemeinsame Wochenendfreizeit durchführen zu können, habe ich die einzelnen Familien besucht und die Männer um Erlaubnis gefragt. Diese fühlen sich dadurch ernst genommen, erzählen mir alle möglichen anderen Sorgen und geben mir gerne ihre Einwilligung, was sie sonst nie im Leben getan hätten.

Ich habe auf der anderen Seite auch nicht erlebt, aufgrund meiner für sie fremden Lebensumstände (unverheiratet und alleinerziehend) von ihnen nicht akzeptiert zu werden.

Dieser Zusammenprall von unterschiedlichen Kulturen läßt sich zwar auf dieser außerfamiliären Ebene noch sehr gut aushalten und tolerieren, innerhalb der einzelnen Familien ist es aber eine Zeitbombe, die tickt, wenn es beispielsweise um die Schule und die Erziehung der Kinder geht.

Oft versuchen die Familien das Problem zu lösen, indem sie die Kinder in der Heimat zur Schule schicken. Sophia hat zwei schulpflichtige Kinder in Jordanien, zwei gehen hier zur Schule, weil sie sich von ihnen nicht trennen wollte. Cadija hat einen 8-jährigen Sohn in Marokko und einen 6-jährigen hier. Rosas drei schulpflichtige Kinder leben in Jordanien, und sie leidet sehr darunter. Jamila will ihre beiden Töchter unbedingt hier behalten, aber einen deutschen Freund dürfen sie niemals haben...

Es gibt keine eindeutigen Lösungen, und was bleibt ist in jedem Fall eine unglaubliche Zerrissenheit, mit der diese Frauen und ihre Familien hier leben müssen.

In den letzten Monaten kommen vermehrt sehr junge Frauen in die Gruppe; Tletmas, Sulika und Fatiha sind 15-jährige „Berberfrauen“. Seit dem Beginn der Pubertät leben sie sehr zurückgezogen in der Familie, im Gegensatz zu deutschen Mädchen ihres Alters, und „warten“ auf ihre Verheiratung.

Fatiha hat sich vor kurzem verlobt, kennt ihren Bräutigam, den ihre Eltern für sie ausgewählt haben, bisher aber nur vom Bild. Auch für diese Gruppe von Frauen ist solch ein Treff eine Möglichkeit, ihre Isolation ein wenig zu durchbrechen. Die Frauen haben im Laufe der Zeit immer mehr Verantwortung für die Gruppe übernommen; Aktivitäten werden nach ihren Wünschen und Vorschlägen durchgeführt. So lernen sie Deutsch, nähen, stricken, kochen, sprechen viel miteinander und feiern viele Feste – quer durch den christlichen und islamischen Kalender.

Brunhilde Riemer, 32 Jahre, Sozialarbeiter, Betreuerin einer Gruppe arabischer Frauen in der Spiel- und Lernstube der AWO in Neu-Isenburg



Ausländerberatung in der Pro Familia

Wie eine Befragung ausgewählter Beratungsstellen ergab, hat sich in der Ausländerarbeit der *Pro Familia* in den letzten (drei) Jahren grundsätzlich nur wenig verändert.

Der Anteil der ausländischen Ratsuchenden beträgt nach wie vor zwischen sieben und zehn Prozent der Klientel, wobei die Türken/innen – entsprechend ihrem hohen Gesamtanteil an der ausländischen Bevölkerung – die größte Gruppe darstellen. Eine Ausnahme bildet hier die Beratungsstelle in Frankfurt, bei der die Zahl der Ausländerinnen aus den „klassischen“ Einwanderungsländern deutlich rückläufig ist. Eine Entwicklung, die sowohl auf die guten Deutschkenntnisse der weitgehend assimilierten zweiten Generation, als auch auf die Möglichkeit der § 218 StGB-Beratung durch niedergelassene türkische Ärzte und Ärztinnen zurückzuführen sei. Obwohl Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten in der Arbeit mit Ausländern eine große Rolle spielen, fehlt es in den meisten Beratungsstellen an geeigneten Mitarbeitern. Eine eigene türkische Beraterin, wie etwa in Bielefeld, ist die Ausnahme, regelmäßige Beratungen in türkischer Sprache oder eigene Dolmetscherinnen gibt es nur selten. Die Klienten werden vielmehr gebeten, nach Möglichkeit einen Dolmetscher mitzubringen, und dies sind dann vielfach die Ehemänner oder ältere Kinder. Eine gewisse, wenn auch letztlich unzureichende Hilfe sind hier die fremdsprachigen Broschüren der *Pro Familia*; wegen der vielen Asylbewerber aus Polen wäre, so eine Beratungsstelle, eine Übersetzung ins Polnische eine zusätzliche Erleichterung. Die Broschüre liegt seit einiger Zeit in polnischer Sprache vor.

Der Schwerpunkt der Ausländerberatung liegt weiterhin bei der Schwangerenberatung nach § 218 StGB, wobei in vielen Fällen die Entscheidung zum Abbruch schon vorher im Familienverband abgeklärt wurde. Bei der Beratung zur Familienplanung wiederum muß vor allem den traditionell denkenden Frauen bei der Bewältigung des Konflikts geholfen werden, der sich aus der Notwendigkeit der Geburtenregelung einerseits und der positiven Einstellung zum Kinderreichtum andererseits ergibt. Eine Arbeit, die am besten von einer mit dieser Problematik vertrauten ausländischen Mitarbeiterin geleistet werden kann.

Einen zweiten Schwerpunkt der Ausländerarbeit der *Pro Familia* bildet und Hilfe bei der Antragstellung auf die Gewährung

von Mitteln aus der Bundes- und den Landesstiftungen „Hilfe für Mutter und Kind“. Ein Service, der nicht von allen Beratungsstellen erbracht wird. Diese Möglichkeit der Unterstützung ist vor allem den türkischen Familien bekannt, wird aber auch von Asylanten in Anspruch genommen.

Trotz der großen Bedeutung der Ausländerarbeit im Rahmen der *Pro Familia* gibt es kaum Mittel für eigene Beratungsprogramme. So mußte ein von der *Pro Familia*-Beratungsstelle München geplantes Ausländerprojekt wegen mangelnder Finanzierung wieder aufgegeben werden; das von der *Pro Familia* Frankfurt erfolgreich begonnene Projekt „Gesundheitsberatung für türkische Frauen“ mußte mit Auslaufen der damit betrauten ABM-Stelle wieder eingestellt werden. Und dies, obwohl gerade diese Form der situationsbezogene Stadtteilarbeit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Selbstbewußtseins und damit zur besseren Bewältigung des Lebens türkischer Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik leisten kann.

Größeren Raum im Rahmen der Arbeit der *Pro Familia* nimmt auch die sexualpädagogische Arbeit mit Jugendlichen ein. Diese Arbeit, die im Zunehmen begriffen ist, beschränkt sich aber keineswegs nur auf Ausländer, vielmehr ist hier die Ausländerarbeit in die allgemeine Sexualpädagogik integriert. Sie findet, in Form von Sonderveranstaltungen und meist auf Anfrage, außerhalb der Beratungsstellen, in Freizeitheimen, Jugendtreffs, Ausländerzentren und Schulen statt. Gearbeitet wird mit gemischt-nationalen und gemischt-geschlechtlichen Jugendgruppen, es werden aber auch reine Mädchengruppen von Mitarbeitern der *Pro Familia* besucht. Dazu kommt noch die Schulung der Multiplikatoren, die gerade hier einen wichtigen Teil der Arbeit ausmacht.

Daß diese Arbeit, eher als andere Bereiche, mit öffentlichen Zuschüssen rechnen kann, dazu dürfte – diese Vermutung wurde geäußert – die Angst der Behörden vor einer weiteren Ausbreitung von AIDS, zumindest in einigen Bundesländern, beitragen haben.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ist meist auf einer eher lockeren Basis. Wird von der Arbeiterwohlfahrt, der bei den Türken bekanntesten und beliebtesten Organisation – sie ist für die türkischen Gastarbeiter zuständig – keine Beratung nach § 218 StGB durchgeführt, dann werden von dieser die Ausländerinnen meist an die *Pro Familia* verwiesen. Letztlich ist jedoch, und dies wurde in der Beantwortung der Fragen ganz deutlich, die jeweilige Situation vor Ort für Umfang und Intensität der Zusammenarbeit entscheidend.

Verena McRae

Ausländer/innen, Familienplanung und Caritas:

Ein Monopol und sein Mißbrauch

Zwischen 1955 und 1968 schloß die Bundesregierung mit insgesamt acht Staaten Verträge über die Anwerbung von Arbeitskräften; die Verträge wurden 1973 gekündigt („Anwerbestop“). In der Zwischenzeit hatten, zunächst in eigener Verantwortung, drei der großen Verbände der freien Wohlfahrtspflege soziale Beratungsdienste für diese Bevölkerungsgruppen aufgebaut. Faktisch hat sich dabei das Prinzip „eine Staatsangehörigkeit – ein Verband“ durchgesetzt, wobei die im Herkunftsland traditionell vorherrschende Religionszugehörigkeit sich als maßgebliches Kriterium für die Zuordnung erwies: der katholische Deutsche Caritasverband ist „zuständig“ für Italiener, Spanier, Portugiesen und Menschen aus den „katholischen“ Teilrepubliken Jugoslawiens; das evangelische Diakonische Werk, vermittelt über die ökumenische Zusammenarbeit mit der griechisch-orthodoxen Kirche, für die Griechen; die Arbeiterwohlfahrt für Türken, für die zahlenmäßig weniger bedeutenden Gruppen der Marokkaner und Tunesier, sowie, übrigens auf ausdrücklichen Wunsch der jugoslawischen Regierung, sozusagen in „Konkurrenz“ mit der Caritas für die Jugoslawen, die damit als einzige Migrantengruppe so etwas wie freie Wahl der Beratung haben.

Joachim v. Baross

Die Anruferin stellt sich als Mitarbeiterin einer katholischen Beratungsstelle vor. Ihre Stimme drückt aus, daß es ihr peinlich ist, dies Gespräch führen zu müssen. Es schwingt aber auch Traurigkeit und Trotz darin: „Neulich habe ich Ihre Familienplanungsbroschüre für Ausländer bestellt. Ich muß diese Bestellung rückgängig machen. Es ist uns untersagt worden, Ihre Broschüre zu verwenden. Da ich sie aber gut finde und es keine anderen gibt, schicken Sie mir bitte einige Stücke an meine Privatadresse. Ich werde sie eben inoffiziell weitergeben.“

Dieser Anruf war kein Einzelfall. Worum ging es? Bereits 1978 hat *Pro Familia* Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen, daß das Menschenrecht auf Familienplanung für die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer noch weitgehend nur auf dem Papier steht. Soziokulturelle Traditionen, Probleme des Lebens in einer fremden Umgebung, häufig auch unzureichendes Wissen über Familienplanungsmethoden und nicht zuletzt Sprachbarrieren sind die Gründe dafür, daß bei dieser Bevölkerungsgruppe noch ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf besteht.) Was lag also näher, als Migrantinnen und Migranten in ihrer eigenen Sprache über den Zweck von Familienplanung, die verfügbaren Methoden und Beratungsangebote zu informieren? So wurden Broschüren zur Familienplanung in den Sprachen der sechs wichtigsten ehemaligen „Anwerbeländer“ aufgelegt (Türkisch, Serbokroatisch, Italienisch, Griechisch, Spa-

nisch und Portugiesisch; später auch auf Polnisch und Kurdisch).

Die Herstellung dieser Broschüren wurde aus Bundesmitteln gefördert. Denn sowohl die frühere SPD/FDP-Regierung als auch die jetzige von CDU/CSU und FDP getragene haben die Bedeutung der Information „sozial benachteiligter Schichten“ und besonders „ausländischer Frauen und Männer“ über die Möglichkeiten der Familienplanung mehrfach ausdrücklich anerkannt und als politisches Ziel formuliert (so in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der „Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 des Strafgesetzbuches“, Bundestags-Drucksache 8/3630 vom 31. 1. 1980, S. V, und im Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm „Schutz des ungeborenen Lebens“ von 1983, bes. S. 55 ff).

Anerkannt ist auch die Notwendigkeit der Kooperation verschiedener Beratungsdienste. In der Stellungnahme der Bundesregierung von 1980 wird „der Abbau noch vorhandener Barrieren gegenüber einer Vorsorge, deren Ziel die Verhinderung unerwünschter Schwangerschaften ist“, als eine „Aufgabe, die sich allen gesellschaftlichen Kräften stellt“, bezeichnet. Die „interministerielle Arbeitsgruppe“ hat diese Forderung 1983 bekräftigt und dahingehend präzisiert, die Angebote müßten „die unterschiedlichen Beratungsbedürfnisse (der verschiedenen Zielgruppen, J. B.) berücksichtigen und ihre Beratung in den Zusammenhang der jeweiligen Lebenswirklichkeit der Ratsuchenden stellen“.

Wie schon unmittelbar nach dem Druck der ersten Auflage der Broschüren wandte sich *Pro Familia* daher 1985 erneut an die Bundesverbände der Sozialberatungsstellen für Ausländer mit der Bitte um ein aktuelles Anschriftenverzeichnis dieser Beratungsstellen. Diese sollten eine Information über die Broschüren erhalten mit dem Angebot, sie bei Bedarf kostenlos zur Auslage in der Beratungsstelle oder sonstigen Verwendung zu beziehen. Dahinter stand die Erfahrung, daß Migrantinnen und Migranten eher selten Beratung zur Familienplanung in Anspruch nehmen, während ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche bei ihnen häufiger vorkommen als in anderen Bevölkerungsgruppen. Die Sozialberatungsstellen wiederum bieten sich als Ort für ein Angebot zur Information und Beratung an, weil gerade Ausländer mit Sprachproblemen sich dorthin wenden.

Die erbetenen Verzeichnisse kamen – mit einer Ausnahme. Für den Deutschen Caritasverband schrieb Frau Dr. Buschmann zurück, dieser könne auf das Angebot, die Broschüren in den anerkannten katholischen Beratungsstellen für werdende Mütter in Not- und Konfliktsituationen auszulegen, nicht eingehen. Darum hatte freilich auch niemand gebeten. Auf die Klarstellung, es gehe um Kooperation mit den Sozialberatungsstellen für Ausländer, verweigerte jedoch auch Herr Dr. Pözl als Leiter der hierfür zuständigen Caritas-Abteilung die Mitteilung der Anschriften mit der klassischen bürokratischen Wendung: „Bei uns besteht die grundsätzliche Regelung, daß wir in den Beratungsstellen nur Informationen unseres Verbandes oder für die Beratung wesentliche staatliche Informationen auslegen. Wir bitten um Verständnis für diese Regelung, die auch bei anderen Verbänden teilweise üblich ist.“

In der Zwischenzeit hatte die *Pro Familia*-Bundesgeschäftsstelle sich ein Verzeichnis aller Sozialberatungsstellen besorgt. Das Informationsschreiben mit dem Bezugsangebot für die Broschüre war hinausgegangen. Viele Beratungsstellen, darunter auch katholische, machten von dem Angebot Gebrauch.

Doch in der Caritas-Zentrale schrillten nun die Alarmglocken. Drohte doch hier die Gefahr, daß Ratsuchende „sehr klare, nützliche Informationen“ (Buschmann) erhalten würden – aber nicht solche im Einklang mit der Caritas-Konzeption von Familienplanung, die „nicht abgelöst werden kann von ethischen Aspekten, die mit dem Verständnis vom christlichen Menschenbild und dem verantwortlichen Verhalten der Partner zusammenhängen.“ (Buschmann) Aha!? Hier ist zu lernen, daß das Attribut „nützlich“ im Gegensatz zu

seinem umgangssprachlichen Gebrauch auch eine schädliche Eigenschaft ausdrücken kann, nämlich die Abwesenheit der Propagierung von Idealen beispielsweise der Enzyklika „*Humanae Vitae*“.

Und da man offenbar nicht sicher sein konnte, ob die Pözl'sche Grundsatzregelung in den Beratungsstellen auch bekannt war und beherzigt würde, ging zur Gefahrenabwehr ein Rundschreiben heraus, das eine Belehrung über den unkatholischen Gehalt der *Pro Familia*-Broschüren mit der Aufforderung verband, „entsprechend zu verfahren.“ Die Botschaft wurden verstanden: Das Ergebnis der Versandaktion war bei den Broschüren in italienischer, spanischer und portugiesischer Sprache im Gegensatz zu den übrigen Sprachen überaus mager. Nur wenige Beraterinnen und Berater katholischer Stellen wagten es wie die eingangs erwähnte Anruferin, entgegen der Order ihrer Zentrale das Lippenbekenntnis des Caritasverbandes auch weiterhin ernstzunehmen, wonach dieser „in enger Kooperation mit den anderen freien Wohlfahrtsverbänden“ stehe (in DAJEB, Hrsg.: *Beratungsführer*, Unterföhring 1987, S. 24).

Dies alles wäre bloß Stoff, sich über die hier zum Vorschein kommende ideologische Besessenheit und Selbstherrlichkeit eines Verbandes wahlweise zu amüsieren oder aufzuregen, ginge es in diesem Falle nicht um ein staatlich gebilligtes und gefördertes Monopol und dessen Mißbrauch.



aus den Ausländer-Broschüren

Die öffentliche Aufgabe der Sozialberatung für Ausländer wird gemäß dem Subsidiaritätsprinzip von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege wahrgenommen, die hierfür staatliche Unterstützung erhalten. Die Verbände haben die Zuständigkeit für die einzelnen Nationalitäten untereinander aufgeteilt, wobei die traditionell katholischen Länder Südeuropas dem Caritasverband „zufielen“. Italiener, Spanier und Portugiesen, gleich ob gläubige Katholiken oder nicht, haben daher bei der Inanspruchnahme von Beratung keine Wahl zwischen Stellen verschiedener Träger. Für sie hält die Caritas ein Monopol; und dies Monopol mißbraucht sie, indem sie, wie gezeigt, den genannten Bevölkerungsgruppen trotz offenkundigen Bedarfs, entgegen der erklärten Zielsetzung der Bundesregierung und lediglich aus religiös-weltanschaulichen Gründen die praktische Wahrnehmung ihres Rechts auf Information und Beratung zur Familienplanung erschwert und so in vielen Fällen faktisch wahrscheinlich unmöglich macht.

Das Grundgesetz, an das die Regierungen von Bund und Ländern sowie die Kommunen in ihrem Handeln auch insofern gebunden sind, als sie privat organisierte Verbände fördern, bestimmt im 3. Absatz seines 3. Artikels: „Niemand darf wegen... seiner Abstammung, ... seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Schön wär's.

Anmerkungen:

- 1) (s. dazu etwa *Pro Familia* (Hrsg): Materialien zur Ausländerarbeit der *Pro Familia*, *Pro Familia*-Arbeitsmaterialien Nr. 35, Frankfurt 1984; D. Kurnert/A. Rethemeier: Auf- und Ausbau der Ausländerberatung in der *Pro Familia*, *Pro Familia*-Projektbericht Nr. 10, Frankfurt 1984; Nürnberger Zentrum für angewandte Psychologie: Wissenschaftliche Begleitung – Modellprogramm „Beratungsstellen“ – § 218, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 127, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982, bes. S. 79 f. –).

Ausländerbetreuung durch den DPWV ist möglich

Bei der Beratung des Etatgesetzentwurfes der Regierung für das Jahr 1988 für den Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (11/700 – Epl 11) wurde bei dem Kapitel „Förderung der Eingliederung und Rückeingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ auf Antrag der Koalitionsparteien der deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) als neuer Zuwendungsempfänger aufgeführt. Dieser werde nicht nur als Geldempfänger auftreten, sondern müsse die selben Leistungen bringen, wie die anderen Beteiligten. Wenn der DPWV die Arbeit organisatorisch nicht schaffe, bekomme er kein Geld mehr.

(Quelle: Woche im Bundestag, Nr. 16, vom 11. 11. 87, S. 23)

„Migranten“-Literatur:

Auch die Liebe ist ein Thema...

Eigene Erfahrungen und Beobachtungen, eigenes Erleben und die Lust an sprachlicher Gestaltung sind die Wurzeln der „Migranten“-Literatur. In ihr versuchen die Autoren ihr eigenes Lebensschicksal literarisch zu verarbeiten oder zum Fürsprecher ihrer schweigenden Landsleute zu werden. Sexualität und – oft unerfüllte Liebe – sind bedeutsame Themen ausländischer Autoren, die hierzulande immer mehr Beachtung finden.

Gabriele Pommerin

Literatur von Ausländern?
Deutschsprachige Literatur?
Arbeiterliteratur?

„Gastarbeiter“-Literatur? Literatur der Betroffenen?

Oder nur einfach Literatur, die wie jede andere Literatur nach gut oder schlecht unterschieden werden kann?

Alle diese Definitionsversuche bergen einen richtigen Kern, umfassen aber niemals das gesamte Spektrum dieser Literatur, von der sicher eines zu sagen ist: Sie wird geschrieben von Menschen, die in der Bundesrepublik leben, zum Teil schon seit vielen Jahren, deren Geburtsort aber ein Dorf in Kalabrien, Anatolien, Andalusien, Damaskus, Ankara oder Kreta war und die nach Deutschland gekommen sind, um der Armut oder der politischen Verfolgung zu entkommen. Dies trifft zumindest für die sog. Erste Generation zu.

Einreisealter, Aufenthaltsdauer, Verbundenheit mit der Heimat, Gründe, die zum Verlassen der Heimat geführt haben, der Grad der Sprachbeherrschung in beiden Sprachen und Eindringen in die neue Gesellschaft stellen zwar die Kriterien eines Instrumentariums zur Einordnung dieser Literatur dar, bleiben aber äußerlich:

Fakir Baykurt etwa, in der Türkei bereits ein angesehener Schriftsteller, kam 1979 in die Bundesrepublik aus politischen Gründen. Für ihn ist Türkisch die einzige Literatur-Sprache geblieben.

Habib Bektaş, zweisprachig, zieht es dagegen ganz bewußt vor, auf türkisch zu schreiben, um seine Muttersprache nicht zu verlieren.

Der in Ulm lebende Satiriker Sinasi Dikmen jedoch kann gar nicht anders als seine Texte in deutsch schreiben, weil seine Erfahrungen so unverwechselbar mit der Bundesrepublik verbunden sind, daß ihm türkisch dabei als das falsche Medium, als eine Fremd-Sprache vorkäme.

Oder nehmen wir den jungen Lyriker Levent Aktoprak (als Kind von sechs Jah-

ren aus Ankara nach Deutschland emigriert): für ihn ist das Deutsche trotz Verbundenheit mit der türkischen Kultur zur Erstsprache geworden.

Worum geht es in dieser Literatur? Sieht man sich einmal die Wanderungsgeschichte Europas der letzten 25 Jahre an, so ist es nicht verwunderlich, wenn die Themen der Ersten Stunde „Sehnsucht nach der Heimat“, „Fremder in der neuen Gesellschaft“, oder schlicht „Ausländer“, „Kulturwechsel – Kulturschock“, „Verlust von Sprache und Identität“ oder „Einsamkeit“ hießen und um Fragen der „Integration“, der „Diskriminierung am Arbeitsplatz“ oder um die „Aufenthaltserlaubnis“ kreisten, wie etwa in dem Gedicht

Unsicherheit

(von Franco Biondi)

meine Aufenthaltserlaubnis
läuft ab
im nächsten Monat
ob sie sie mir verlängern
eigentlich
bin ich ein typischer Gastarbeiter
ruhig und brav
ich bin regelmäßig arbeiten gegangen
ich bin noch nie unangenehm aufgefallen
die Unsicherheit des bleibens
sitzt auf meinem Nacken
bis dahin
wird mich noch einmal
die Unsicherheit plagen:
ob das bild
das sie sich von mir
gemacht haben
meine aufenthaltserlaubnis
genehmigt
ob der profit
den sie sich von meinem Muskeln
noch versprechen
meine aufenthaltserlaubnis
genehmigt
noch einmal
bis zum nächsten mal

(aus: Als Fremder in Deutschland. Hrsg. von Irmgard Acker-mann.) München dtv 2. Auflage 1982, S. 134)

Neue Erfahrungen in der Realität haben das Spektrum der Themenauswahl erweitert, beispielsweise das der Rückkehr in die Heimat. In den meisten Gedichten und Kurzgeschichten herrscht das Gefühl der absoluten Verzweiflung vor: in Deutschland sehnt man sich nach der Heimat, in der Heimat wird man wiederum argwöhnisch als „Fremder“ beäugt; die alte Vertrautheit zu den Nachbarn, Freunden und der Familie ist verlorengegangen, die eigene Identität ist von neuem auf's Spiel gesetzt.

Eine ungeheure Traurigkeit und Trostlosigkeit greift um sich, der man sich hingibt oder durch Selbstironie zu Leibe rückt wie im „Deutschling“ von Osman Engin:

„Mehr als 17 Jahre habe ich mich in Deutschland um Integration bemüht; jetzt muß ich mich wohl oder übel – eher übel – 17 Jahre lang in die Türkei integrieren. Auf der Straße tuscheln sie alle über mich und flüstern: „Das ist er!“ – „Wer?“ – „Der Deutschling!“

Selbst der Schuhputzer haut mich übers Ohr und verlangt den doppelten Lohn... Entweder habe ich wirklich Heimweh nach Deutschland oder ich habe mich in all den Jahren in Deutschland so daran gewöhnt, Heimweh zu haben, daß ich es jetzt immer noch habe, obwohl ich längst in der Türkei bin.“

(aus: Über Grenzen. Hrsg. von Karl Esselborn. München dtv 187, S. 55)

Kein Lebensbereich, kein Thema ist unbeeinflusst von den Bedingungen der Migration, von einem Leben in der Fremde – auch die Liebe nicht.

So schwärmt der achtzehnjährige Said in „Nichts geht über die Deutschen“ vom einmaligen, zivilisierten Deutschland, in dem man alles bekommen kann: „Jede Menge Frauen, Mädchen, Vergnügen und Freude... Aber nur für Kenner!...“ Was er besonders schätzt, sind die deutschen Mädchen: „Blonde Kraniche, blonde Tauben, liebe Kinchen. Haben sich die Blicke erst einmal verfangen, dann ist's passiert. Sie fürchten weder Vater noch Mutter oder die Nachbarn. Es gibt keine Moralapostel, die auf dir rumhacken, weil du ein fremdes Mädchen angeguckt hast... Mit deiner Freundin kannst du jederzeit fummeln, mitten unter allen Leuten. Keiner guckt dich schief an, warum du solch einen Mist machst. Man kritisiert nicht die Lie-

benden, sondern die, die sie schief angucken.“

(aus: Dursun Akçam: Deutsches Heim – Glück allein. Bornheim-Merten Lanmo-Verlag, 1982, S. 93)

Sich mit diesem Vorurteil mancher Ausländer auseinanderzusetzen, liegt wohl nicht nur im Interesse deutscher Feministinnen, sondern ist auch Anliegen einer Interkulturellen Erziehung, in der es nicht nur um Toleranz zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Nationalitäten geht, sondern auch um eine partnerschaftliche Geschlechtererziehung.

Mit ihren männlichen Landsleuten setzt sich denn auch Saliha Scheinhardt in ihren Erzählungen „Und die Frauen weinten Blut“, „Die drei Zypressen“ und „Frauen, die sterben, ohne je gelebt zu haben“ kritisch auseinander (alle Publikationen in Expreß Edition Berlin erschienen). Sie entlarvt die männlichen Herrschaftsansprüche als zutiefst inhuman und an den sich gegenseitig bedingenden Normen von „Gewalt und Ehre“ orientiert.

Daß es aus diesem Teufelskreis doch noch ein Entrinnen geben kann, zeigt das Verhalten Haydars in der Geschichte „Hatscha ist jetzt erwachsen und heißt Hatisch“ von Yusuf Bahadınlı

(aus: Zwischen zwei Welten. Berlin Ararat Verlag 1982, S. 5-45).

„Unter die Haube oder unter die Erde!“ – mit dieser uralten türkischen ‚Volkswisheit‘ glaubt der Vater Haydar seine Probleme mit der in Berlin flüchtige gewordene Tochter Hatscha (die sich nach ihrem ersten Liebeserlebnis Hatisch nennt) lösen zu können. Während eines Besuchs im Heimatdorf Karalik schnappt Hatisch bei Teeservieren auf, daß ihr Vater sie kurzentschlossen verheiraten will. Ihre Flucht an einen bestimmten, vertrauten Platz in die Weinberge, den sie schon aus Kindertagen kannte, endet nicht – wie man erwarten könnte – mit ihrem Tod, um die Ehre der Familie zu retten, sondern mit einem leisen Verständnis des Vaters für die Nöte seiner Tochter.

Ebenso versöhnlich endet die Geschichte „Begegnungen“ von Ihsan Atacan

(aus: Türken deutscher Sprache. München dtv 1984).

Ein junger Türke, wohl der Erzähler selbst, erreicht mit seiner deutschen Freundin sein Dorf in Anatolien. Sie ist Mittelpunkt des Dorflebens, wird angetastet, angeschaut, ausgefragt, angelächelt – bis der Hodscha vorm Altar befahl: „Es ist nicht gut, daß Ungläubige in unseren Häusern aufgenommen werden!“ Die Eltern, Nachbarn und Freunde sind zwischen dem Gebot der Gastfreundschaft und den Worten des Hodscha hin- und hergerissen. Beim nächsten Besuch wird die Freundin dennoch vermißt; Alle fragen nach ihr. Das übernächste Jahr reist sie als frischge-

backene Ehefrau wieder mit ins Dorf und wird nach genau achtzehn Tagen Aufenthalt von „allen akzeptiert, geliebt, geachtet, und sie war keine Fremde mehr.“

Nicht immer gehen Liebesgeschichten so glücklich aus, und nicht immer führt eine Liebesbeziehung zum gegenseitigen Verstehen. Häufig liegen Welten so weit auseinander, daß Sprache und Liebe keine Brücke bilden, oder die Liebe stellt sich eben nur als ein flüchtiges Abenteuer heraus, wie in dem wunderschönen Gedicht von Habib Bektas, „Entfremdung“.

Liebe und Sexualität sind bedeutsame Themen in der „Migranten“-Literatur; selten aber ist von erfüllter Liebe die Rede. Das Leben zwischen zwei Kulturen wirft auch auf die intimste Beziehung Schatten.

Gabriele Pommerin, 38 Jahre, Professorin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Schwerpunkt: Interkulturelle Erziehung in der Bundesrepublik und im internationalen Vergleich, Deutschunterricht mit ausländischen und deutschen Kindern und Erwachsenen.



Entfremdung

Es war nacht
 wir haben einander nicht wahrnehmen
 können
 wir haben leise geredet, ganz leise
 alles, was wir zu sagen hatten, sagten die
 zungen
 (was bedeuten schon worte)
 nur im schweigen und
 in den redenden händen
 ist
 was wir suchen.
 Mit dem tag
 beginnt das entdecken
 schrecklich
 sind deine geschlossenen augen
 dein leiser atem
 das verstummen des körpers
 wach auf
 möchte ich schreien
 wach auf, öffne die augen, sprich
 (die stimme hat uns längst schon verlas-
 sen)
 Während du
 unter der tür stehst
 und weggehst
 sagst du noch: „machs gut“ und
 „wie heißt du eigentlich?“
 Im aschenbecher
 bleiben zwei kippen, eine
 mit einer schwachen
 spur rouge.

(aus: Ohne dich ist jede stadt eine wüste)

Ein Buch zum Thema

Heiko Kauffmann (Hg.): **Kein Asyl bei den Deutschen – Anschlag auf ein Grundrecht.** Rowohlt Verlag, Reinbek 1986, 254 Seiten, 10,80DM.



Dieses Buch enthält Beiträge von Heiko Kauffmann (terre des hommes), Wolfgang Grenz (amnesty international), Wolfgang Schuth (Arbeiterwohlfahrt), Jürgen Link, Werner Hill, Helmut Frenz, Bahmann Nrumand und anderen.

Die Autoren nehmen das Grundgesetz beim Wort: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Art. 16 GG). Um das zu unterstreichen, dokumentieren sie die entsprechenden Beratungen des Parlamentarischen Rates.

Das Buch dokumentiert ferner Stellungnahmen des Rates der EKD, von Bischof Franz Kamphaus und verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und Politikern.

Wer sich informieren möchte über die derzeitige Asylrechtsdiskussion, wer streiten möchte für die Rechte der Flüchtlinge, der findet in diesem Buch Argumente.

Informationen zur Familienplanung in Tigrinia

Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt hat die Pro Familia-Broschüre „Familienplanung – warum? – womit? – für ausländische Ratsuchende in Tigrinia“ übersetzt. Dies ist sicherlich für all diejenigen Beraterinnen und Berater eine Hilfe, die mit Flüchtlingen aus Eritrea zusammenkommen. Bezug: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Oppelner Str. 130, 5300 Bonn 1.



Zurück in die fünfziger Jahre

Ein Mädchen schreibt Tagebuch: „Die Kerze flackert im Halbdunkel meines Zimmers. Ich habe dieses warme, schummrige Licht gern. Den Recorder habe ich leise gestellt. Und ich träume – von dir!“ So beginnt eine Broschüre, die unter dem Titel „Ich bin Du bist liebenswert“ von der Aktion Jugendschutz in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium herausgebracht worden ist. Nach neun Seiten über „Glücklich sein“, „Unsicherheit“, „Vertrauen“, „Geborgenheit“, „Warten können“, „Verliebtheit“, „Enttäuschung“ treten unter der Überschrift „Zärtlich – und mehr?“ die ersten Jungen auf, alle Azubis im 3. Lebensjahr. Sie werden in der Gewerbeschule bei ihren Pausengesprächen belauscht: „Also gestern abend, ich sage euch, die Michaela –, die ist 'ne Wucht. In der Disco hat sie sich an mich rangemacht! Heiß, kann ich euch bloß sagen. Ihre Eltern waren weg, da sind wir zu ihr! Dann war bei mir kein Halten mehr.“ Umblättern. Neue Überschrift: „Auch Michaela erzählt vom gestrigen Abend: „Unter der Haustür zog er mich richtig brutal an sich. Da hab' ich ihn einfach weggestoßen und bin hochgerannt.“ Christa hat so etwa auch schon erlebt, aber sie glaubt: „Die wissen bloß nicht, wie sie mit uns umgehen sollen.“ So sind Jungen nun mal: brutal und blöd. Da sind Mädchen doch ganz anders – sie schreiben nicht nur Tagebücher, sie sagen den Jungen auch, wo's langgeht: „Vielleicht mußt du mit Gernot mal ganz offen darüber reden, ihm sagen, was dir gefällt und was dir nicht paßt. Vor allem, daß er lernt, in seiner Clique nicht so angeberisch über dich zu reden!“

Nach diesem leichten Schock sind die jugendlichen Leser reif, um auch über „Sexualität“ etwas zu hören: „Sexualität gehört zum Menschen. Sie prägt durch und durch. Sexualität macht den Menschen zur Frau und zum Mann, sie macht schön, anziehend, liebenswert.“ Aber damit nun nicht etwa – um eine schöne Frau, ein schöner Mann zu werden – auf Teufel komm raus losgebumst wird, folgt gleich eine ernste Warnung: „Heute aber wird Sexualität oft vermarktet als wäre sie eine billige Ware... So wie man alles braucht und verbraucht, so wird auch Sexualität gebraucht. Daß da nicht mehr viel übrig bleibt, ist klar – hier bleibt der Mensch auf der Strecke. Aber Lieben heißt nicht... Liebe ist viel mehr.“ Womit die Leser wieder bei der Liebe wären: „Liebe ist mehr

als Sexualität. Liebe verbindet zwei Menschen, zutiefst und ganz, mit Leib und Seele. Darum sagt die Bibel: ‚Adam erkannte Eva, seine Frau; sie wurde schwanger und gebar Kain‘ (Gen 4,1). ‚Erkennen‘ meint das liebende Eins-Sein von Mann und Frau, einander verbunden sein mit Leib und Seele, mit Kopf und Herz. In diesem Sinne bindet Liebe für immer – sie wird zur Ehe.“ Die Autoren wagen hier wirklich etwas, denn wer in der Bibel weiterliest, der erfährt, daß die Liebe auch zu ganz anderen Resultaten führen kann: ein Mann mit zwei Frauen (Gen 4, 19), ein Mann mit zwei Frauen und zwei Nebenfrauen (Gen 29 u. 30), ein Mann mit 700 Frauen und 300 Nebenfrauen (1 Kön 11,3).

Auch Selbstbefriedigung kommt vor („Bedenklich ist Selbstbefriedigung erst, wenn sie zur langjährigen Gewohnheit wird. Dann bleibt ein junger Mensch bei sich selbst, findet nicht zum anderen und vereinsamt.“), auch Homosexualität („Ohne Zweifel, Freundschaft ist etwas Schönes. Wenn aber ‚mehr‘ daraus wird, mußt Du aufpassen... Du bleibst in Deiner Entwicklung zum Mann stehen und blockierst so Deine menschliche Reifung. Vor allem aber gefährdest Du Deinen Weg zum anderen Geschlecht, der erst die volle menschliche Erfüllung schenkt“), sogar Verhütung („Mit der Frage, wie man verhütet, ist es nicht getan... Du mußt vorher wissen, ob Du nicht Leben vernichtest. Du mußt vorher dir darüber im klaren sein, ob du dich wirklich auf Dauer binden willst oder tiefe Enttäuschungen vorprogrammierst“).

Es ist ein ästhetischer Genuß, diese Broschüre durchzublätern: Hochglanzpapier, ansprechendes Layout, Buntphotos gutaussehender und gutgekleideter junger Leute (das sind die Mädchen und Jungen, wie Politiker sie sich wünschen), gespickt mit Bibelziten und Zitaten bedeutender Männer (es gibt nicht mal das Alibizitat einer Frau). Inhaltlich werden die Auffassungen kirchlich gebundener Aufklärungsschriften der fünfziger Jahre vertreten. Ich gäbe etwas darum, wenn ich wüßte, wie diese Schrift bei unseren Jugendlichen ankommt. Die Entscheidung, ob ich noch einmal von vorn anfangen muß, fiel mir dann leichter.

Ich bin Du bist liebenswert, Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Stafflenbergstr. 44, 7000 Stuttgart 1. ISBN 3-923970-07-2.

Helmut Kentler

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik teilt die Redaktion mit, welche Neuerscheinungen ihr zugesandt wurden. Eine Beurteilung ist mit der Nennung nicht verbunden.

Ina Fritsch/Hilde Sanders: Hau ab, Du bist nicht meine Mutter. Erfahrungsbericht aus der Stieffamilie. Maro Verlag, Augsburg 1987. 208 Seiten, 20,-DM.

Elisabeth Bannas: Mutter und Emanzipation - kein Widerspruch. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1987. 90 Seiten, 10,-DM

Lisette Milde: Mütter. Ein Lesebuch. Klartext Verlag, Essen 1987. 160 Seiten, 16,80 DM.

Marion Meier/Monika Oubaid: Mütter - die besseren Frauen. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 187. 96 Seiten, 24,80DM.

Hilde Sanders: Mütter in der Krise. Maro Verlag, Augsburg 1987. 160 Seiten, 12,-DM.

Peter Paulich: Jugend und Sexualität (aktualisierte Fassung des Buches „Die Kolonialisierung des Sinnlichen“). Fischer Verlag, Frankfurt 1987. 242 Seiten, 12,80DM.

Friedrich Koch: Schule im Kino. Beltz Verlag, Weinheim 1987. 240 Seiten, 29,80DM.

Arbeitsgemeinschaft von Einrichtungen für Familienbildung (Hrsg.): Eltern-Kind-Gruppen in der Familienbildung. Bonn 1986. 70 Seiten, 12,50DM (AGEF, Christa Kühnert-Löser, Spatenweg 10, Ennepetal 14).

Joachim Hohmann: Geschichte der Sexualwissenschaft. Hünfeld 1988. 160 Seiten, 15,-DM (Bezug Dr. Dr. Hohmann, Postfach 29, 6418 Hünfeld).

Monika Simmel (Hrsg.): Weibliche Sexualität. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1987. 100 Seiten, 24,80DM.

Gisela Danz, Maria Theobald: Frauen-Verhütung-Sexualität. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1987. 104 Seiten, 24,80 DM.

Roland Diel, Mechthild Rohlfss: Empfängnisverhütung - gynäkologische Konzeptionen. Holtzmeier Verlag, Braunschweig 1987. 120 Seiten, 26,80DM.

Stephan Wehowsky, Lebensbeginn und menschliche Würde (Reihe Gentechnologie Band 14). I. Schweitzer Verlag, München 1987. 165 Seiten, 24,80 DM.

Thieme Ärztlicher Rat

Die Temperaturmethode zur Empfängnisverhütung

Von G.K. Döring
9., unveränderte Auflage
1986. 26 Seiten,
6 Abbildungen, DM 6,80
ISBN 3 13 326409 5

Unschädlichkeit und Zuverlässigkeit sind die Vorzüge der Temperaturmethode. Eine Vielzahl leicht zu beachtender Regeln und Ratschläge machen dieses Buch zu einem wertvollen Ratgeber für die Frau.

Schwangerschaft und Geburt

Information und Aufklärung für die werdende Mutter

Von G. Martius und W. Look
1983. 100 Seiten,
27 Abbildungen, DM 12,80
ISBN 3 13 639901 3

Alle Fragen von Frauen, die ein Baby erwarten, beantwortet dieses Buch. Es erläutert alle Untersuchungs- und Behandlungsmethoden und gibt Hinweise für das Verhalten der Frau während Schwangerschaft und Entbindung.

Ernährung des Säuglings

in gesunden und kranken Tagen. Ernährung mit Muttermilch, künstliche Säuglingsmilchen, Beikost im ersten Lebensjahr, Diät bei Durchfallerkrankungen

Von K.-H. Niessen
2., überarbeitete Auflage 1983.
153 Seiten, 17 Abbildungen,
23 Tabellen
DM 18,80
ISBN 3 13 630702 X

Soll man Babies mit natürlicher, industriell gefertigter oder selbst hergestellter Nahrung versorgen? Wann ist eine Diät angezeigt? Dieser Ratgeber informiert neutral und sachlich über gesunde Säuglingsernährung, auch über Babynahrung, wie sie in Österreich und der Schweiz angeboten wird.

Baby-Lexikon für Mütter

Ratgeber für Mütter gesunder und kranker Kinder

Von B. Leiber und H. Schlack
4., überarbeitete und
erweiterte Auflage
1984. 368 Seiten, 125 Ab-
bildungen, 13 Tabellen,
DM 16,80
ISBN 3 13 531704 8

In der Säuglingspflege, -ernährung, -wäsche und -bekleidung hat man in letzter Zeit viele neue Einsichten gewonnen, die Mütter kennen sollten. In über 655 alphabetisch geordneten Kurzaufgaben informieren zwei Kinderfachärzte über alles Wissenswerte in leicht verständlicher Form.

Moderne Säuglingsgymnastik

Von B. Zukunft
2., durchgesehene Auflage
1985. 166 Seiten,
129 Abbildungen,
DM 19,80
ISBN 3 13 619302 4

Mütter können viel tun, damit ihr gesundes Baby zu einer natürlichen Bewegungsentwicklung findet. Hier gibt ihnen eine erfahrene Krankengymnastin nicht nur Hinweise für ein entsprechendes Übungsprogramm, sie sagt auch, bei welchen Reaktionen man mit dem Kinderarzt sprechen sollte; und sie nennt die Vor- und Nachteile von „Baby-Geräten“.

Bitte fordern Sie unser Verzeichnis „Thieme Ärztlicher Rat“ an.



Thieme

Georg Thieme Verlag Stuttgart · New York

Streit um Gedenktafel

Die Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft hat beim Charlottenburger Bezirksbürgermeister Ubbelohde schriftlich dagegen protestiert, daß auf der für Magnus Hirschfeld in der Otto-Suhr-Allee geplanten Gedenktafel nichts über seine Rolle als Organisator der ersten deutschen Homosexuellenbewegung zu lesen sein soll. Durch die Beschränkung des Gedenktafel-Textes auf Hirschfelds Tätigkeit als Gründer und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft (1919-1933) - so die Gesellschaft - werde die Diskriminierung, gegen die Hirschfeld sich zeitlebens gewandt habe, an seiner eigenen Person fortgesetzt; die Chance, durch ihn auch die vergessenen Opfer des deutschen Faschismus zu ehren, werde vertan.

Die sei umso unverständlicher, als mit Hirschfelds Charlottenburger Wohnung (in der früheren Berliner Str. 104, später 121; heute Otto-Suhr-Allee 93) gerade die Geschichte der ersten deutschen Homosexuellenorganisation, des Wissenschaftlich-humanitären Komitees (WhK) verbunden gewesen sei.

Die Gesellschaft hat den Bürgermeister von Charlottenburg gebeten, für eine korrekte Beschriftung der Gedenktafel zu sorgen.

Die Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft setzt sich seit fünf Jahren für die Wiedererrichtung des Instituts für Sexualwissenschaft in Berlin ein.

Kampagne gegen den § 218 StGB

Im Oktober trafen sich zum zweiten Mal Frauen aus verschiedenen Parteien, Fraueninitiativen und Organisationen (GRÜNE, Jusos, FI 6. Oktober, DFI, Familienplanungszentrum Hamburg, MSB, Frauen gegen den § 218 bundesweite Koordination, SHB, Landeschüler/innenvertretung NRW, Bremer Frauenrunde, VSP, Frauenaktionsbündnis Wuppertal, Frauenzentrum Coburg), um das weitere Vorgehen der Initiative „Frauen - Begehren - Selbstbestimmung“ zu diskutieren.

Im Mittelpunkt stand die Beratung und Verabschiedung eines Aufrufs, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem StGB, gefordert, und Widerstand gegen das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz angekündigt wird. Die Frauen waren sich einig, daß sie nicht nur die aktuell geplanten Verschärfungen, sondern ganz generell die Kriminalisierung

von Schwangerschaftsabbrüchen durch den § 218 StGB in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stehen wollen. Das nächste Treffen der Initiative soll am 23. Januar 1988 in Düsseldorf stattfinden. Dann wollen die Frauen diskutieren, wie die Kampagne weitergeführt werden soll, wann und in welcher Form die Unterschriften dem Bundestag übergeben werden sollen. Nachfragen an: Martina Grundler (02 28 - 65 07 65), Steffi Engert (02 28 - 69 20 21) oder Rita Werkmeisterin (02 28 - 69 20 21).

Termine

Selbsthilfegruppe für Transsexuelle

In Karlsruhe wurde eine Selbsthilfegruppe für transsexuelle Menschen gegründet. Sie will allen Betroffenen und Angehörigen in der Beratung medizinischer und rechtlicher Art helfen. Die Gruppe arbeitet mit Fachärzten in mehreren Großstädten zusammen. Nähere Informationen bei Michaela Eger, Postfach 23 47, 7500 Karlsruhe.

Der 10. Fortbildungs-Intensivkurs

Die Abteilung für Sexuallforschung und die Sexualberatungsstelle der Universität Hamburg führen in der Zeit vom 30. Juli bis 20. August 1988 zum zehnten Mal einen Fortbildungsintensivkurs für Diplompsychologen/Diplompsychologinnen, Ärzte/Ärztinnen und Sozialarbeiter/innen mit einer Ausbildung in Psychotherapie (VT, GT, Psychoanalyse, Gestalt) durch. Die Teilnehmer sollen unter Anleitung und Supervision erfahrener Kotherapeuten Paartherapie sexueller Funktionsstörungen (modifiziert nach Master und Johnson) lernen. Anmeldeschluß: 29. Februar 1988.

Anfragen an: Sexualberatungsstelle der Universität Hamburg, Poppenhusenstraße 12, 2000 Hamburg 60.

Sexueller Mißbrauch

„Sexueller Mißbrauch von Mädchen und Frauen“ heißt das Thema einer Veranstaltung des Vereins zur Weiterbildung für Frauen vom 11. bis 15. April im Frauenlandhaus Charlottenburg. Frauen aus sozialen und pädagogischen Berufen können daran im Rahmen eines Bildungsurlaubs teilnehmen. Die Kosten betragen 265 Mark. Näheres beim Verein zur Weiterbildung für Frauen, Venloer Straße 405-407, 5000 Köln 30.

Thema Geburtszentren

Die Gesellschaft für Geburtsvorbereitung e. V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Geburtsvorbereitung und Elternschaft e. V., Unna mit Unterstützung des Paritätischen Bildungswerkes vom 12. bis 14. Februar eine Fortbildung mit dem Thema: „Geburtszentren: Standortbestimmung, Austausch und Ansätze für neue Initiativen“. Eingeladen sind alle Geburtsvorbereiter/innen, Hebammen, Ärzte/innen, Stillberaterinnen usw. die in bestehenden Geburtshäusern oder Zentren für Geburtsvorbereitung tätig sind oder ähnliche Initiative gründen möchten.

Anfragen telefonisch bis spätestens 15. Januar 1988 an die Gesellschaft für Geburtsvorbereitung e. V. (GfG), Dellestraße 5, 4000 Düsseldorf 12 (Tel. 02 110 025 26 07).

Bildungswerk des DPWW

Das Bildungswerk des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWW) lädt zu mehreren Tagungen ein. Einzelheiten sind beim DPWW-Bildungswerk, Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 6000 Frankfurt 71 (Tel. 0 69 / 6 70 62 74) zu erfahren. Nachfolgende Themen und Termine:

„Wege zum Kind - Möglichkeiten zur pränatalen Förderung der Eltern-Kind-Beziehung“ (10. bis 12. März).

„Mehr Rechte für nicht-eheliche Väter?“ (11. bis 13. März).

„AIDS - eine Herausforderung auch für die Eltern- und Familienbildung?“ (23. bis 26. März).

„Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren im Spannungsfeld von Kindes- und Elternwohl“ (21. bis 23. April).

Suchmeldung

Juhani Toivonen von der finnischen Partnergesellschaft der Pro Familia, sucht dringend die Anschrift des Frauenarztes Dr. Jochen Witt, der irgendwo in der Bundesrepublik arbeitet, ob Klinik oder Praxis, ist unbekannt.

Adresse oder Hinweise sollten bitte direkt an das Institut für Familienplanung, Lindenplatz 7, 7500 Karlsruhe 21, Tel.: 07 21 / 55 82 14 gerichtet werden.

PRO FAMILIA INFORMATIONEN

Die *Pro Familia Informationen* erscheinen als Teil der Zeitschrift *pro familia magazin*. Redaktion der *Pro Familia Informationen* und für den Inhalt verantwortlich: Ausschuß für innerverbandliche Kommunikation (Doris Bockelmann, Jürgen Heinrichs, Elisabeth Lutz, Annette Rethemeier, Elke Thoß). Anschrift der Redaktion: *Pro Familia*, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1.

Pro Familia im Vorstand des DPWV-Gesamtverbandes

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) am 30. Oktober 1986 in Frankfurt fanden Vorstandswahlen beim DPWV-Gesamtverband statt.

Die Vorsitzende der *Pro Familia*, Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim, ist eines der Vorstandsmitglieder, die neu in den Vorstand des DPWV-Gesamtverbandes gewählt wurden.

Mit seinen derzeit über 4.900 Mitgliedsorganisatoren ist der DPWV einer der sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Neuer Vorsitzender des DPWV-Gesamtverbandes wurde Prof. Dr. Dieter Sengling. Der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Erwin Krämer kandidierte nach 26 Jahren Vorstandstätigkeit nicht mehr für dieses Amt.

Landesverbände

Baden-Württemberg: 7000 Stuttgart 1
Schloßstraße 60
Telefon (07 11) 61 75 43

Bayern: 8000 München 40
Türkenstraße 103/1
Telefon (0 89) 39 90 79

Berlin: 1000 Berlin 30
Ansbacher Straße 11
Telefon (0 30) 213 90 13

Bremen: 2800 Bremen
Stader Straße 35
Telefon (04 21) 49 10 90

Hamburg: 2000 Hamburg 13
Tesdorfstraße 8
Telefon (0 40) 44 19 53 22

Hessen: 6000 Frankfurt/Main 50
Hügelstraße 70
Telefon (0 69) 53 32 57

Niedersachsen:
3000 Hannover 1
Am Hohen Ufer 3 A
Telefon (05 11) 1 54 59

Nordrhein-Westfalen:
5600 Wuppertal 2
Loher Straße 7
Telefon (02 02) 8 98 21 22

Rheinland-Pfalz/Saarland:
6500 Mainz, Rheinallee 40
Telefon (0 61 31) 67 21 51

Schleswig-Holstein:
2390 Flensburg, Am Marienkirchhof 6
Telefon (04 61) 8 69 30

Pro Familia muß in Hessen 15 Mitarbeiter/innen entlassen:

Landesregierung kürzt Zuwendung um 17%

Der Haushaltsentwurf der hessischen CDU/FDP-Koalition sieht für das Jahr 1988 die Kürzung der Landeszuwendung an freie Träger der Familienplanung und Sexualberatung um 17% vor. Das bedeutet eine Abnahme gegenüber 1987 von DM 2,70 Millionen auf DM 2,24 Millionen, also DM 460 000,-. Für *Pro Familia* als einzige Gesellschaft für Familienplanung und Sexualberatung bedeutet das eine Kürzung um DM 350 000,-. Der Verband befürchtet, daß Kreise und Kommunen sowie Eigeneinnahmen, die bisher die Hälfte des Gesamthaushalts des Verbands decken, diese Kürzungen nicht auffangen werden. *Pro Familia* wird hessenweit mindestens 15 Mitarbeiter/innen entlassen müssen.

Der Landesverband sieht in dieser Kürzung einen Akt politischer Demonstration, der in die falsche Richtung zielt. Zwei Drittel der Beratungsarbeit von *Pro Familia* findet im präventiven Bereich der Familienplanung und Sexualberatung bzw. Sexualpädagogik statt. Seit jeher betont *Pro Familia* die Bedeutung der Präventivarbeit im Zusammenhang der Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und der Senkung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Entsprechend nimmt in den letzten Jahren die präventive Beratung des Verbands zu, bei gleichzeitiger Abnahme der Schwangerschaftskonfliktberatungen.

Es liegt der Verdacht nahe, daß hier ein Verband empfindlich getroffen werden soll, der in der Frage der § 218 b-Beratung immer die eigenverantwortliche Entscheidung der Frau hervorgehoben hat und sich weigert, die Notlagenindikation als eine ausschließlich materielle zu begreifen, heißt es in einer Presseerklärung des Landesverbandes Hessen.

Die Einrichtung der Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“, mit der die CDU Schwangerschaftsabbrüche aus materieller Not verhindern wollte, hat keinen positiven Effekt hervorbringen können. Ein einmaliger Beitrag von durchschnittlich DM 1 700,-, der in Hessen an etwa 4 900 schwangere Frauen

im Jahr verteilt werden kann, ist keine ernsthafte Hilfe bei materiellen Problemen. *Pro Familia* fordert eine langfristige, angemessene Hilfe für schwangere Frauen und Mütter mit Kindern.

In diesem Zusammenhang bekräftigt *Pro Familia* Hessen erneut die Entscheidung, sich nicht an der Vergabe von Stiftungsmitteln zu beteiligen. Die Absicht der CDU, Schwangerschaftsabbrüche durch einmalige materielle Hilfen senken zu wollen, nimmt sich angesichts des geringen Betrags als Farce aus – besonders vor dem Hintergrund der gleichzeitigen empfindlichen Kürzung der Mittel für die präventive Arbeit.

- Pro Familia* Hessen fordert daher
- die Rücknahme der beabsichtigten Kürzungen und eine Erhöhung der Landeszuwendung im Verhältnis der Kostensteigerungen der öffentlichen Haushalte auf DM 3 Millionen an die freien Träger der Familienplanung und Sexualberatung,
 - die Überführung der Stiftung „Mutter und Kind“ in einen Rechtsanspruch nach Bedürftigkeit statt der bisherigen Verwaltung eines Mangels nach dem Gießkannenprinzip,
 - einen angemessenen Familienlastenausgleich, der den besonderen Belastungen von Familien mit Kindern Rechnung trägt,
 - eine Arbeitsmarktpolitik, die es Frauen und Männern gleichermaßen erlaubt, Erwerbsleben und Verantwortung für Kinder zu vereinbaren.

Die hessische FDP hat in der Vergangenheit die Arbeit der *Pro Familia* immer geschätzt und gestützt. Der Landesverband fordert alle FDP-Politiker auf, ihre taktische Zurückhaltung in der Regierungskoalition aufzugeben und ihren Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen für vernünftiges und verantwortliches Handeln in Bezug auf die Beratungsarbeit der *Pro Familia* offen zu vertreten.

Thema Gewalt

Immer wieder sehen sich Beraterinnen und Berater in ihrer Arbeit mit den Auswirkungen von Gewalt an Frauen und Kindern konfrontiert. Auch und gerade Pro Familia-Beratungsstellen reagieren darauf mit speziellen Beratungsangeboten (siehe beispielsweise den Beitrag der Pro Familia Darmstadt über die Beratung für vergewaltigte Frauen im Pro Familia Magazin 4/87). Aber wie kommt es eigentlich zur Gewaltanwendung gegenüber Frauen und Kindern? Mit dieser Frage beschäftigen sich die beiden folgenden Beiträge.

Wie kommt die Gewalt in die Familie?

Gudrun Nagel

Gewalt in der Familie, dies ist ein vielschichtiges Thema:

Da gibt es Frauen, die in Beratungen erstmal zögernd Andeutungen machen, daß ihr Mann sie manchmal schlägt. Andere sind ausgezogen, weil sie es zuhause nicht mehr aushalten mit einem Mann, der trinkt und ausfallend wird, und sie nicht wissen wohin.

Es gibt auch die Frau, die von sexueller Unlust spricht, und sich im Gespräch erst langsam herausbildet, daß sie Geschlechtsverkehr haben muß, wann immer ihr Mann es möchte.

Solche Schilderungen ließen sich beliebig lange fortsetzen. Immer sind es andere Lebensumstände und soziale Bedingungen in denen sexuelle Belästigungen von Mädchen und Kindesmißhandlungen stattfinden, aber eines ist diesen Schilderungen gemein: In der Regel sind es Freunde, Geliebte, Ehemänner oder Väter, die gewalttätig sind, sexuell belästigen oder vergewaltigen.

Aber wie kommt die Gewalt in die Familie?

Wie wird die Familie als Stätte von Geborgenheit, Sicherheit und Schutz zum Tatort von Brutalität und Gewalt?

Die Quadratur des Kreises

In unserer hochindustrialisierten Gesellschaft mit gutbürgerlicher Couleur wird der Familie eine Aufgabe zuteil, die sie hoffnungslos überfordert. Auf Liebe gegründet hat sich das Ehepaar versprochen, „bis daß der Tod uns scheidet“ zusammenzubleiben und gemeinsam gegen die Welt von außen das Glück innen zu schützen. Liebe und Sexualität in der Ehe sind die Pfeiler einer Lebensgemeinschaft, der die Aufgabe zuteil wird, unseren Staat zu tragen, zu reproduzieren und für die Erhaltung der Werte zu sorgen, mit deren Hilfe die Kinder erzogen werden sollen.

Können diese Aufgaben von einem Mann und einer Frau geleistet werden, wenn die Basis dieser Gemeinschaft so sensible Gefühle wie Liebe und Sexualität sind? Gunter Schmidt beschreibt dieses Dilemma in seinem Buch „Das große Der Die Das“:

„Dauer und Leidenschaft versucht unser modernes Eheleben zusammenzukitten und verlangt damit die Quadratur des Kreises. Dieser unauflösbare Widerspruch ist in der Emotionalisierung der Ehebeziehung im 19. Jahrhundert angelegt“. Er bezieht sich auf Phillipe Aries und schreibt weiter: „Wir sind die ersten Menschen in der Weltgeschichte, die das Paradoxum anstreben, eine auf Dauer angelegte Beziehung, die Ehe, auf etwas eminent Flüchtigem und Unzuverlässigem, nämlich Gefühl, lebendig spürbare Liebe und Leidenschaft zu gründen“.

Trotzdem versuchen wir es immer wieder und immer noch, gibt es doch kaum Alternativen, und wir können auch nicht mehr zurück zu Zeiten wo die Gütergemeinschaft an erster Stelle für die Familiengründung stand.

Ist die Liebe die Basis der Ehe, dann gibt es da auch noch Leidenschaft, Enttäuschung, Wut, Macht und Ohnmacht, Erwartungen, die erfüllt oder enttäuscht werden, Verletzungen und eben auch Gewalt.

Gesellschaftliche Veränderungen und ihre Konsequenzen

Gewalt ist Ausdruck von sich verändernden Machtkonstellationen. Die Machtfrage zwischen den Geschlechtern ist in den letzten Jahren deshalb wieder aktuell geworden, weil vor allem von der Frauenbewegung Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen aufgezeigt wurde. Wir Frauen wollen an der Macht teilhaben und gesellschaftliches und privates Leben genauso bestimmen wie Männer. Vor dreißig Jahren war es noch so, daß Männer den Lebensunterhalt bestritten

und Frauen Haushalt und Kinder versorgen. Sie waren in erster Linie für den Produktionsbereich zuständig, der sehr viel Zeit und Arbeit in Anspruch nahm. Frauen waren von Männern finanziell abhängig, während Männer davon abhängig waren, von ihren Frauen mit handgewaschener Kleidung und mühsam zubereiteten Mahlzeiten versorgt zu werden. Beide waren wechselseitig aufeinander angewiesen und dieses Angewiesensein war ein wichtiger Inhalt ihrer Beziehung. Die Geschlechtsrollen waren klar zugewiesen, beide wußten, welche Aufgaben sie zu erfüllen hatten. Männer waren für das Leben „draußen“, und Frauen für „innen“ zuständig.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung und der damit verbundenen Berufstätigkeit von Frauen begannen diese Rollenverteilungen langsam aufzubrechen. Obwohl Frauen in Leichtlohngruppen schlecht bezahlte Arbeit machten, änderte sich das Selbstwertgefühl und Familienstrukturen begannen sich ganz langsam zu verändern. Die technische Bewältigung des Haushaltes ist einfacher geworden, öffentliche Erziehungsinstitutionen wie Kindergarten und Horte übernehmen Teile der Kindererziehung. Frauen sind selbstbewußter, eigenständiger und öffentlicher geworden. Sie lassen sich auch jetzt in Zeiten von Arbeitslosigkeit nicht so leicht davon abhalten, weiterhin berufstätig zu sein, weil Berufstätigkeit nicht nur zum Gelderwerb wichtig geworden ist (Abgesehen davon, daß der Verdienst eines Normalverdieners zur Deckung der Lebenshaltungskosten einer Familie kaum noch ausreicht).

Diese gesellschaftlichen Veränderungen haben bedeutende Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen und somit auch auf die Familie.

Männer und Frauen brauchen einander nicht mehr zur ökonomischen Bewältigung ihres Lebens, dies führt bei beiden zu Verunsicherungen. Unsere Gesellschaft, die von Wachstum und Überproduktion geprägt ist und in der trotzdem immer mehr Menschen arbeitslos werden, hat ein Konfliktpotential produziert, das individualisiert wird und zum großen Teil in der Familie bewältigt werden muß. Dieses Konfliktpotential beruht auf folgenden Ursachen:

- Verunsicherung in der Zuweisung der Geschlechtsrollen;
- die Wertlosigkeit als Arbeitnehmer nimmt die Identifizierung mit der Arbeit;

- die Entfremdung von gesellschaftlichen Prozessen sind nicht mehr überschaubar für den Einzelnen und produzieren Ohnmachtsgefühle.

Von der Machtlosigkeit zur Gewalt

Ich möchte hier wieder zu meiner Ausgangsthese zurückkommen, daß Gewalt Ausdruck von sich verändernden Macht-konstellationen ist und sie weiterführen: Verunsicherung in den Geschlechtersrollen führt zu dem Gefühl von Machtlosigkeit. Eine Möglichkeit, dem Machtverlust zu entgegnen, ist, mit Gewalt zur Macht kommen. Während Frauen eher einen Zuegwin- nung an öffentlicher Anerkennung erzielen (wenn der Preis dafür auch Doppel- und Dreifachbelastung ist), so wird Männern doch ein großer Anteil an alltäglicher „Macht“ genommen. Er darf nicht mehr so sehr Kavalier sein, hat weibliche Vorgesetzte, soll Kinder hüten und kochen, während Frauen auf Ebenen vordringen, die bislang zu Männerdomänen gehörten.

Diese „Entmachtung“ wird in der Familie ausgetragen. Gunter Schmidt schreibt dazu: „Der Mann drückt Machtansprüche und Haß eher durch Potenz aus, beispielsweise durch sexuelle Forderungen die jeder Zärtlichkeit entgleitet und deren Hauptziele Durchsetzung und Unterwerfung sind.“ Es geht also um die Wiederherstellung männlicher Identität, die mit Machtansprüchen gekoppelt ist. Entsprechend des jeweiligen Erfahrungshintergrundes und der psychischen Konstellationen führt dieser Drang nach Wiederherstellung der Macht zu Gewaltausbrüchen sexueller und körperlicher Art gegenüber Mädchen und Frauen in erster Linie.

Eberhard Schorsch schreibt, daß sich die geschlechtstypischen Ausdrucksformen und Inhalte von Männern vorrangig „um Potenz und Geschlechtlichkeit und um den ständigen Kampf um Vergewisserung“ drehen. „Weil es um die Geschlechtlichkeit geht, liegt es für Männer nahe, diese Problematik zu sexualisieren, die Sexualität hier einzuspannen und zum hauptsächlich- en Austragungsfeld dieser Problematik zu erheben.“

Warum aber lassen sich Frauen schlagen und sexuell erniedrigen?

Dies skizzierte Bild von Frauen zu mehr Eigenständigkeit und Selbstbewußtsein wird individuell als brüchig und konfliktreich erlebt. So wird nach Margit Brückner das eigene Selbstbild immer auch noch über den Mann definiert und eigene Fähigkeiten in Beruf und Privatleben unterschätzt.

Die Identifizierung mit dem Mann macht das eigene Lebensgefühl aus,

Frauen sind stolz auf ihren Mann wenn er erfolgreich oder imposant ist, dabei bleiben sie trotz aller Eigenständigkeit auf die Versorgungsrolle reduziert.

„Weibliche Minderwertigkeitsgefühle und Überschätzung alles Männlichen entsprechen den gesellschaftlichen Vorstellungen vom starken und schwachen Geschlecht und können als innerpsychische Vorarbeit elterlicher und gesellschaftlicher Haltung, Forderungen und Vorbilder gesehen werden.“ (Margit Brückner)

Diese Unterordnung unter „männliche“ Werte kann aber dann nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Lebensrealitäten Männer und Frauen zu nebeneinander be-

stehenden Partnern macht. Eine Unterbewertung der eigenen Fähigkeiten führt hier ebenfalls zu Konflikten.

„Durchgängige Begründung von Frauen, weshalb sie sich nicht trennen können, ist das Gefühl, daß sie von ihren Männern gebraucht werden.“ (Margit Brückner)

Literaturnachweis:

1. Gunter Schmidt: Das Große der die das. Herstein 1986
2. Margit Brückner: Die Liebe der Frauen. Frankfurt 1983
3. Eberhard Schorsch: Gewalt in der Beziehung der Geschlechter. Veröffentlichung in Pro Familia Magazin, Heft 2/83

Hilfe statt Gewalt

Erklärung des Deutschen Kinderschutzbundes zum Weltkindertag

Schwere gewaltsame Beeinträchtigungen der Entwicklungschancen der Gesundheit und des Glücks der Kinder sind immer noch bittere Realität in unserem Land.

Mehrere 100000 Kinder werden in der Bundesrepublik jährlich vernachlässigt, körperlich und seelisch mißhandelt und sexuell mißbraucht.

Zum Weltkindertag 1987 appelliert der Kinderschutzbund eindringlich an alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft und jeden einzelnen, wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz der Kinder zu ergreifen und zu unterstützen.

Der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Prof. Dr. Walter Bärsch betont, daß es vier Bedingungsfelder gibt, die die Ursache für gewaltsame Übergriffe gegen Kinder bilden:

1. Die sozio-kulturell bedingte falsche Einstellung zum Kind; das häufig als noch nicht vollwertig, weil noch nicht erwachsen, angesehen wird. So meinen immer noch mehr als die Hälfte der Bundesbürger, daß Schläge ein probates Mittel der Erziehung seien.

2. Gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Belastungen vieler Familien sind durch eine unzureichende Sozialpolitik bedingt. Familien mit Kindern und niedrigen Einkommen werden steuerlich benachteiligt. Familien mit mehreren Kindern sind besonders von Arbeitslosigkeit und deren psychosozialen Folgen betroffen (1,5 bis 2 Millionen Kinder in solchen Familien). Aber auch Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und inhumane Arbeitsbedingungen belasten das Familienleben schwer.

Die skandalös niedrigen Sozialhilfesätze, für ein Kind unter sieben Jahren werden monatlich DM 175,- gezahlt, führen zu bedrückenden Lebenssituationen.

3. Gesellschaftspolitisch bedingt sind gewaltförmige Strukturen unserer Gesellschaft, die Kinder daran hindern, ihre potentiellen Möglichkeiten zu entfalten. Wenn Kindern keine fördernde Lebenswelt geboten wird, können sie sich nicht entfalten und müssen mit Zwang abgerichtet werden. So leben zu viele Kinder in zu kleinen Wohnungen, leiden unter mangelnden öffentlichen Spielmöglichkeiten, der Straßenverkehr setzt sie hohen Risiken aus (jährlich verunglücken 400 bis 500 Kinder tödlich und etwa 12000 werden schwer verletzt).

Staatlich streng reglementierte Institutionen wie die Schule gehen nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Kinder ein. Elektronische Medien haben nicht zuletzt wegen mangelnder besserer Angebote hohe Attraktivität für Kinder, die aber mit großen Gefährdungen verbunden sind.

4. Eigene Gewalterfahrungen der Eltern bilden als beziehungs-dynamisches Bedingungsfeld eine weitere Ursache für die gestörten Beziehungen zu den Kindern. So geben betroffene Eltern häufig selber erprobte Mißhandlungen an ihre Kinder weiter.

Alle vier Bereiche machen deutlich, so Bärsch, daß in unserer Gesellschaft der Grundwert der Solidarität den gewaltsam zugerichteten Kindern und ihren Eltern gegenüber permanent verletzt wird. Der Kinderschutzbund stellt deshalb unter dem Motto „Hilfe statt Gewalt“ eine Reihe von Forderungen an die Politiker in Bund, Länder und Gemeinden:

1. Es müssen Vorbeugungsprogramme durchgeführt werden, durch die die Bevölkerung über Ursachen und Dynamik der Gewalt gegen Kinder aufgeklärt wird. Außerdem müssen in allen Bedingungsfeldern die Faktoren,

die zur Gewalt führen, abgebaut werden. Zudem bedarf es einer Vielzahl von Hilfsangeboten, die Familien frühzeitig, also bevor es zur Gewaltanwendung gegen Kinder gekommen ist, zur Verfügung stehen.

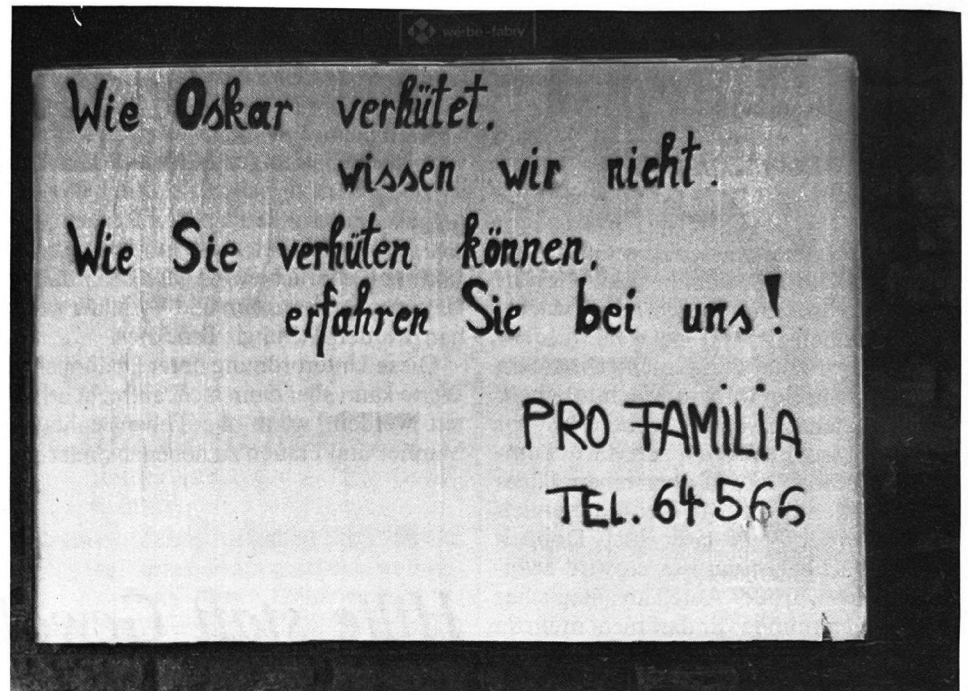
2. Es muß ein bundesweites, flächenbedecktes Angebot von Beratungseinrichtungen im Bundesgebiet geben, die in Krisensituationen schnelle und unbürokratische Hilfe für die gesamte Familie bieten.
3. Für diesen Herbst hat die Bundesministerin Frau Prof. Dr. Süßmuth die Vorlage des Entwurfs eines neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes angekündigt. Die Novellierung dieses Gesetzes bietet die Chance, durch die Festschreibung notwendiger vorbeugender und beratender Leistungen die Situation der Kinder, insbesondere solcher, die unter gewaltsamen Zurichtungen leiden, zu berücksichtigen. Fachleute sind sich darüber einig, daß der Schwerpunkt des Gesetzes aber auf der Vorbeugung liegen muß. Wir brauchen ein Gesetz, daß die Jugendhilfe aus ihrer gesellschaftlichen Randständigkeit herausholt und nicht wie bislang vorwiegend repressiv orientiert ist. Es muß vielmehr ein leistungsorientiertes Gesetz werden, daß dem Prinzip „Vorrang der Hilfe vor dem Eingriff“ verpflichtet ist. Da ein solches Gesetz höhere Kosten verursacht, muß über einen verstärkten Finanzausgleich zugunsten strukturschwacher Regionen nachgedacht werden.
4. Zudem muß ein direkt dem Bundestag gegenüber verantwortlicher Kinderbeauftragter bestellt werden. Seine Aufgabe besteht darin, die Interessenvertretung der Kinder auf parlamentarischer Ebene zu verstärken. Er soll unter anderem jährlich Bericht über die Situation der Kinder erstatten und dabei insbesondere den Bereich der Gewalt gegen Kinder berücksichtigen.

Redaktionsschluß für die nächsten Ausgaben

Die Redaktion freut sich über jeden Beitrag aus dem Kreis der Leserinnen und Leser, auch über Leserbriefe (die sollten möglichst kurz gehalten sein, damit Kürzungen nicht erforderlich sind).

Heft 2/88 zum Thema „Pro Familia im Gegenwind“ erscheint Anfang März. Das Schwerpunktthema ist redaktionell abgeschlossen. Aktuelle Kurzberichte können bis zum 25. Januar eingeschickt werden.

Heft 3/88 zum Thema „Beraten Frauen anders?“ erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluß für Beiträge zum Schwerpunktthema ist der 25. Januar für aktuelle Kurzberichte der 31. März.



Pro Familia kennen wir. Aber wer kennt Oskar?

Diese Frage haben sich im Oktober Saarbrücker Bürger/innen gestellt, als sie obiges Plakat in der Saarbrücker Innenstadt entdeckten.

War Oskar Matzerath gemeint, der kleinwüchsige Mann aus bekanntem Roman oder gar Oskar der Familienplaner, alias Louis de Funès? Manche dachten

auch an „de Oskar“. Genau zu erfahren war es nicht. Man durfte spekulieren und munkeln.

Zum Hintergrund: Das Plakat gehörte zu einer großangelegten Werbekampagne des Familienplanungszentrums der Pro Familia Saarbrücken. Das Thema „Verhütung“ war angesagt. Vor allem Jugendliche



und Männer sollten angesprochen werden, eine größere Verantwortungsbereitschaft zur Verhütung bei ihnen geweckt werden. Dazu wurden verschiedene Medienebenen eingespannt:

Im Kino liefen einen Monat lang mehrere Dias. Thema der eingespielten Dias war einmal obiger „Oskar-Spruch“ und zum anderen das Motto „Verhütung ist Männersache: Lieber präservativ als konservativ“; dazu erklang das Lied „Neue Männer braucht das Land“. Das Jugendberatungsplakat der *Pro Familia* wurde zusätzlich noch eingespielt. Gleichzeitig wurden fast alle Saarbrücker Busse mit dem Plakat bestückt, so daß eine Vielzahl von Jugendlichen erreicht wurde. Parallel zu alledem fand die Großplakatierung statt. Den Abschluß bildete eine Podiumsveranstaltung zum Thema „§ 218 StGB im internationalen Vergleich“ mit Vertreterinnen aus vier verschiedenen europäischen Familienplanungsorganisationen.

Die Kampagne erwies sich als medien- und öffentlichkeitswirksam: *Pro Familia Saarbrücken* war mit ihren Sprüchen in Fernsehen, Rundfunk und Presse – auch überregional. *Pro Familia* war wieder im Gespräch – aber mal anders als sonst. Die öffentliche und veröffentlichte Resonanz war erfreulich gut und größer als erwartet. Deshalb ist der zweite „Streich“ bereits in Planung.

Heinz Krämer

Fortbildungswerk der Pro Familia

Der Landesverband Baden-Württemberg hat ein eigenes Fortbildungswerk gegründet, das bereits das zweite Seminar anbietet. Um „Jugend und Sexualität“ geht vom 29. bis 31. Januar in Feldberg. Es wird die Frage behandelt, ob sich Aids auf das Verhalten von Jugendlichen auswirkt und wie Jugendarbeiter und Lehrer mit diesem Thema umgehen können. Die Leitung haben Elfie Eitenbenz und Helmut Koerner. Die Kosten betragen 200 Mark. Anmeldungen nimmt der Landesverband der *Pro Familia*, Schloßstraße 60, 7000 Stuttgart, entgegen.

Hinter der Idee in Form eines eigenen Fortbildungswerks Seminare und Veranstaltungen von *Pro Familia*-Mitarbeitern für ein interessiertes Publikum anzubieten, steckt der Versuch, die Arbeit öffentlich zu machen, Transparenz der Tätigkeitsgebiete zu ermöglichen und die jahrelange Erfahrung und Vorarbeit eines profilierten Fachverbandes weiterzuvermitteln.

Gemeinsame Schritte bei der AIDS-Aufklärung

Die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung, Dachorganisation von 160 gesundheitserzieherisch tätigen Organisationen, vorwiegend aus dem Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsbereich, wird die AIDS-Aufklärungskampagne der Bundesregierung, vertreten durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), voll unterstützen.

Die 50 Experten aus dem Bereich der Gesundheitserziehung und der AIDS-Forschung und Praxis sprachen sich dafür aus, – daß Maßnahmen der Aufklärung, Beratung und Gesundheitserziehung Vorrang vor seuchenrechtlichen Maßnahmen haben, – daß die bestehenden rechtlichen Bestimmungen ausreichen, um Fragen zur AIDS-Problematik zu regeln, – daß Tests auf freiwilliger Basis und mit eingehender Beratung vor und nach dem Test durchgeführt werden sollen.

Dieser 1. Fachtagung zur AIDS-Problematik sollen weitere für die Mitgliedsverbände der Bundesvereinigung folgen. Diese Seminare sollen dazu beitragen, die BZgA-Aufklärungskampagne konkret umzusetzen.

Oberstes Ziel dieser Kampagne ist die Eindämmung der weiteren Ausbreitung der Infektion und der Krankheit. Die Unterziele sind:

- Hoher Informationsstand bei den Hauptbetroffenen und der breiten Bevölkerung; damit Minimierung von Unsicherheiten, Falschinformation und Informationswettbewerb,
- Entwicklung und Stabilisierung verantwortungsbewußter Verhaltensweisen, die Schutz vor eigener und fremder Ansteckung sichern,
- Abbau von Tabus, Ängsten, Hysterie und Verdrängung,
- Schaffung eines Klimafeldes, in dem jeder sich von AIDS angesprochen fühlt, weil es ihn angeht,
- Zwangsmaßnahmen nicht erforderlich sind,
- unterstützendes Sozialverhalten gestärkt wird,
- Ausgrenzung und Stigmatisierung von Betroffenen als negativ gelten und breite, vertrauensvolle Kooperation erleichtert wird.

Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung e.V., Bernkasteler Str. 53, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon 02 28 - 31 78 10

IPPF: Neuer Vorsitzender des Zentralrats

Der Zentralrat des Internationalen Verbandes für geplante Elternschaft (IPPF) hat Dr. Jürgen Heinrichs auf seiner Sitzung am 16. November 1987 in London für zwei Jahre zu seinem Vorsitzenden gewählt. Damit hat sich die IPPF zum ersten Mal in ihrer fünfunddreißigjährigen Geschichte für einen Deutschen zur Leitung ihres höchsten Entscheidungsgremiums entschieden. Der Vorsitzende des Zentralrats gehört satzungsgemäß auch dem Zentralen Exekutivausschuß an, welcher Vorstandsfunktionen wahrnimmt; Heinrichs hat dieses Gremium seit 1983 geleitet.

Dem Zentralrat liegt für die inhaltliche Weiterentwicklung der Arbeit der IPPF und ihrer Anpassung an geänderte Randbedingungen in der Form eines Berichtes über „Familienplanung in einer Welt im Wandel“ ein Leitfadens vor, der auf der Tagesordnung der diesjährigen Sitzung stand. Dieser Bericht, der unter der maßgeblichen Beteiligung von Heinrichs zustande gekommen ist, empfiehlt nachdrücklich, unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechtsforderung das Spektrum der Aktivitäten der IPPF und ihrer Mitgliedsorganisation insofern auszudehnen, als sie die Prinzipien der Freiwilligkeit und Unversehrtheit nicht nur für ihre eigenen Programme zu garantieren, sondern auch für Familienplanungsprogramme der Regierungen und anderer Institutionen zu überwachen und einzuklagen haben. Die Frage, wie dieses unter unterschiedlichen Bedingungen konkret gemacht werden kann, wird den Zentralrat auf seinen nächsten Sitzungen zu beschäftigen haben.

Ein weiteres Thema, das zur Behandlung ansteht, ist die Gremienstruktur des Verbandes auf globaler und regionaler Ebene. Es gilt zu überprüfen, ob die derzeitige Zusammensetzung, Aufgabenverteilung und Arbeitsweise der gewählten Repräsentanten in den bestehenden Gremien den Anforderungen an den Verband im kommenden Jahrzehnt entsprechen. Ein Problem ist, daß durch die Zusammensetzung der zentralen Gremien die Betonung regionaler Gesichtspunkte und Interessen auf Kosten des weltweiten Verbandes als ganzem begünstigt ist. Eine Arbeitsgruppe, die dem Zentralrat ihre Empfehlungen vorlegen wird, hat ihre Arbeit aufgenommen.

„Familienplanung in einer Welt im Wandel“ liegt jetzt auch in deutscher Sprache vor und kann gegen Erstattung der Versandkosten bezogen werden von: *Pro Familia*, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1.)

Pro Familia Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH und Co KG

Zweimal Pro Familia? – Nein, Pro Familia auf zwei Beinen!

Im Bundesverband und seinem Vorstand wird seit einigen Jahren immer wieder geprüft, welche Möglichkeiten für einen gemeinnützigen Verein bestehen, Finanzierungsquellen zu erschließen, die mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit von öffentlichen Förderungen erlauben. Zugleich sollen dabei Erfahrungen, Ideen und neue Konzepte von Beratung und Aufklärung verwirklicht werden. Wie brennend das Finanzierungsproblem ist, zeigt auch der Beschluß der Bundesmitgliederversammlung 1987, ein eigenes Fachgebiet für „Verwaltung und Finanzen“ einzurichten.

Solange es nicht zu einer Kommerzialisierung von Beratung und Information führt, kann und soll ein gemeinnütziger Verein durchaus außer öffentlichen Zuwendungen andere Einnahmen erzielen. Solche Einnahmen und ein damit aufgebautes neues Angebot sind sogar häufig die Voraussetzungen für öffentliche Förderung. Bisher ist *Pro Familia* dabei wesentlich auf Spenden, Mitgliedsbeiträge, Bußgelder und Einnahmen aus der Krankenversicherung angewiesen. Einnahmen können aber auch aus Gewinnen eines rechtlich selbständigen, steuerpflichtigen Wirtschaftsunternehmens an einen Verband fließen, der dieses Unternehmen als Gesellschafter vollständig in seinem Geschäftsgebaren kontrolliert.

Der Bundesverband hat nach eingehender Beratung die Gründung einer Gesellschaft in Form einer GmbH & Co KG, die den Namen von *Pro Familia* führt, beschlossen, und zwar einstimmig bei einer Enthaltung. Inzwischen sind die Landesverbände außer Berlin und der Hessische Förderverein zusätzlich zum Bundesverband Gesellschafter geworden. Damit unterliegt diese Gesellschaft der alleinigen Kontrolle des Gesamtverbandes der *Pro Familia*. Die zugehörige Kommanditgesellschaft besteht aus „stillen Teilhabern“, also aus Personen, denen *Pro Familia* es wert ist, daß sie ihr Geld einlegen und damit das notwendige Betriebskapital aufbringen (siehe Schaubild auf der Nebenseite). Der Geschäftsführer der GmbH wird Martin Kessel sein, der auch ganz wesentlich die Initiative bei dieser Gründung übernommen hat.

Produkte verbessern und verbilligen

Bisher berät, informiert und klärt *Pro Familia* über die Anwendung von Verhü-

tungsmitteln auf, verteilt sie sogar, soweit vorhanden. Damit wird sie zum unentgeltlichen Werbeträger für die Pharma- und Gummiindustrie, ohne nennenswerten Einfluß auf die Produkte und ihre Gestaltung zu haben – schon gar nicht auf die Preise. Diese Art der Uneigennützigkeit hat mit Gemeinnützigkeit nichts zu tun. *Pro Familia* hat etwa Beipackzettel für Kondome entworfen, dafür eine Spende erhalten, die, gemessen am Umsatz, recht bescheiden war. Jetzt mußte festgestellt werden, daß der Name des Verbandes in „Partysets“ mit sexistischer Aufmachung zu finden war und dazu benutzt wurde, die AIDS-Hysterie für den Absatz von Kondomen auszuschlachten.

Die Vertriebsgesellschaft stellt für *Pro Familia* eine Chance dar, Einfluß zu nehmen auf Qualität, Verpackung und Propagierung aller nicht-apothekenpflichtiger Verhütungsmethoden, darunter die zur Verhütung zu kombinierenden Methoden der Fruchtbarkeitswahrnehmung. Den Ratsuchenden steht es natürlich weiterhin frei, die Produkte ihrer Wahl zu kaufen. Wenn sie sich für die von *Pro Familia* vertriebenen entscheiden, leisten sie zugleich einen Beitrag zu deren Unterstützung.

Auf öffentliche Förderung nicht verzichten

Die Zustimmung des Bundesvorstandes zur Gründung der Vertriebsgesellschaft bedeutet nicht, daß *Pro Familia* in Zukunft von öffentlicher Förderung unabhängig wird oder werden will. Vielmehr ist weiterhin darum zu kämpfen, daß die gesellschaftlich erforderlichen und die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Beratung, der Gesundheitsvorsorge, der Informations- und Aufklärungsarbeit öffentlich unterstützt werden.

Für *Pro Familia* ist es neu, bei anderen gemeinnützigen Organisationen durchaus üblich, daß ihnen eigenständige Unternehmen zuarbeiten und daß sie deren Produkte vertreiben. Erfahrungen aus den Familienplanungsorganisationen in den USA und Schweden zeigen, daß die – partielle – Unabhängigkeit von staatlicher Zuwendung Freiräume für öffentlich-praktische Kritik an staatlich verordnetem Umgang mit Sexualität eröffnen kann. Öffentliche Gelder sind immer verbunden mit Auflagen. Diese nicht einzuhalten, bedeutet, die Förderung in Frage zu stellen. Sehr viel Energie und letztlich Kapazität, die per-

spektivischer und konzeptioneller Arbeit verloren gehen, werden durch aufreibende und nicht immer fruchtbare Auseinandersetzungen gebunden.

Je weniger sich *Pro Familia* bereit erklären kann, ihre eigenen Grundsätze einer selbstbestimmten und partnerschaftlichen Sexualität der jeweils herrschenden Auffassung von Sexualmoral und -erziehung unterzuordnen, umso mehr gerät sie in Gefahr, durch Verweigerung öffentlicher Gelder an den Rand gedrängt zu werden. Es reicht schon aus, an einschlägigen neuen Projekten nicht mehr als Fachverband beteiligt zu werden, um inhaltlichen Einfluß unmöglich zu machen. Öffentlicher Protest bringt zwar Schlagzeilen, aber kaum Finanzierung von Alternativen.

Kontrolle muß sein

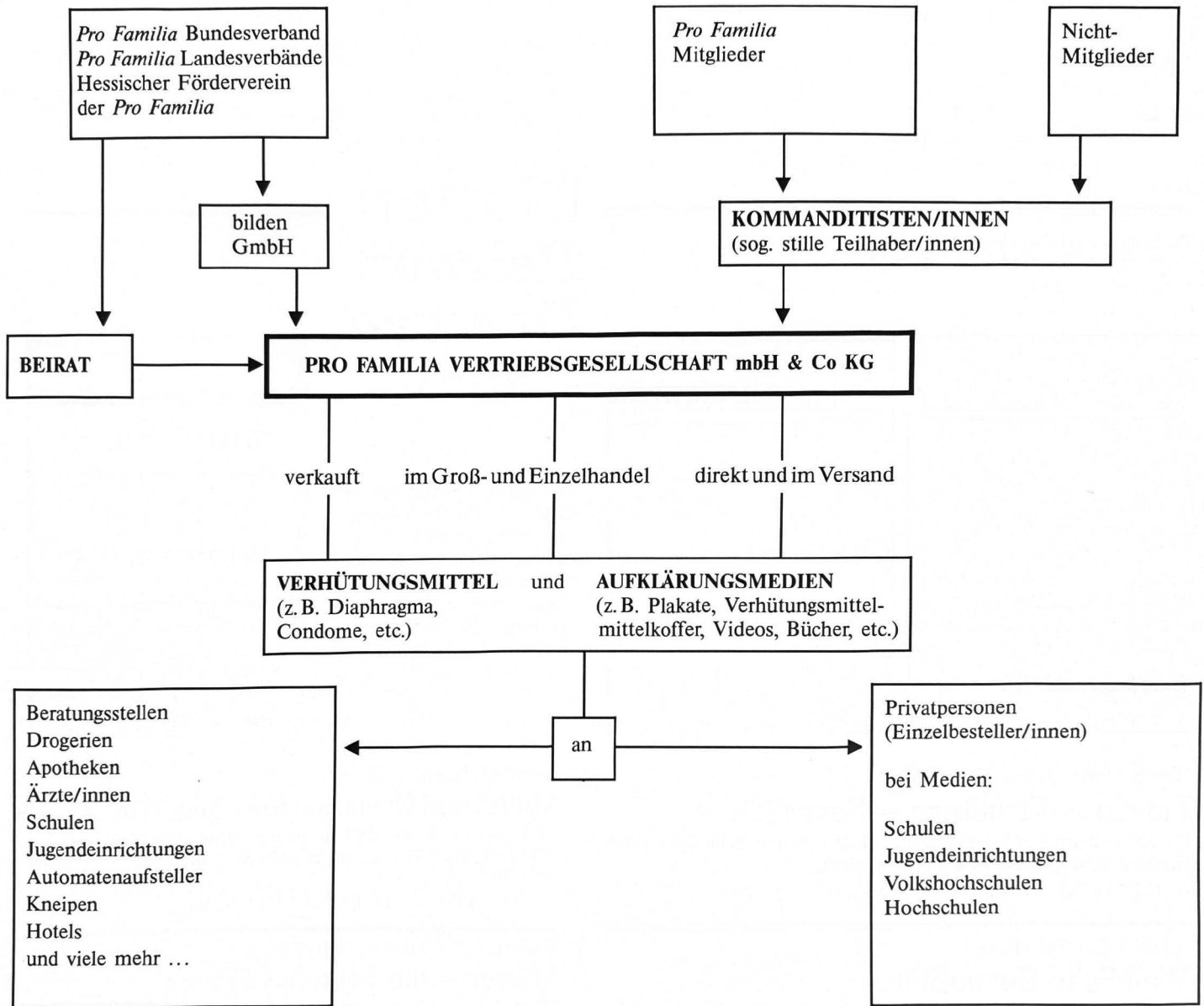
Die Gründung eines Wirtschaftsunternehmens birgt aber auch Gefahren, allemal für den Verband, in dessen Namen es sich an die Öffentlichkeit wendet. Wirtschaftliche und verbandliche Ziele können in Konflikt miteinander geraten. Daß es zu Spannungen kommen kann, ist nicht auszuschließen, geht es doch immer um das Ansehen des Verbandes, seinen guten Ruf, auf den ja letztlich auch die „Firma“ für ihre Geschäftstätigkeit angewiesen ist. Würde jedoch die Vertriebsgesellschaft unter einem anderen Namen geführt werden, wäre das nur eine halbe Sache. Sie soll schließlich auch für *Pro Familia* werben und das Ansehen von *Pro Familia* in der Öffentlichkeit vergrößern helfen.

Der Bundesverband war bei der Zustimmung zur Firmengründung mit dem Namen des Verbandes davon überzeugt, die gewählte Rechtskonstruktion könne hinreichend gewährleisten, daß die wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens nicht die Oberhand über Verbandsinteressen gewinnen. Die Vertriebsgesellschaft dient der *Pro Familia*, und nicht umgekehrt. Gesellschafter und ein von ihnen zu bestellender Beirat beraten und kontrollieren die Geschäftsführung. Zugleich werden Vereinbarungen vorbereitet, damit vor allem bei der Entwicklung von Aufklärungsmedien die gleichen fachlichen und erfahrungsbezogenen Kriterien gelten, wie die für die vom Bundesverband verantworteten Veröffentlichungen.

Monika Simmel-Joachim

Konstruktion und Arbeitsweise der Pro Familia Vertriebsgesellschaft

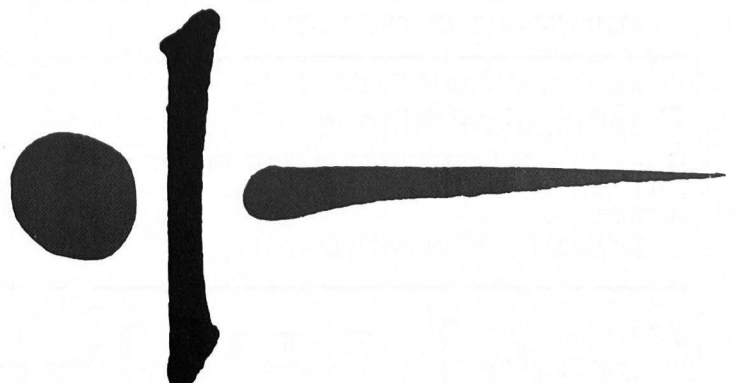
für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG



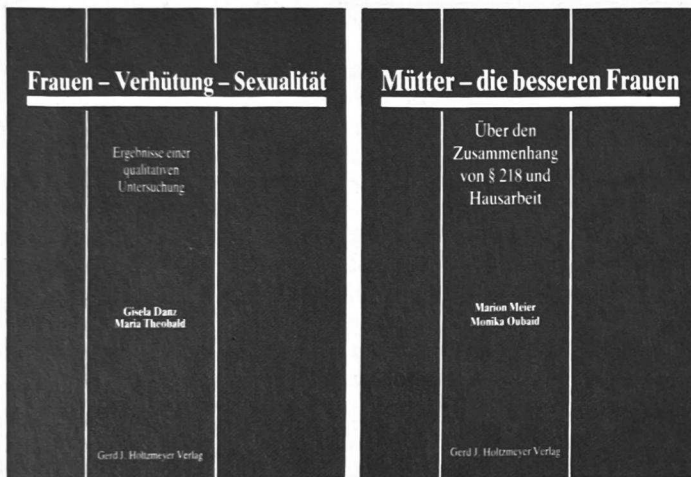
Liebe Mitglieder,
liebe Leserinnen und Leser,

die *Pro Familia Vertriebsgesellschaft* sucht noch Kommanditisten/innen (sog. stille Teilhaber/innen), die mit finanzieller Beteiligung (Einlage) dieses Projekt unterstützen. Mit Ihrer Einlage (ab 500,-- DM) sparen Sie in den ersten drei Jahren Steuern und fördern gleichzeitig die *Pro Familia Vertriebsgesellschaft*. Wenn Sie näheres erfahren wollen, fordern Sie unseren ausführlichen **Beteiligungsprospekt** an:

Pro Familia Vertriebsgesellschaft
Hügelstr. 70, 6000 Frankfurt 50
(bitte DM 2,-- in Briefmarken als Schutzgebühr beilegen).



Neuerscheinungen



Gisela Danz, Maria Theobald:

Frauen - Verhütung - Sexualität

Ergebnisse einer Untersuchung über Erleben von Sexualität, Empfängnisregelung und Partnerschaft.

24,80 DM (ISBN 3-923722-23-0)

Monika Simmel (Hrsg.):

Weibliche Sexualität

Von den Grenzen der Aufklärung und der Suche nach weiblicher Identität. Mit Beiträgen von neun Autorinnen.

24,80 DM (ISBN 3-923722-24-9)

Roland Diel, Mechthild Rohlf's:

Empfängnisverhütung

Gynäkologische Konzeptionen in Beratungsgespräch, Fachliteratur und ärztlicher Ausbildung. Eine empirische Untersuchung.

26,80 DM (ISBN 3-923722-27-3)

Mutter: Reizwort für neuen Streit

Was in der Frauenbewegung lange schwelte, ist zur offenen Auseinandersetzung geworden: Die angeblichen Interessengegensätze zwischen Müttern und Nicht-Müttern. In diese Diskussion gehören diese brandneuen Titel.

Elisabeth Bannas

Mutter und Emanzipation - kein Widerspruch

Gerd J. Holtzmeyer Verlag

Elisabeth Bannas:

Mutter und Emanzipation - kein Widerspruch

Eine Frau gibt zu, daß sie gerne „Nur“-Hausfrau ist. Sie schildert ihren Alltag, sie bezieht Stellung gegen eine Mütter-Ideologie.

10,— DM (ISBN 3-923722-29-X)

Marion Meier, Monika Oubaid:

Mütter - die besseren Frauen

Über den Zusammenhang von § 218 und Hausarbeit. Beiträge zu kontroversen Entwicklungen in der Frauenbewegung.

24,80 DM (ISBN 3-923722-26-5)

Wir setzen mit diesen Büchern die erfolgreiche Reihe fort, in der seit 1985 folgende Titel erschienen sind: „Schwangerer Mann - was nun?“, „Vergewaltigung - Die Opfer und die Täter“, „Männer & Verhütung“, „Pädophile Erlebnisse“.

Bücher aus dem Verlag, in dem auch das „pro familia magazin“ alle zwei Monate erscheint.

Gerd J. Holtzmeyer Verlag